

2001

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK  
BANQUE NATIONALE SUISSE  
BANCA NAZIONALE SVIZZERA  
BANCA NAZIUNALA SVIZRA ☒

## 94. Geschäftsbericht

## Ziele und Aufgaben der Nationalbank

### Allgemeines

Die Schweizerische Nationalbank führt als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik. Diese schafft zusammen mit der Finanzpolitik und der Wettbewerbspolitik die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Nationalbank hat sich gemäss Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten zu lassen. Sie erachtet das Ziel der Preisstabilität als vorrangig.

### Preisstabilität

Preisstabilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Inflation und Deflation erschweren die Entscheide von Konsumenten und Produzenten, stören die Wirtschaftsentwicklung und benachteiligen die wirtschaftlich Schwächeren. Um das Preisniveau mittelfristig stabil zu halten, richtet die Nationalbank ihre Geldpolitik an den Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft aus. Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise von unter 2% pro Jahr gleich.

### Erleichterung des Zahlungsverkehrs

Die Erleichterung des Zahlungsverkehrs gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Nationalbank. Zusammen mit den Banken und der Post ist sie eine Hauptträgerin des Zahlungsverkehrssystems.

### Gewährleistung der Bargeldversorgung

Die Nationalbank verfügt von Gesetzes wegen über das Monopol zur Ausgabe von Banknoten. Sie versorgt die Wirtschaft mit Noten, die hohen Qualitäts- und Sicherheitsansprüchen genügen. Im Auftrag des Bundes obliegt ihr auch die Münzverteilung.

### Bargeldloser Zahlungsverkehr

Im bargeldlosen Zahlungsverkehr engagiert sich die Nationalbank im Bereich der Zahlungen zwischen den Banken. Diese Zahlungen werden im Swiss Interbank Clearing (SIC) abgewickelt.

### Anlage der Währungsreserven

Die Nationalbank ist zuständig für die Anlage der Währungsreserven (Gold, Devisen, internationale Zahlungsmittel). Die Währungsreserven sichern das Vertrauen in den Franken, dienen zur Vorbeugung und Überwindung von Krisen und können für Interventionen am Devisenmarkt eingesetzt werden.

### Stabilität des Finanzsystems

Die Stabilität des Finanzsystems wird in erster Linie durch solide Marktteilnehmer und eine wirksame Bankenaufsicht gewährleistet. Die Bankenaufsicht ist Aufgabe der Eidgenössischen Bankkommission. Der Beitrag der Nationalbank besteht darin, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu führen und bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz mitzuwirken.

### Statistik

Die Nationalbank erstellt verschiedene Statistiken, insbesondere die Bankenstatistik und die Zahlungsbilanz der Schweiz.

### Tätigkeiten für den Bund

Die Nationalbank berät die Bundesbehörden in währungspolitischen Fragen. Sie wirkt zudem als Bank des Bundes.

Schweizerische Nationalbank  
94. Geschäftsbericht 2001

# Inhalt

4	<b>Vorwort</b>
6	<b>Überblick über die Wirtschaftsentwicklung</b>
7	1 Ausland
7	1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung
13	1.2 Geldpolitik
14	1.3 Finanzpolitik
16	1.4 Devisenmärkte
16	1.5 Finanzmärkte
21	2 Schweiz
21	2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung
29	2.2 Finanzpolitik
32	2.3 Finanzmärkte
36	<b>Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank</b>
37	1 Konzept
42	2 Durchführung
46	<b>Rechtliche Rahmenbedingungen</b>
47	Totalrevision des Nationalbankgesetzes
50	<b>Weitere Notenbankaufgaben</b>
51	1 Anlage der Aktiven
51	1.1 Grundlagen
52	1.2 Monetäre Devisenreserven
54	1.3 Franken-Obligationen
54	1.4 Goldleihe und Goldreserven
55	1.5 Freie Aktiven
57	1.6 Risikomanagement
58	2 Zahlungsverkehr
58	2.1 Grundlagen
58	2.2 Bargeldloser Zahlungsverkehr
61	2.3 Bargeldversorgung
62	3 Statistik
62	4 Dienstleistungen für den Bund
64	5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen
64	5.1 Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement
65	5.2 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission
66	6 Internationale Zusammenarbeit
66	6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds
67	6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe
67	6.3 Mitwirkung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
68	6.4 Währungshilfekredite
69	6.5 Technische Hilfe und Ausbildung

70		<b>Die Nationalbank als Unternehmen</b>
71	1	Organisation
73	2	Personal und Ressourcen
75	3	Personelle Änderungen in Bankbehörden und Direktion
78		<b>Finanzielle Berichterstattung</b>
79	1	Erfolgsrechnung 2001
80	2	Bilanz per 31. Dezember 2001
82	3	Anhang per 31. Dezember 2001
82	3.1	Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit
82	3.2	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
84	3.3	Anpassung der Vorjahreszahlen (Restatement) infolge Neuzuordnung der wechsellkursbedingten Wertveränderungen
85	3.4	Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Bilanz
105	3.5	Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften
107	4	Anträge des Bankrates an die Generalversammlung der Aktionäre
108	5	Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre
110		<b>Chronik und Medienmitteilungen</b>
111	1	Chronik
112	2	Medienmitteilungen der Nationalbank zur Geldpolitik
118		<b>Tabellen und Aufstellungen</b>
119	1	Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane
126	2	Organigramm
128	3	Publikationen
130	4	Adressen der Sitze und Zweiganstalten

Die in Erfolgsrechnung, Bilanz und Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Das Total kann deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Die Angabe 0,0 ist ein gerundeter Wert. Sie bedeutet, dass weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit vorhanden ist. Ein Strich (-) an Stelle einer Zahl steht für den Wert Null (nichts).

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Das vergangene Jahr hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Terroranschläge vom 11. September in den USA brachten Tod und Verwüstung. Sie offenbarten auch die Verletzbarkeit moderner Industriegesellschaften. Das internationale Finanzsystem wurde indessen durch die Krise nicht destabilisiert.

Die Terroranschläge trafen die Weltwirtschaft in einer Phase konjunktureller Abkühlung. Diese kam nicht überraschend, fiel jedoch stärker aus als erwartet. Die Abkühlung ging einher mit Wertebussen auf den Aktienmärkten, welche vorangegangene Übertreibungen korrigierten.

Die Schweiz blieb von den ungünstigen Entwicklungen nicht verschont. Das Wirtschaftswachstum verlor im Laufe des Jahres an Kraft. Als Folge nahm die Arbeitslosigkeit zu.

Die Zentralbanken, auch die Schweizerische Nationalbank, reagierten auf die Abschwächung der Konjunktur und die Abnahme der Teuerungsgefahr mit einer deutlichen Lockerung der Geldpolitik. Die Nationalbank schuf damit eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige konjunkturelle Erholung, ohne das Ziel der Preisstabilität zu gefährden.

Die Einführung des Euro-Bargeldes in zwölf Ländern Europas zu Beginn dieses Jahres erfolgte ohne nennenswerte Probleme. Das neue Geld wird von der Bevölkerung gut akzeptiert. Längerfristig wird sie von den mit dem Euro verbundenen Effizienzgewinnen profitieren. Der Euro dürfte auch der schweizerischen Wirtschaft zum Vorteil gereichen.

Die Ertragslage der Nationalbank gestattet auch dieses Jahr eine Gewinnausschüttung an Bund und Kantone im vereinbarten Ausmass von 1,5 Milliarden Franken.

Wir danken den Bankbehörden sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Unterstützung im vergangenen Jahr.

Bern, 8. März 2002

**Eduard Belser**

Präsident des Bankrates

**Dr. Jean-Pierre Roth**

Präsident des Direktoriums

# Überblick über die Wirtschaftsentwicklung



# 1 Ausland

## 1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Im Laufe des Jahres 2001 schwächte sich die Konjunktur weltweit deutlich ab. Die konjunkturelle Verlangsamung hatte im Sommer 2000 in den USA eingesetzt und griff im Jahre 2001 auf Europa, Asien und Lateinamerika über. Eine erhebliche Belastung für die meisten Industrieländer stellte der starke Anstieg der Erdölpreise in den Vorjahren sowie die Krise im Technologiesektor dar, die im Herbst 2000 ausgebrochen war. Zur Abkühlung der Konjunktur trug auch die Verschärfung der Geldpolitik bei, mit der die Zentralbanken im Jahre 2000 den drohenden Überhitzungserscheinungen entgegengetreten waren. In der Folge wurde vor allem die Investitionstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen, die in den Vorjahren den Aufschwung gestützt hatte. Die Aktienmärkte reagierten auf die ungünstigen Entwicklungen und die damit verbundene Verschlechterung der Gewinnerwartungen der Unternehmen mit Kurseinbrüchen.

**Ende der Hochkonjunktur**

Die Terroranschläge vom 11. September in New York und Washington trafen nicht nur die USA, sondern hatten auch auf die übrige Welt schwer wiegende Auswirkungen. Insbesondere der Flugverkehr sowie der Tourismus erlitten massive Einbussen. Als Folge des rückläufigen Konsumentenvertrauens verlor der private Konsum, der bis anhin die Konjunktur gestützt hatte, an Kraft. In der zweiten Jahreshälfte bildete sich das reale Bruttoinlandprodukt in den USA zurück, in Europa kam das Wachstum zum Stillstand und in Japan vertiefte sich die Wirtschaftskrise.

**Terroranschläge in den USA**

Die konjunkturelle Abschwächung bremste den Welthandel beträchtlich. Gemäss einer Schätzung der OECD stagnierte das Welthandelsvolumen im Jahre 2001, während es im Vorjahr noch um fast 13% zugenommen hatte. Innerhalb der OECD-Länder ging das Handelsvolumen zurück, während es ausserhalb der OECD geringfügig zunahm.

**Stagnierender Welthandel**

Die wirtschaftliche Abkühlung ging in den meisten Industrieländern mit einem Rückgang der Teuerung einher. Der nachlassende Teuerungsdruck ermöglichte es den Zentralbanken, ihre Geldpolitik zu lockern. Besonders kräftig senkte die amerikanische Zentralbank ihre Leitzinsen.

**Sinkende Teuerung –  
Lockerung der Geldpolitik**

Ausgeprägt war der Konjunkturabschwung vor allem in den USA. Das reale Bruttoinlandprodukt nahm im Jahre 2001 nur noch um 1,2% zu, verglichen mit 4,1% im Vorjahr. Bremsend wirkte hauptsächlich der Rückgang der Unternehmensinvestitionen sowie der Exporte. Im zweiten Halbjahr gingen auch vom privaten Konsum kaum mehr Impulse aus. Die Industrieproduktion bildete sich zurück und die Kapazitätsauslastung sank im vierten Quartal beträchtlich unter den Stand, den sie während der letzten Rezession im Jahre 1991 erreicht hatte.

**Starker Konjunkturrückgang  
in den USA**

Auch die Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebietes wurden im Laufe des Jahres 2001 von der Konjunkturschwäche erfasst. Die Exporttätigkeit verlor an Schwung und die Binnennachfrage litt zunehmend unter dem Rückgang des Konsumentenvertrauens. In der zweiten Jahreshälfte stagnierte die Wirtschaft der Euro-Zone. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich das reale Bruttoinlandprodukt um 1,2%, gegenüber 3,5% im Vorjahr. Die tiefste Wachstumsrate verzeichnete Deutschland (0,6%), die höchste Irland (5,6%). In Frankreich und Italien lag das Wirtschaftswachstum mit 2,0% bzw. 1,8% über dem Durchschnitt.

**Abschwächung im  
Euro-Währungsgebiet**

#### **Weiterhin günstige Lage im Vereinigten Königreich**

Im Gegensatz zu den USA und der Euro-Zone blieb die Konjunkturlage im Vereinigten Königreich günstig. Wohl büssten die Investitionen und die Exporte an Dynamik ein, doch blieb der Konsum robuster als in den meisten anderen Industrieländern. Das reale Bruttoinlandprodukt stieg um 2,3%, verglichen mit 2,9% im Vorjahr.

#### **Rezession in Japan**

Die japanische Wirtschaft geriet im Jahre 2001 erneut in eine Rezession. Neben dem verschlechterten internationalen Konjunkturmilieu belasteten anhaltende strukturelle Probleme die Wirtschaft. Das reale Bruttoinlandprodukt sank um 0,5%, nach einer Zunahme von 2,4% im Vorjahr.

#### **Anstieg der Arbeitslosigkeit**

Die weltweite Konjunkturschwäche hinterliess auf den Arbeitsmärkten deutliche Spuren. In den meisten Industrieländern nahm die Beschäftigung nur noch geringfügig zu; in Japan war sie rückläufig. Als Folge erhöhte sich die Arbeitslosenquote in den meisten Industrieländern, besonders stark in den USA und in Japan. In den USA lag die Arbeitslosenquote im Dezember mit 5,8% um fast 2 Prozentpunkte über dem Stand des Vorjahres; in Japan stieg sie in der zweiten Jahreshälfte erstmals seit Anfang der Fünfzigerjahre auf über 5%. Im Euro-Währungsgebiet zog die Arbeitslosenquote im Herbst ebenfalls an, lag jedoch im Jahresdurchschnitt mit 8,5% um einen halben Punkt tiefer als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit stieg vor allem in Deutschland. Auch im Vereinigten Königreich nahm die Arbeitslosenquote bis im Dezember leicht auf 5,3% zu, lag damit aber weiterhin unter dem Stand des Vorjahres.

#### **Rückgang der Teuerung**

Die an den Konsumentenpreisen gemessene Teuerung bildete sich in den OECD-Ländern im zweiten Halbjahr zurück, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte noch gestiegen war. Der Rückgang war hauptsächlich die Folge sinkender Rohölpreise. Im Dezember kostete das Fass Rohöl Brent auf dem Weltmarkt knapp 19 Dollar, d. h. rund ein Drittel weniger als im Vorjahr. Am Jahresende belief sich die Teuerung auf Konsumstufe in den USA auf 1,6%, nachdem sie im ersten Halbjahr durchschnittlich 3,4% betragen hatte. Im Euro-Währungsgebiet zog sie bis im Mai auf einen Höchstwert von 3,4% an und sank dann kontinuierlich auf 2,1% im Dezember. Dagegen verharrte die Teuerung im Vereinigten Königreich während des ganzen Jahres leicht über 3,0%. In Japan war das Preisniveau auf Konsumstufe, wie schon in den Vorjahren, rückläufig. Der Rückgang verstärkte sich von 0,3% im Januar auf 1,2% im Dezember.

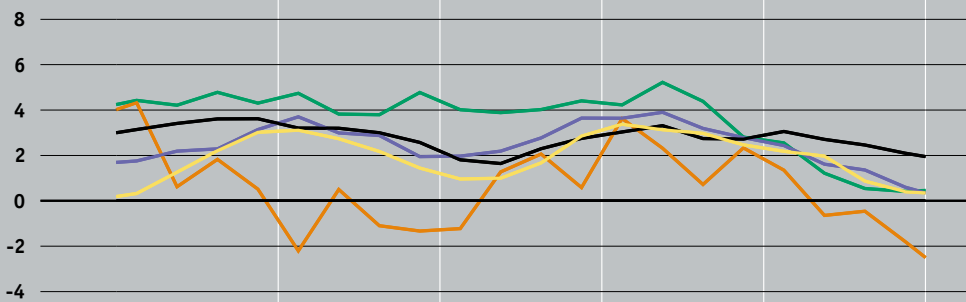
#### **Konvergierende Ertragsbilanzen**

Als Folge der konjunkturellen Abschwächung und der sinkenden Erdölpreise bildeten sich die Ertragsbilanzdefizite in vielen Industrieländern zurück. Im Durchschnitt verzeichneten die OECD-Länder im Jahre 2001 ein Ertragsbilanzdefizit von schätzungsweise 1,2% des Bruttoinlandproduktes, verglichen mit 1,3% im Vorjahr. In den USA sank das Defizit besonders kräftig von 4,5% auf 4,1%, während die Euro-Zone, nach einem leichten Defizit im Vorjahr, wieder eine ausgeglichene Bilanz auswies. In Japan hatte die rückläufige Auslandnachfrage eine Verringerung des Ertragsbilanzüberschusses von 2,5% auf 2,1% des Bruttoinlandproduktes zur Folge. In absoluten Zahlen betrug das Defizit in den USA rund 414 Mrd. Dollar, der Überschuss in Japan 87 Mrd. Dollar.

### Bruttoinlandprodukt

- USA
- Japan
- Euro-Währungsgebiet
- Vereinigtes Königreich
- Schweiz

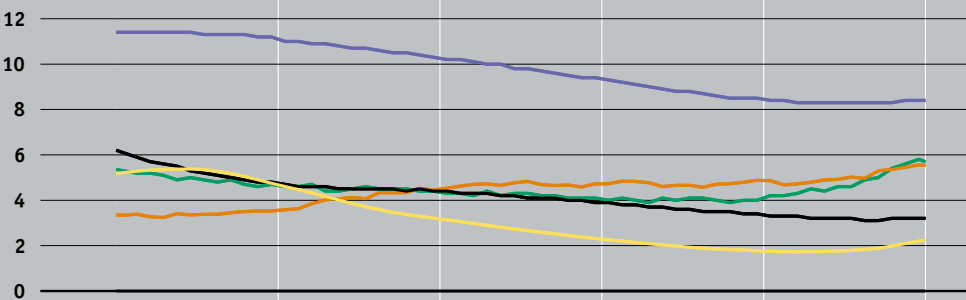
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.  
Quelle: OECD



### Arbeitslosigkeit

- USA
- Japan
- Euro-Währungsgebiet
- Vereinigtes Königreich
- Schweiz

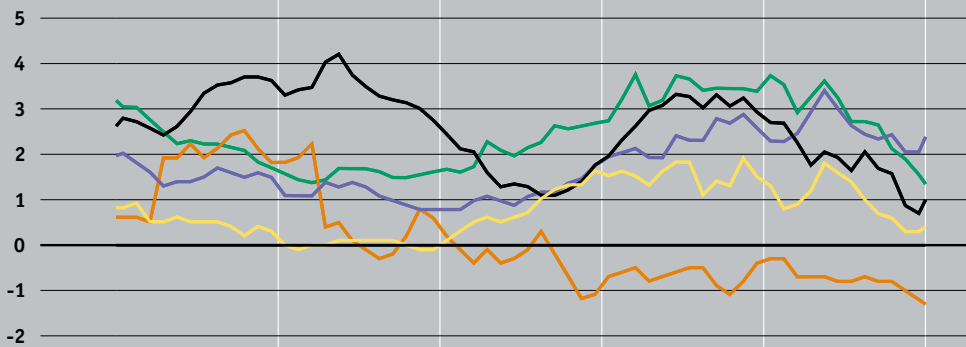
Saisonbereinigt, in Prozent.  
Quelle: OECD



### Teuerung

- USA
- Japan
- Euro-Währungsgebiet
- Vereinigtes Königreich
- Schweiz

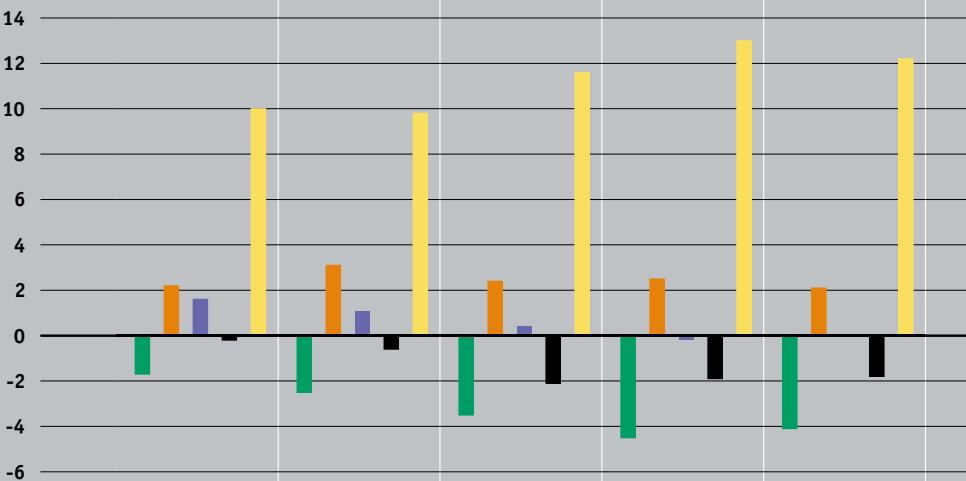
In Prozent.  
Quelle: OECD



### Ertragsbilanz

- USA
- Japan
- Euro-Währungsgebiet
- Vereinigtes Königreich
- Schweiz

Saldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes.  
Quelle: OECD



## Übersicht Konjunktorentwicklung

	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Reales Bruttoinlandprodukt</b> Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent					
USA	4,4	4,3	4,1	4,1	1,2
Japan	1,8	-1,1	0,7	2,4	-0,5
Euro-Währungsgebiet	2,3	2,9	2,7	3,5	1,2
Deutschland	1,4	2,0	1,8	3,0	0,6
Frankreich	1,9	3,5	3,0	3,6	2,0
Italien	2,0	1,8	1,6	2,9	1,8
Vereinigtes Königreich	3,4	3,0	2,1	2,9	2,3
Schweiz	1,7	2,4	1,6	3,0	1,3

### Arbeitslosigkeit in Prozent

USA	4,9	4,5	4,2	4,0	4,8
Japan	3,4	4,1	4,7	4,7	5,0
Euro-Währungsgebiet	11,4	10,8	9,9	8,9	8,5
Deutschland	9,4	8,9	8,2	7,5	7,5
Frankreich	12,2	11,6	10,9	9,5	8,9
Italien	11,8	11,9	11,5	10,7	10,0
Vereinigtes Königreich	6,5	5,9	6,0	5,5	5,1
Schweiz	5,2	3,9	2,7	2,0	1,9

### Teuerung auf Konsumstufe in Prozent

USA	2,3	1,6	2,2	3,4	3,0
Japan	1,7	0,7	-0,4	-0,7	-0,7
Euro-Währungsgebiet	2,0	1,7	1,2	2,4	2,7
Deutschland	1,5	0,6	0,6	2,1	2,5
Frankreich	1,3	0,7	0,6	1,8	1,9
Italien	1,8	1,7	1,6	2,5	2,7
Vereinigtes Königreich	3,1	3,4	1,6	2,9	3,1
Schweiz	0,5	0,0	0,8	1,6	1,0

### Ertragsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes

USA	-1,7	-2,5	-3,5	-4,5	-4,1
Japan	2,2	3,1	2,4	2,5	2,1
Euro-Währungsgebiet	1,6	1,1	0,4	-0,2	0,0
Deutschland	-0,1	-0,3	-1,0	-1,0	-0,7
Frankreich	2,7	2,7	2,5	1,6	1,6
Italien	2,9	1,9	0,7	-0,4	0,1
Vereinigtes Königreich	-0,2	-0,6	-2,1	-1,9	-1,8
Schweiz	10,0	9,8	11,6	12,8	9,9

Die Zahlen für das Jahr 2001  
sind zum Teil geschätzt.  
Quelle: OECD

In den asiatischen Schwellenländern schwächte sich das Wachstum im Jahre 2001 ebenfalls ab. Dazu trug neben der Konjunkturabkühlung in den Industrieländern und dem Anstieg der Erdölpreise in den Vorjahren auch die instabile politische Lage in einigen Ländern bei. Der Einbruch in der Technologiebranche traf Taiwan, Singapur und Malaysia besonders empfindlich. Dagegen ging das Wachstum in Indien hauptsächlich wegen einer Dürre sowie auslaufender Impulse eines umfangreichen Fiskalpaketes zurück. Die Wirtschaft Chinas entwickelte sich gemäss den verfügbaren Angaben weiterhin günstig, da eine kräftige Inlandnachfrage den Rückgang des Exportwachstums kompensierte.

**Abkühlung in den asiatischen Schwellenländern**

In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas verlor die Konjunktur im Jahre 2001 an Kraft. Während die Binnennachfrage im Allgemeinen robust blieb, beeinträchtigte die Abschwächung in den Industrieländern die Exporte. Das Wachstum verlangsamte sich insbesondere in Polen, wozu auch eine Verschärfung der Geldpolitik im Vorjahr beitrug. Mit dem Nachlassen der Teuerung konnte die polnische Zentralbank im Laufe des Jahres 2001 ihre Geldpolitik wieder lockern. Dagegen verschärfte die Zentralbanken Tschechiens und Ungarns ihre Geldpolitik aufgrund von Überhitzungserscheinungen. Im Unterschied zu den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern nahm das Wachstum in Rumänien und der Slowakei dank der kräftigen Binnennachfrage zu. Auch in Bulgarien hielt die günstige Konjunkturlage an; das Wachstum war jedoch weniger stark als im Vorjahr.

**Geringeres Wachstum in Mittel- und Osteuropa ...**

In Russland besserte sich die Konjunkturlage weiter. Das reale Bruttoinlandprodukt wuchs zwar nicht mehr so stark wie im Vorjahr; im internationalen Vergleich war das Wachstum mit real rund 4% jedoch erneut überdurchschnittlich hoch. Vor allem der reale Anstieg der Einkommen und Steuersenkungen stützten die Nachfrage. Der Preisauftrieb schwächte sich zwar tendenziell ab; da jedoch viele administrierte Preise angehoben wurden, verharrte die Inflationsrate mit fast 20% auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der wirtschaftlichen Fortschritte konnte die russische Regierung einen Teil der staatlichen Schulden beim IWF vorzeitig zurückzahlen.

**... aber Besserung in Russland**

In der Türkei führten zunehmende wirtschaftliche und politische Unsicherheiten im Februar zu einer Währungskrise. Nach der Freigabe des Wechselkurses verlor die türkische Lira massiv an Wert und die Zinssätze stiegen stark. Im Mai stockte der IWF seine Kredite für die Türkei um rund 8 Mrd. Dollar auf, nachdem die türkische Regierung zusätzliche Stabilisierungsmassnahmen in die Wege geleitet hatte. Die Wirtschaftslage besserte sich indessen nur geringfügig. Der Zinsanstieg führte zu einer deutlichen Zunahme der Staatsschuld und belastete das ohnehin fragile Bankensystem. Das Bruttoinlandprodukt sank als Folge der Krise im Jahre 2001 schätzungsweise um real rund 7%.

**Wirtschaftskrise in der Türkei**

In Lateinamerika verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im Jahre 2001 stark. Die mexikanische Wirtschaft spürte vor allem die Konjunkturschwäche in den USA. In Argentinien verschärfte sich, trotz umfangreicher Programme zur Stimulierung der Wirtschaft, die seit mehr als drei Jahren andauernde Rezession. Damit wurde es für das Land noch schwieriger, die hohen Auslandsschulden zu bedienen. Anfang September gewährte der IWF Argentinien weitere Kredite in Höhe von 8 Mrd. Dollar, nachdem bereits Ende 2000 umfangreiche Gelder zur Bewältigung einer Finanzkrise bereitgestellt worden waren. Die neuen Kredite wurden jedoch nur teilweise ausbezahlt, da sich die Wirtschaftslage weiter verschlechterte. Als Folge dieser Verschlechterung kam es im Dezember zu schweren inneren Unruhen. Brasilien litt zunehmend unter der Krise im Nachbarland. Die wachsende Verunsicherung ausländischer Investoren führte zu einer Abwertung der brasilianischen Währung, was die Behörden zu einer restriktiveren Geld- und Fiskalpolitik zwang. Zur Stützung der brasilianischen Wirtschaft gewährte der IWF im September einen Kredit in Höhe von 15,6 Mrd. Dollar.

## 1.2 Geldpolitik

Die Zentralbanken der Industrieländer reagierten auf die konjunkturelle Abschwächung mit einer Lockerung der Geldpolitik, nachdem im Vorjahr die Leitzinsen noch erhöht worden waren. In den USA fiel die Lockerung überaus stark aus, während in Europa die Leitzinsen zurückhaltender gesenkt wurden. Die Abflachung der Teuerung und der Teuerungserwartungen erleichterte die Entscheidung, die Zinssätze zu senken.

Die amerikanische Zentralbank senkte ihren Leitzins, den Satz für Tagesgeld, im Laufe des Jahres 2001 in elf Schritten von 6,5 % auf 1,75 %. Damit reduzierte sie die Zinsen rascher und stärker als in früheren Zinssenkungsphasen. Im April fielen die kurzfristigen Zinssätze unter das entsprechende Zinsniveau der Euro-Zone und bis im Dezember sank das kurzfristige Zinsniveau in den USA auf den tiefsten Stand seit vierzig Jahren.

Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte den Leitzins, den Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, in der ersten Jahreshälfte nur geringfügig um 0,25 Prozentpunkte auf 4,5 %, da die Teuerung im Euro-Gebiet über der von der EZB festgelegten Obergrenze für Preisstabilität von 2 % lag. Mit dem Rückgang der Teuerung im zweiten Halbjahr reduzierte die EZB den Leitzins in drei Schritten um weitere 1,25 Prozentpunkte auf 3,25 %.

Auch die britische Zentralbank lockerte ihre Geldpolitik. Sie senkte den Leitzins in der ersten Jahreshälfte in drei Schritten um 0,75 Prozentpunkte auf 5,25 % und im zweiten Halbjahr in vier Schritten um weitere 1,25 Prozentpunkte auf 4 %.

Die japanische Zentralbank erhöhte die Bankenliquidität massiv, sodass der Zinssatz für Tagesgeld von 0,25 % im Januar auf 0,0 % im Dezember zurückging. Den Diskontsatz reduzierte sie in vier Schritten von 0,5 % auf 0,1 %.

**Lockerung der Geldpolitik**

**Markante Leitzinssenkungen  
in den USA**

**Langsamere Lockerung  
der Geldpolitik im Euro-  
Währungsgebiet ...**

**... und im Vereinigten  
Königreich**

**Zinssenkungen in Japan**

## 1.3 Finanzpolitik

### Verschlechterung der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte schlossen im Jahre 2001 in allen grossen Industrieländern schlechter ab als im Vorjahr. Zu dieser Entwicklung trug einerseits die Abschwächung der Konjunktur bei, die tiefere Steuereinnahmen und höhere Sozialausgaben zur Folge hatte. Andererseits schlugen die Massnahmen zur Steuererleichterung, die in verschiedenen Ländern ergriffen wurden, negativ zu Buche. Zu einer Erhöhung der Staatsausgaben sowie Steuersenkungen kam es vor allem in den USA, wo das Wachstum besonders stark nachliess. Trotz steigender Defizite bildete sich die staatliche Verschuldung, gemessen am Bruttoinlandprodukt, in vielen Ländern zurück.

### Weiterhin Überschüsse in den USA und im Vereinigten Königreich

In den USA und im Vereinigten Königreich schlossen die öffentlichen Haushalte erneut mit einem Überschuss ab, doch war dieser in beiden Ländern geringer als im Vorjahr. Während er in den USA deutlich von 1,7% auf 0,6% des Bruttoinlandproduktes sank, ging er im Vereinigten Königreich weniger stark – von 1,9% auf 1,1% – zurück. Die staatliche Verschuldung sank in den USA von 59% auf 58% und im Vereinigten Königreich von 54% auf 52% des Bruttoinlandproduktes.

### Anhaltende Defizite im Euro-Währungsgebiet

In den öffentlichen Haushalten des Euro-Gebietes ergab sich im Jahre 2001 insgesamt ein Defizit von 1,2% des Bruttoinlandproduktes, verglichen mit einem leichten Überschuss im Vorjahr. Dieser Überschuss war allerdings zur Hauptsache aufgrund ausserordentlicher Einnahmen in jenen Ländern zustande gekommen, die Lizenzen für mobile Telekommunikationssysteme vergeben hatten. Ohne diese Einnahmen betrug das Defizit im Vorjahr 0,8% des Bruttoinlandproduktes. Die Auflagen des Vertrages von Maastricht für die öffentlichen Haushalte wurden erfüllt, da das Defizit in keinem Mitgliedstaat der Euro-Zone über 3% stieg. Mehrere kleinere Länder erzielten einen Überschuss; Deutschland, Frankreich und Italien verzeichneten weiterhin Defizite in Höhe von 2,5%, 1,5% bzw. 1,4%. Die gesamte Staatsverschuldung im Euro-Gebiet sank geringfügig von 73% auf 72% des Bruttoinlandproduktes. Die höchste Verschuldung wies Italien (108%), die tiefste Luxemburg (5%) aus.

### Unverändert hohes Defizit in Japan

In Japan verharrte das öffentliche Defizit auf hohem Niveau. Gemessen am Bruttoinlandprodukt war es mit 6,4% geringfügig tiefer als im Vorjahr. Dazu trug die zurückhaltendere Ausgabenpolitik der Regierung bei; frühere Regierungen hatten mit umfangreichen Konjunkturstimulierungsprogrammen die Wirtschaft zu beleben versucht. Die staatliche Verschuldung lag im Jahre 2001 mit 132% um fast 10 Prozentpunkte über dem Vorjahresstand.



1997

1998

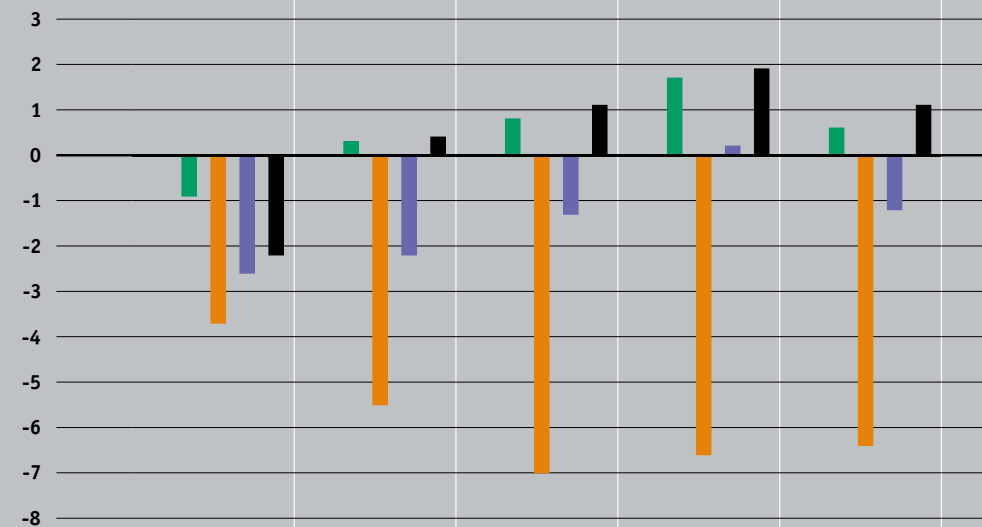
1999

2000

2001

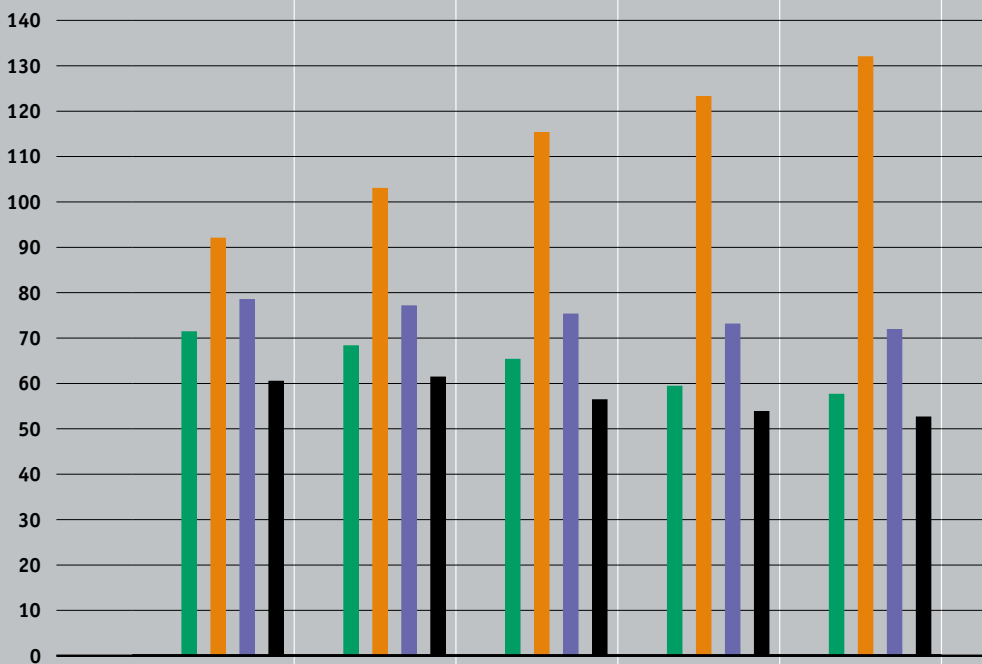
### Staatshaushalte

█ USA  
█ Japan  
█ Euro-Währungsgebiet  
█ Vereinigtes Königreich  
 Staatshaushalte  
 (alle öffentlichen  
 Haushalte, einschliesslich  
 Sozialversicherungen)  
 in Prozent des  
 Bruttoinlandproduktes.  
 Quelle: OECD



### Staatliche Verschuldung

█ USA  
█ Japan  
█ Euro-Währungsgebiet  
█ Vereinigtes Königreich  
 Staatshaushalte  
 (alle öffentlichen  
 Haushalte, einschliesslich  
 Sozialversicherungen)  
 in Prozent des  
 Bruttoinlandproduktes.  
 Quelle: OECD



1997

1998

1999

2000

2001

## 1.4 Devisenmärkte

**Geringerer Anstieg des Dollars**

Als Folge der konjunkturellen Abschwächung und der rückläufigen Zinssätze kam der mehrjährige Anstieg des Dollars um die Mitte des Jahres 2001 zum Stillstand. Im dritten Quartal verlor der Dollar erheblich an Wert, erholte sich aber im vierten Quartal wieder. Im Jahresdurchschnitt stieg er gegenüber dem Euro um 3,1% und gegenüber dem Pfund um 5%. Gegenüber dem Franken blieb der Dollar stabil. Real und handelsgewichtet lag der Dollarkurs im Dezember um 5,3% über seinem Vorjahresniveau.

**Weitere Abschwächung des Euro ...**

Der Euro büsste im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem Dollar weiterhin an Wert ein, stabilisierte sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte. Der Jahresmittelkurs von 0,90 Dollar/Euro lag damit nur wenig unter demjenigen des Vorjahres von 0,92 Dollar/Euro. Zur Stabilisierung des Euro dürfte beigetragen haben, dass die kurzfristigen Zinsen in den USA stärker zurückgingen als im Euro-Währungsgebiet. Gegenüber dem Franken sank der Kurs des Euro im Laufe des Jahres, während er gegenüber dem Pfund anstieg. Real und handelsgewichtet lag er im Dezember um 3,7% über dem Vorjahresniveau, aber um 19% tiefer als bei seiner Einführung im Januar 1999.

**... und des Yen**

Der Yen verlor im Jahre 2001 deutlich stärker an Wert als in den Vorjahren. Im Dezember lag er gegenüber dem Dollar um 13,3% und gegenüber dem Euro um 12,8% unter dem Stand des Vorjahres. Real und handelsgewichtet bildete sich der Yen um 12,8% zurück.

## 1.5 Finanzmärkte

**Widerstandsfähiges internationales Finanzsystem**

Die Terroranschläge vom 11. September in New York trafen das Zentrum des internationalen Finanzsystems. Trotz massiver Zerstörungen blieben sowohl die amerikanischen Banken und Finanzmärkte als auch das übrige internationale Finanzsystem funktionsfähig. Dazu trug zunächst die hohe Professionalität der Finanzmärkte bei. Einen wesentlichen Beitrag leistete die amerikanische Zentralbank, welche die Märkte in den schwierigen Tagen grosszügig mit Liquidität versorgte.

**Rückgang der langfristigen Renditen**

Nach einem leichten Rückgang und einer anschliessenden Zunahme im ersten Halbjahr 2001 bildeten sich die Renditen für langfristige Staatsanleihen bis im Oktober erneut zurück. Der Rückgang widerspiegelt eine konjunkturbedingt geringere Nachfrage nach Kapital, aber auch eine Abnahme der Teuerungserwartungen. Im November und Dezember zogen die langfristigen Renditen wieder an.

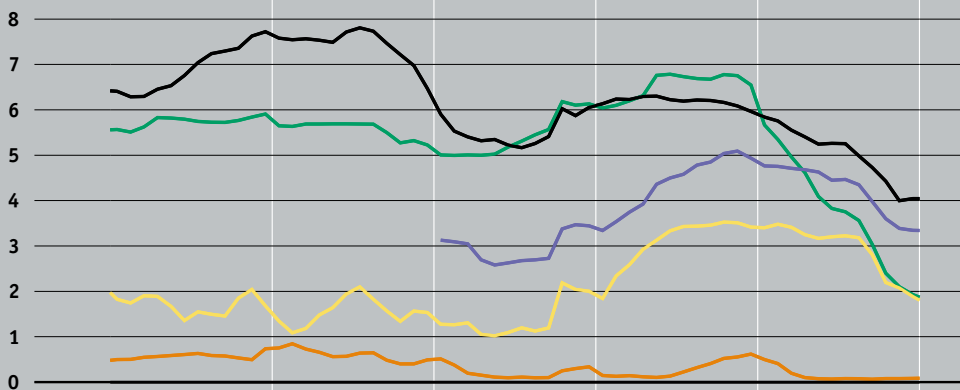
**Massiver Zinsrückgang in den USA – aber nur für Schuldner mit guter Bonität**

In den USA sanken die Renditen der Staatsanleihen, wobei infolge der expansiven Geldpolitik die kürzerfristigen Renditen erheblich stärker zurückgingen als die langfristigen. Die Rendite einjähriger Staatsanleihen lag im Dezember mit 2,2% um 3,4 Prozentpunkte unter dem Vorjahresstand, während zehnjährige Staatsanleihen mit 5,1% den Stand des Vorjahres nur geringfügig untertrafen. Die Differenz der Renditen staatlicher und privater Anleihen weitete sich im vierten Quartal aus; insbesondere die Renditen für Schuldner minderer Bonität stiegen stark. Darin widerspiegelte sich die ungünstigere Einschätzung der Konjunkturaussichten.

### Kurzfristige Zinssätze

- Dollar
- Yen
- Euro
- Pfund
- Franken

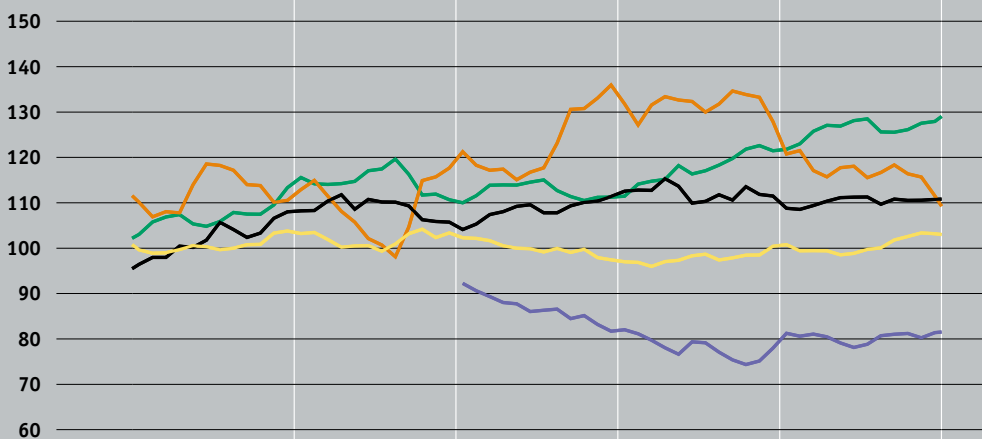
Dreimonatige Zinssätze  
auf dem Euromarkt,  
in Prozent.  
Quelle: BIZ



### Reale handelsgewichtete Wechselkurse

- Dollar
- Yen
- Euro
- Pfund
- Franken

Index 1995 = 100.  
Quelle: BIZ



**Geringfügiger Zinsrückgang  
in Europa ...**

Auch in Europa sanken die langfristigen Renditen nur wenig. Im Dezember lag die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen im Euro-Währungsgebiet mit 5 % um lediglich 0,1 Prozentpunkte unter dem Vorjahresstand, während sie im Vereinigten Königreich mit 4,9 % konstant blieb. Die Lockerung der Geldpolitik führte zu einer Zunahme der Differenz zwischen kurz- und langfristigen Zinssätzen. Im Vereinigten Königreich sanken die kurzfristigen Zinssätze im September erstmals seit fast zwei Jahren wieder unter die langfristigen Renditen.

**... und Japan**

In Japan bildete sich die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen bis im Juni auf 1,2 % zurück, erhöhte sich aber in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht. Im Dezember lag sie mit 1,3 % um 0,3 Prozentpunkte unter dem Stand des Vorjahres.

**Einbruch der Aktienkurse**

An allen wichtigen Börsenplätzen waren die Aktienkurse im Jahre 2001 rückläufig. Nach den Terroranschlägen in den USA brachen die Kurse stark ein, erholten sich aber bis zum Jahresende wieder. Dennoch lagen sie im Dezember weiterhin deutlich unter ihrem Vorjahresstand. Der Rückgang war in Europa und Japan ausgeprägter als in den USA.

**Geringere Beanspruchung  
der Finanzmärkte**

Die Nettobeanspruchung der internationalen Finanzmärkte sank im Jahre 2001 deutlich auf 1071 Mrd. Dollar (Vorjahr: 1243 Mrd. Dollar). Während die Nettobeanspruchung mittel- und langfristiger Anleihen weiter stieg, war diejenige der Geldmarktinstrumente stark rückläufig. Die Marktanteile der einzelnen Emissions-Währungen verschoben sich zugunsten des Euro; mit 44 % war der Anteil des Euro um 6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Der Anteil des Dollars ging um 2 Prozentpunkte auf 47 % zurück. Auch das Pfund und der Yen verloren Marktanteile, während der Anteil des Frankens unbedeutend blieb.

**Rückläufige Gewinne der  
Banken**

Die Banken in den USA und in Europa verzeichneten im Jahre 2001 zum Teil hohe Gewinneinbussen. Neben der Verschlechterung der Konjunkturlage spürten sie insbesondere den Einbruch beim Aktien- und Anleihengeschäft. Der Konsolidierungsprozess der Bankenbranche in den Industrieländern setzte sich fort. Die Banken waren bestrebt, durch Übernahmen, Fusionen und Allianzen ihre Kosten zu senken und gleichzeitig die nötige Grösse zu erreichen, um im schärferen nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

**Schwierige Lage der Banken  
in Japan ...**

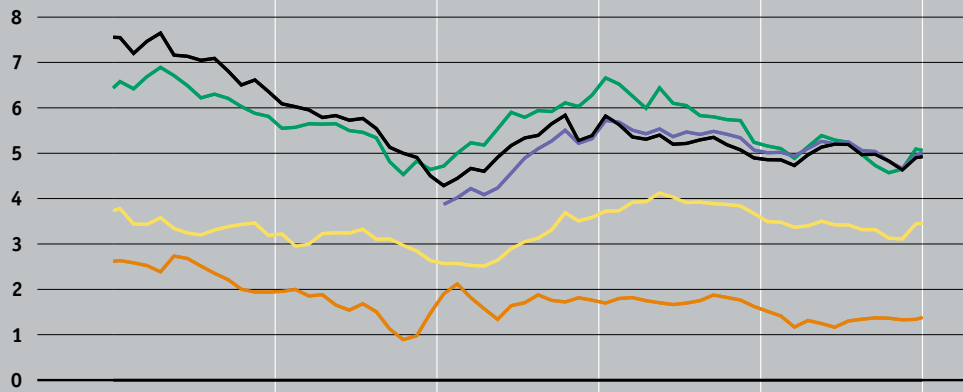
Die Lage der japanischen Banken verschlechterte sich weiter. Der Bestand an Problemkrediten nahm zu und der Kurszerfall an den Börsen erforderte höhere Abschreibungen auf Wertpapieren. Die Regierung leitete verschiedene Massnahmen in die Wege, um die Reform der Bankenbranche zu beschleunigen. Insbesondere sollen die staatliche Aufsicht im Zusammenwirken mit unabhängigen Wirtschaftsprüfern verschärft und die Aufgaben der bestehenden staatlichen Auffanggesellschaft erweitert werden. Diese Gesellschaft übernimmt und saniert in Schwierigkeiten geratene Banken sowie – neu – auch Bankkredite anderer Schuldner.

**... und in der Türkei**

Die Wirtschaftskrise in der Türkei führte zu Schliessungen und Fusionen in der Bankenbranche. Verschiedene Institute wurden zunächst vom Staat übernommen. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank begann der Staat mit dem Verkauf dieser Banken. Er leitete zudem eine Reform der Bankengesetzgebung sowie Massnahmen zur besseren Durchsetzbarkeit dieser Regeln ein.

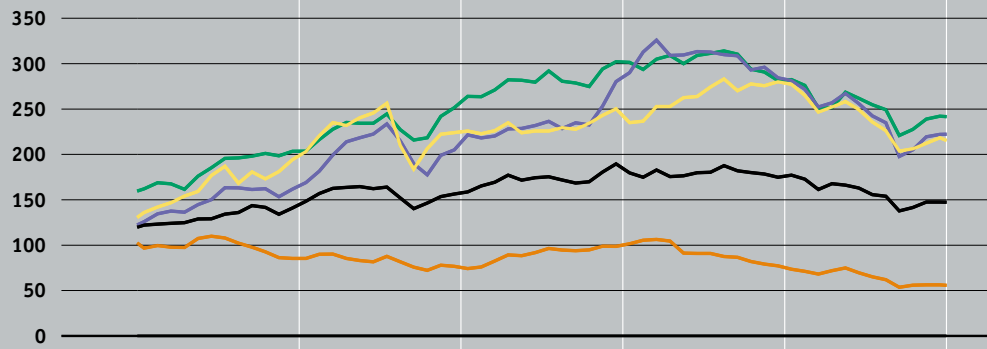
### Langfristige Zinssätze

— USA  
— Japan  
— Euro-Währungsgebiet  
— Vereinigtes Königreich  
— Schweiz  
 Rendite zehnjähriger Staatspapiere, in Prozent.  
 Quelle: BIZ



### Aktienkurse

— USA: Standard & Poor's 500  
— Japan: Nikkei 225  
— Euro-Währungsgebiet: EuroSTOXX  
— Vereinigtes Königreich: FT-SE  
— Schweiz: SPI  
 Index Januar 1994 = 100.  
 Quelle: BIZ



**Fortschreitende Privatisierung der Banken in Mittel- und Osteuropa**

**Börsen unter Konsolidierungsdruck**

**Verschärfung der Massnahmen gegen die Geldwäscherei**

In den mittel- und osteuropäischen Ländern wurde die Privatisierung der Bankenbranche vorangetrieben. Zunehmend expandierten Banken westlicher Staaten in diese Länder. Die Bankreform in Russland kam nur wenig voran.

In Europa und in Nordamerika hielt der Druck auf die Börsen an, mittels Fusionen oder Allianzen das Handelsvolumen zu erhöhen, die Systeme besser auszulasten und damit die durchschnittlichen Transaktionskosten für Wertpapiere zu senken. Dies führte unter anderem zur Übernahme der Londoner Technologiebörse Liffe durch die Euronext, die im Vorjahr aus den Börsen von Amsterdam, Brüssel und Paris gebildet worden war. Zudem nahm die von der Schweizer Börse und der britischen Handelsplattform Tradepoint im Jahre 2000 gegründete Börse Virt-x den Handel mit europäischen Blue Chips auf.

Zahlreiche Länder verschärften nach den Terroranschlägen in den USA ihre Massnahmen gegen die Geldwäscherei. Sie erweiterten insbesondere den Geltungsbereich der bestehenden Gesetzgebung zur Aufdeckung von Geldern kriminellen Ursprungs und die Vollmachten der Aufsichtsbehörden. Ende Oktober publizierte die Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) der OECD neue Empfehlungen zur Verhinderung der Finanzierung von Terrororganisationen.

## 2 Schweiz

### 2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Die schweizerische Konjunktur verlor im Jahre 2001 deutlich an Schwung. Zwar hatte sich bereits im zweiten Halbjahr 2000 eine gewisse Verlangsamung abgezeichnet, doch erschien diese angesichts der hohen Kapazitätsauslastung, zunehmender Verknappungserscheinungen auf dem Arbeitsmarkt sowie einer wachsenden Teuerungsgefahr zunächst als erwünscht. Infolge der raschen Verschlechterung des internationalen Konjunkturfeldes und der ausgeprägten Krise im Technologiesektor fiel die Abschwächung aber stärker aus als erwartet.

**Konjunkturumschwung**

Das reale Bruttoinlandprodukt stieg im Jahre 2001 um 1,3%, nach einem Zuwachs von 3,0% im Vorjahr. Alle Nachfragekomponenten büssten an Dynamik ein. Am ausgeprägtesten war die Wende bei den Exporten und den Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum sowie in geringerem Ausmass die Bauinvestitionen stützten dagegen weiterhin die Konjunktur.

**Abschwächung  
auf breiter Basis**

Die Industrie spürte die konjunkturelle Verlangsamung besonders stark. Betroffen waren neben der Exportwirtschaft diejenigen Unternehmen, die Technologiegüter herstellen. Der Sammelindikator «Geschäftsgang in der Industrie» der KOF/ETH, der die Stimmung in der Industrie wiedergibt, bildete sich deutlich zurück. Im zweiten Halbjahr fiel er erstmals seit der Asienkrise 1997/98 wieder in den negativen Bereich. Die Bestellungen und die Produktion nahmen ab, während die Fertigfabrikatelager als zu hoch beurteilt wurden. In der Folge sank die Kapazitätsauslastung markant und lag am Ende des Jahres mit 80,3% unter ihrem langfristigen Durchschnitt von gut 84%.

**Starke Verlangsamung  
in der Industrie**

Der private Konsum stieg im Jahre 2001 um 2,3%, verglichen mit 2,0% im Vorjahr. Gestützt durch steigende verfügbare Einkommen und eine gute Beschäftigungslage entwickelte er sich bis im Herbst günstig. Unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September und einer Häufung von negativen Meldungen aus dem Inland – wie dem Zusammenbruch der Swissair – schlug die Konsumentenstimmung im Oktober um. Die privaten Haushalte schränkten in der Folge vor allem die Ausgaben für teure dauerhafte Konsumgüter ein und bevorzugten statt Auslandsreisen vermehrt Destinationen im Inland. Das schweizerische Gastgewerbe vermochte damit die rückläufige Zahl ausländischer Gäste teilweise auszugleichen.

**Robuster privater Konsum  
bis im Herbst**

Die Ausrüstungsinvestitionen flachten nach mehreren Jahren kräftigen Wachstums ab. Im Jahresdurchschnitt sanken sie um 3,4%, verglichen mit einem Anstieg von 9,0% im Vorjahr. Insbesondere die Nachfrage nach Technologiegütern und Transportmitteln war stark rückläufig. Mit 14,2% war der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am realen Bruttoinlandprodukt jedoch weiterhin höher als zu Beginn der Neunzigerjahre (12,3%).

**Ende des Ausrüstungsbooms**

Die Bauinvestitionen nahmen im Jahre 2001 mit 1,3% weniger stark zu als im Vorjahr (2,1%). Mit ihrem hohen Wertschöpfungsanteil im Inland leisteten sie aber dennoch einen beachtlichen Wachstumsbeitrag. Wie im Vorjahr bildeten die Eisenbahngrossprojekte (NEAT, Bahn 2000) eine wichtige Stütze der Bauwirtschaft. Infolge der steigenden Beschäftigung entwickelte sich auch der kommerzielle Bau günstig. Dagegen expandierte der Wohnungsbau nur noch in wenigen Regionen; gesamtschweizerisch nahm das Bauvolumen in dieser Sparte leicht ab.

**Leicht höhere  
Bauinvestitionen**

#### Schwächer wachsende Exporte

Die schweizerische Exportindustrie litt zunehmend unter der Abkühlung der internationalen Konjunktur. Auch die Schwäche des Euro erschwerte die Exporttätigkeit. Die realen Güterausfuhren stiegen mit 2,1% deutlich schwächer als im Vorjahr (7,1%). Dank der dynamischen Entwicklung im ersten Halbjahr konnten zwar die Ausfuhren in die EU, in der rund 60% der schweizerischen Exportgüter abgesetzt werden, nominell um 5,2% gesteigert werden. Die Ausfuhren in die USA, die im Vorjahr noch mit zweistelligen Wachstumsraten zugenommen hatten, sanken dagegen nominell um 5,2%. Auch die Exporte in die Schwellenländer Asiens lagen unter dem Vorjahresniveau, während diejenigen in die Erdöl exportierenden Länder stark stiegen. Die Lieferungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten waren rückläufig, während diejenigen von Investitionsgütern stagnierten. Dagegen zogen die Konsumgüterexporte an. Die Exportpreise (Preismittelwerte) erhöhten sich mit 2,0% weniger stark als im Vorjahr (3,3%).

#### Rückgang der Dienstleistungsexporte

Die Abschwächung der internationalen Konjunktur wirkte sich besonders auf die Exporte von Dienstleistungen aus. Die Dienstleistungsexporte sanken um 6,3%, verglichen mit einer Zunahme von 15,4% im Vorjahr.

#### Stagnierende Importe

Mit der konjunkturellen Abkühlung in der Schweiz schwächte sich die Nachfrage nach ausländischen Gütern ab. Die realen Güterimporte stagnierten (-0,4%), nachdem sie im Vorjahr um 7,0% gestiegen waren. Als Folge der gedrückten Industriekonjunktur wurden vor allem weniger Investitionsgüter sowie Rohstoffe und Halbfabrikate eingeführt. Auch die Importe von Konsumgütern bürsteten an Dynamik ein. Infolge der rückläufigen Erdölpreise zog einzig die Nachfrage nach Energieträgern deutlich an. Die Importpreise (Preismittelwerte) erhöhten sich um 1,6%, verglichen mit 6,0% im Vorjahr. Neben den tieferen Dollarnotierungen für Erdölprodukte wirkte der Anstieg des Frankenkurses preisdämpfend.

### Bruttoinlandprodukt und Komponenten

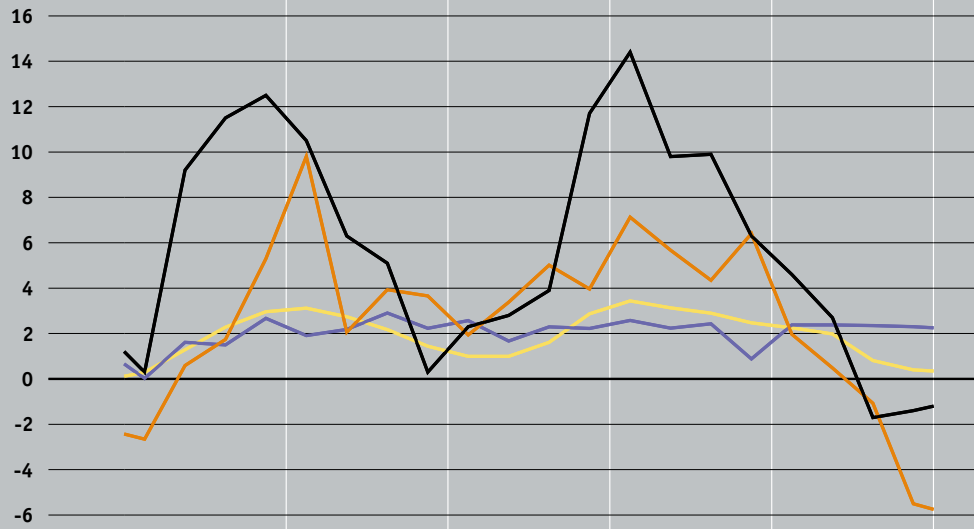
Reale Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	1997	1998	1999	2000	2001
Privater Verbrauch	1,4	2,3	2,2	2,0	2,3
Staatlicher Verbrauch	0,0	1,3	0,5	-0,4	0,1
Anlageinvestitionen	1,5	4,5	3,7	5,8	-1,3
Ausrüstungen	4,9	8,9	10,6	9,0	-3,4
Bau	-1,5	0,4	-3,3	2,1	1,3
<b>Inlandnachfrage</b>	<b>1,3</b>	<b>3,5</b>	<b>2,6</b>	<b>2,4</b>	<b>0,9</b>
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	8,6	5,4	5,2	10,0	1,0
<b>Gesamtnachfrage</b>	<b>3,4</b>	<b>4,0</b>	<b>3,3</b>	<b>4,7</b>	<b>0,9</b>
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	7,6	8,3	7,5	8,5	0,0
<b>Bruttoinlandprodukt</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>1,6</b>	<b>3,0</b>	<b>1,3</b>



### Bruttoinlandprodukt und Komponenten

— Reales Bruttoinlandprodukt  
— Privatkonsum  
— Anlageinvestitionen  
— Exporte  
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent, real.  
 Quelle: SECO



**Wende auf dem Arbeitsmarkt**

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums hinterliess auf dem Arbeitsmarkt deutliche Spuren. Seit dem Frühjahr bildete sich der Manpower-Index, der die Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen misst, zurück. Die Zahl der Arbeitslosen nahm bis zum Jahresende spürbar zu.

**Schwächeres Beschäftigungswachstum**

Im Jahresdurchschnitt stieg die Beschäftigung um 1,1%, verglichen mit 2,2% im Vorjahr. Von der Abschwächung waren alle Wirtschaftssektoren betroffen. Im Dienstleistungssektor erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze um 1,3%, gegenüber 2,6% im Vorjahr. Während die Banken und Versicherungen sowie die Informatikbranche die Beschäftigung nochmals leicht ausweiteten, wurden im Gastgewerbe, in der Verkehrs- und Nachrichtenbranche sowie in der öffentlichen Verwaltung Arbeitsplätze abgebaut. In der Industrie wuchs die Beschäftigung um 1,0%, wobei sich der Zuwachs wie schon im Vorjahr auf wenige Branchen konzentrierte. Dazu gehören die chemische Industrie, die Metallindustrie, die Elektronik- und Elektrizitätsindustrie sowie die Uhren- und Präzisionsinstrumente-Industrie. In den meisten übrigen Industriezweigen schrumpfte die Beschäftigung. In der Bauwirtschaft wurde der Personalbestand leicht reduziert, nachdem er im Vorjahr stark erhöht worden war.

**Zunehmende Zahl ausländischer Arbeitskräfte**

Auch im Jahre 2001 wurde ein erheblicher Teil der neu geschaffenen Stellen durch ausländische Arbeitskräfte besetzt. Am stärksten nahm die Zahl der Erwerbstätigen mit einer Niederlassungsbewilligung zu, doch wurden auch mehr Grenzgänger und Jahresaufenthalter beschäftigt. Dagegen erhöhte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, die über eine Saisonbewilligung verfügen, nur geringfügig.

**Steigende Arbeitslosigkeit**

Der seit Mitte 1997 anhaltende Rückgang der Arbeitslosigkeit kam im ersten Halbjahr 2001 zum Stillstand. Bis zum Jahresende stieg die Arbeitslosigkeit wieder an. Im Dezember betrug die Zahl der Stellensuchenden sowie der bei den regionalen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen 123 500 bzw. 79 500 (saisonbereinigte Werte) und lag damit um 18 700 bzw. 17 200 Personen höher als beim Jahrestiefstand. Die Quote der Stellensuchenden nahm bis Dezember um 0,5 Prozentpunkte auf 3,4% zu, die Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 2,2%.

**Weiterhin regionale Unterschiede**

Die regionalen Unterschiede blieben bestehen. Im Tessin und in der Westschweiz belief sich die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf je 2,8% und in der deutschen Schweiz auf 1,5%.

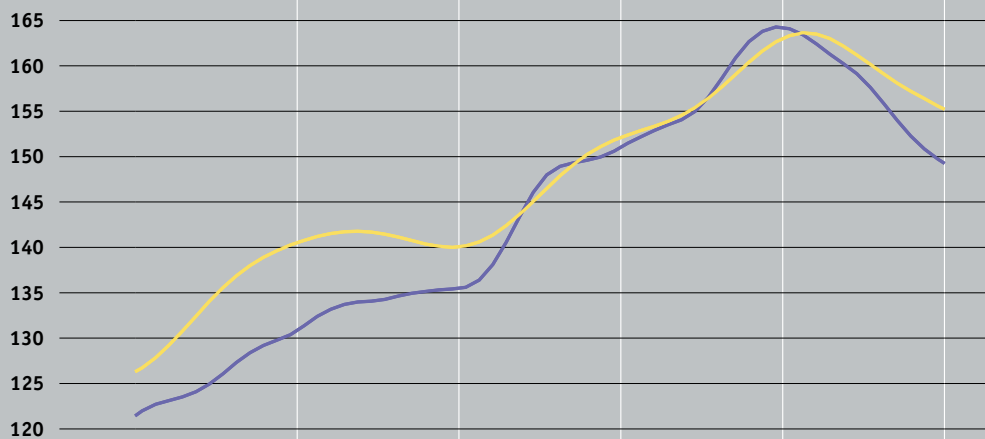
**Vermehrte Kurzarbeit**

Vermehrt führten die Unternehmen auch wieder Kurzarbeit ein. Im Dezember betrug die Zahl der Kurzarbeitenden 7200 Personen, verglichen mit 400 Personen zu Beginn des Jahres.

### Aussenhandel

Import  
Export

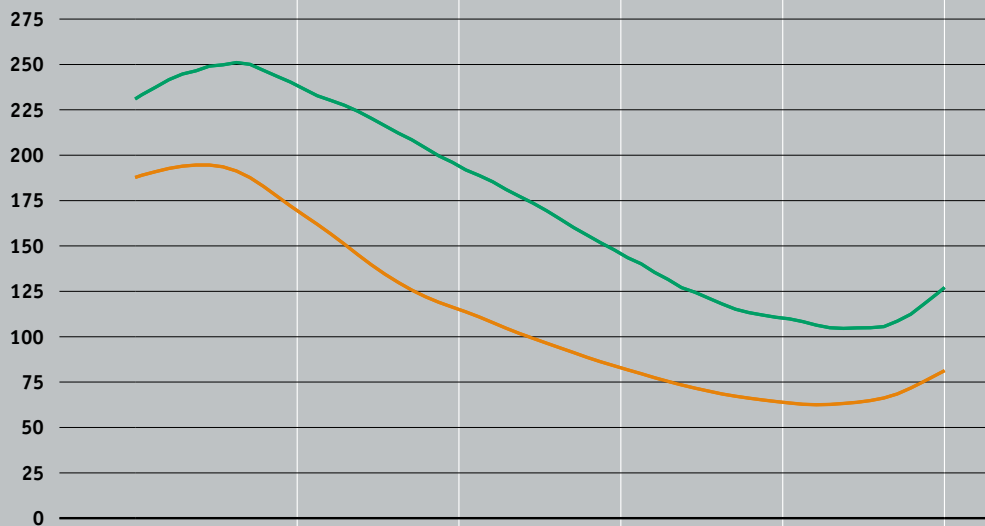
Volumen, saisonbereinigt und geglättet.  
Index: 1988 = 100.  
Quelle: OZD



### Arbeitsmarkt

Arbeitslose  
Stellensuchende

In Tausend, saisonbereinigt.  
Quelle: SECO



## Zunahme der Erwerbstätigkeit

Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die jeweils im zweiten Quartal durchgeführt wird, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen innert Jahresfrist um 1,5% auf 3 938 000 Personen. Der gegenüber dem Vorjahr verstärkte Anstieg ist ausschliesslich auf eine höhere Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Die Zahl der Personen mit einem Arbeitspensum zwischen 50% und 90% nahm um 7,3% und die Zahl der Personen mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 50% um 4,8% zu, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten geringfügig zurückging. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich damit innert Jahresfrist von 29,3% auf 30,7%. Bei den Frauen war die Tendenz zu vermehrter Teilzeitbeschäftigung ausgeprägter als bei den Männern. Die Erwerbsquote der Frauen betrug 73,2%, diejenige der Männer 89,2%. Neben einer höheren Partizipationsrate der Frauen trug insbesondere die verstärkte Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zum Anstieg der Beschäftigung bei.

## Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Vollzeitbeschäftigte</b> <sup>1</sup> Veränderung in Prozent	-1,9	-0,4	-0,2	1,0	0,7
<b>Voll- und Teilzeitbeschäftigte</b> <sup>1</sup> Veränderung in Prozent	-1,3	0,7	1,6	2,2	1,1
<b>Erwerbstätige</b> <sup>2</sup> Veränderung in Prozent	-0,4	1,8	0,8	1,2	1,5
<b>Arbeitslosenquote</b> in Prozent	5,2	3,9	2,7	2,0	1,9
<b>Arbeitslose</b> in 1000	188,3	139,7	98,6	72,0	67,2
<b>Kurzarbeitende</b> in 1000	6,6	3,1	2,9	0,7	2,4
<b>Manpower Stellenindex</b> <sup>3</sup> Veränderung in Prozent	0,4	35,7	26,2	25,2	-11,5

1 gemäss Beschäftigungsstatistik

2 gemäss SAKE

3 Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen

Quellen: BFS, SECO, Manpower

## Rückgang der Teuerung

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung bildete sich im Jahre 2001 zurück. Im Jahresdurchschnitt belief sie sich auf 1,0%, verglichen mit 1,6% im Vorjahr. Preisdämpfend wirkte insbesondere die Verbilligung von Erdölprodukten, nachdem im Vorjahr der Anstieg der Erdölpreise die Teuerung geschürt hatte. Die Warenpreise stagnierten, nach einem Anstieg von 3,1% im Vorjahr. Bei den Dienstleistungen zog die Teuerung dagegen von 0,4% auf 1,8% an. Zu dieser Entwicklung trug hauptsächlich die Erhöhung der Wohnungsmieten bei, deren Jahresteuern sich mit 2,8% gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelte.

## Verstärkter Preisauftrieb bei den inländischen Gütern

Im Gegensatz zum Vorjahr gingen die Teuerungsimpulse vorwiegend von den inländischen Waren und Dienstleistungen aus. Die Teuerung der inländischen Güter stieg von 0,7% auf 1,7%. Die Güter ausländischer Herkunft verbilligten sich dagegen um 1,2%, verglichen mit einem Anstieg von 4,1% im Vorjahr.

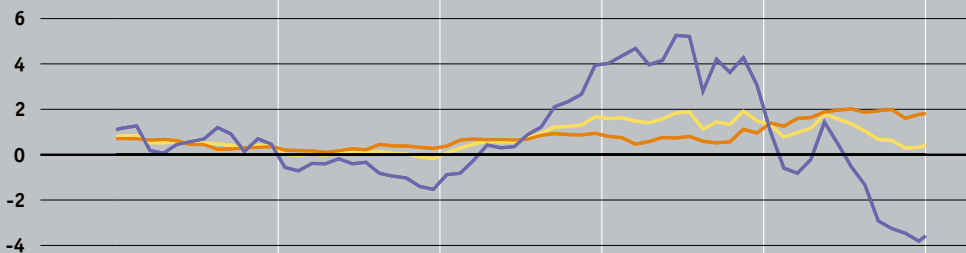
## Stabile Produzenten- und Importpreise

Auch auf der Produzenten- und Importstufe liess der Teuerungsdruck nach. Nachdem das Preisniveau des Gesamtangebots im Jahre 2000 um 2,7% gestiegen war, blieb es im Jahre 2001 nahezu unverändert (-0,1%). Während sich die im Inland hergestellten Waren um 0,5% verteuerten, sanken die Importpreise um 1,6%. Die Rohstoffe verbilligten sich gegenüber dem Vorjahresstand um 9,4%, die Halbfabrikate um 0,2%. Dagegen stiegen die Preise der Konsum- und Investitionsgüter um 0,9% bzw. um 1,0%.

### Konsumentenpreise

— Konsumentenpreise  
— Inlandgüter  
— Auslandgüter

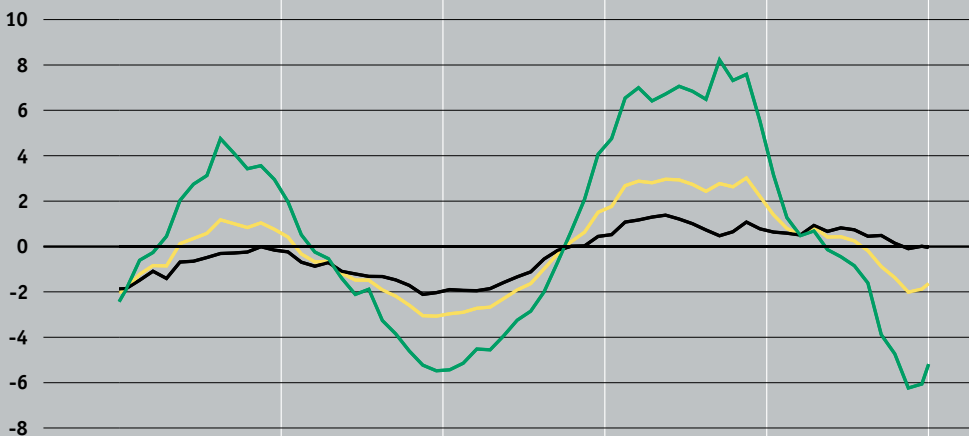
Veränderung gegenüber  
 Vorjahr in Prozent.  
 Quelle: BFS



### Produzenten- und Importpreise

— Produzenten- und Importpreise  
— Produzentenpreise  
— Importpreise

Veränderung gegenüber  
 Vorjahr in Prozent.  
 Quelle: BFS



Rückläufiger  
Ertragsbilanzüberschuss

Handelsbilanzüberschuss –  
geringeres  
Nettokapitaleinkommen

Der Ertragsbilanzüberschuss sank im Jahre 2001 um 10,8 Mrd. auf 41,5 Mrd. Franken. Zu diesem Rückgang trug vor allem der geringere Überschuss im Dienstleistungsverkehr sowie bei den Kapitaleinkommen bei. Gemessen am Bruttoinlandprodukt sank der Ertragsbilanzüberschuss von 12,8% auf 9,9%.

Die Warenexporte und -importe (Spezialhandel) erhöhten sich wertmässig um 4,1% bzw. 1,1%, nachdem sie im Jahre 2000 mit zweistelligen Wachstumsraten gestiegen waren. Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 1,7 Mrd. Franken. Im gesamten Warenhandel, der neben dem Spezialhandel auch Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten sowie die elektrische Energie umfasst, ergab sich mit 3,6 Mrd. Franken ein leicht tieferes Defizit als im Vorjahr. Der Überschuss der Dienstleistungsbilanz lag mit 22,0 Mrd. um 1,4 Mrd. Franken unter dem Vorjahresniveau. Höhere Ausgaben der Inländer im Ausland führten zu einer Abnahme des Überschusses im Fremdenverkehr und die Kommissionserträge der Banken nahmen markant ab. Der Aktivsaldo der Arbeits- und Kapitaleinkommensbilanz ging von 39,6 Mrd. im Jahre 2000 auf 30,2 Mrd. Franken im Jahre 2001 zurück, da die Nettoerträge aus Portfolioanlagen und Direktinvestitionen sowie aus dem Zinsgeschäft der Banken rückläufig waren. Das Defizit der laufenden Übertragungen betrug 7,1 Mrd. Franken, verglichen mit 6,5 Mrd. Franken im Vorjahr.

### Ertragsbilanz Salden in Mrd. Franken

	1997	1998	1999 revidiert	2000 provisorisch	2001 geschätzt
Waren	-0,5	-2,3	-0,3	-4,2	-3,6
Spezialhandel	2,0	2,2	1,0	-2,1	1,7
elektrische Energie	0,7	0,7	0,6	0,5	0,9
Übriger Warenverkehr	-3,2	-5,2	-1,9	-2,6	-6,4
Dienste	18,9	19,6	20,0	23,4	22,0
davon Fremdenverkehr	1,4	1,7	1,6	2,2	1,6
davon Privatversicherungen	2,0	2,2	2,7	2,3	2,4
davon Transporte	1,3	1,2	1,4	1,7	2,4
davon Bankkommissionen	8,8	9,2	11,1	13,3	11,8
Arbeits- und Kapitaleinkommen	23,4	25,9	31,4	39,6	30,2
Arbeitseinkommen	-6,5	-6,4	-6,5	-6,9	-7,7
Kapitaleinkommen	30,0	32,4	37,8	46,5	38,0
Laufende Übertragungen	-4,9	-5,3	-7,5	-6,5	-7,1
<b>Ertragsbilanz Total</b>	<b>37,0</b>	<b>37,8</b>	<b>43,5</b>	<b>52,3</b>	<b>41,5</b>

## 2.2 Finanzpolitik

Die Finanzrechnung des Bundes schloss im Jahre 2001 mit einem Defizit von 1,3 Mrd. Franken bzw. 0,3% des Bruttoinlandproduktes ab, nachdem sich im Vorjahr ein Überschuss von 4,6 Mrd. Franken ergeben hatte. Budgetiert war ein geringer Überschuss von 18 Mio. Franken. Bei den Einnahmen fielen vor allem die Erträge aus der Verrechnungssteuer geringer als budgetiert aus. Dagegen entwickelten sich die nichtfiskalischen Einnahmen (insbesondere eine Darlehensrückzahlung der Arbeitslosenversicherung und eine Kapitalrückzahlung der Swisscom) günstiger als erwartet. Insgesamt waren die Einnahmen im Jahre 2001 nur geringfügig tiefer als veranschlagt; die Ausgaben lagen dagegen deutlich über dem budgetierten Wert. Negativ zu Buche schlugen hauptsächlich ein zusätzliches Darlehen an die Landesausstellung Expo.02 sowie die Finanzhilfe des Bundes an die Swissair und zum Aufbau einer neuen Fluggesellschaft.

**Verschlechterung der Bundesfinanzen**

Gemäss dem vom Parlament verabschiedeten Voranschlag erwartet der Bund für das Jahr 2002 ein Defizit von 294 Mio. Franken. Während die Ausgaben gegenüber dem Budget 2001 mit 4,8% stärker als das nominelle Bruttoinlandprodukt zunehmen dürften, steigen die veranschlagten Einnahmen mit 4,2% voraussichtlich weniger stark.

**Budget 2002**

Mit dem Rechnungsdefizit von 1,3 Mrd. Franken verfehlte der Bund das im Jahre 1998 in die Bundesverfassung aufgenommene «Haushaltsziel 2001». Dieses liess für das Jahr 2001 ein Defizit von maximal 2% der Einnahmen bzw. 1,2 Mrd. Franken zu.

**Verfehlung des verfassungsmässigen Haushaltsziels**

Gemäss den verfügbaren Angaben schlossen die Kantonshaushalte im Jahre 2001 mit einem Defizit von insgesamt 500 Mio. Franken ab. Budgetiert worden war ein Defizit von 600 Mio.

**Defizit bei den Kantonen**

Gemäss ersten Schätzungen verfügten die meisten Gemeinden über gesunde Finanzen. Insgesamt ergab sich, wie budgetiert, ein Überschuss von 200 Mio. Franken.

**Überschuss bei den Gemeinden**

Die Schuldenquote (Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) von Bund, Kantonen und Gemeinden verringerte sich weiter von 51,3% auf 49,6%. Gut die Hälfte der Schulden entfiel auf den Bund, 30% auf die Kantone und knapp 20% auf die Gemeinden.

**Weiter rückläufige Schuldenquote**

Im November 2001 wurde die Botschaft zur Neugestaltung des Finanzausgleichs vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedet. Der Neue Finanzausgleich (NFA) sieht vor, die Aufgaben und Finanzströme zwischen Bund und Kantonen zu entflechten, die Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen und die Lasten gerechter zu verteilen. Dadurch sollen die staats- und finanzpolitische Handlungsfähigkeit von Bund und Kantonen gestärkt sowie die finanziellen Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen verringert werden.

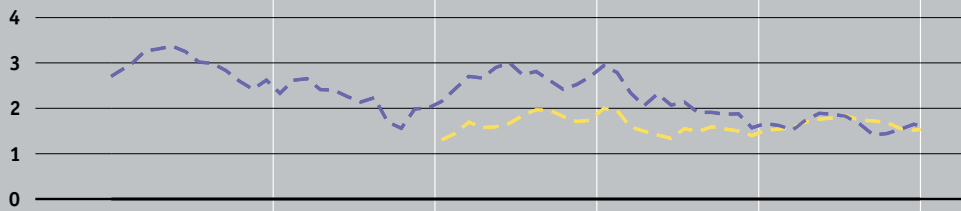
**Botschaft zum neuen Finanzausgleich**

Das Instrument der Schuldenbremse wurde am 2. Dezember von Volk und Ständen in einer Abstimmung mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Die Schuldenbremse soll verhindern, dass die Schulden des Bundes ansteigen und sich im Bundeshaushalt ein strukturelles Ungleichgewicht ergibt. Das neue Instrument löst die Übergangsbestimmung zum «Haushaltsziel 2001» ab und ist auf Verfassungsstufe verankert. Es besteht aus einer konkreten Regel für die zulässige Entwicklung der Ausgaben in der Finanzrechnung: Grundsätzlich soll die Rechnung über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen sein, wobei konjunkturbedingte Schwankungen des Saldos möglich sind. Der Höchstbetrag für die Ausgaben wird an die Höhe der Einnahmen gebunden, jedoch um einen Faktor korrigiert, der die konjunkturelle Lage berücksichtigt.



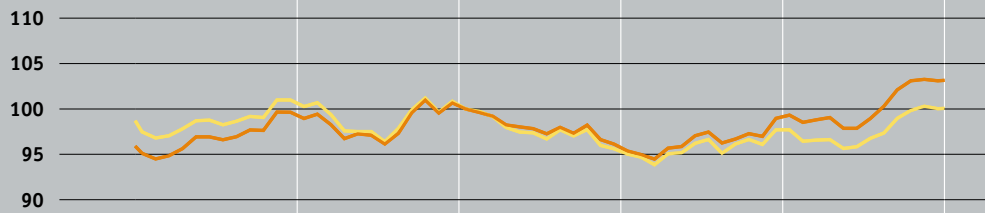
### Differenzen langfristiger Zinssätze

— Euro-Währungsgebiet - Schweiz  
— USA - Schweiz  
 Differenz in Prozentpunkten.  
 Quelle: BIZ



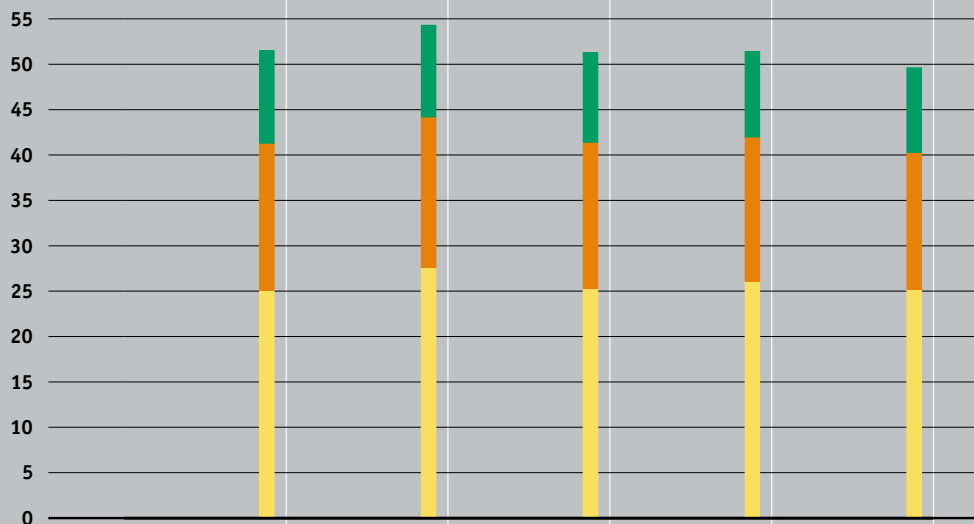
### Exportgewichtete Wechselkurse des Frankens

— Real  
— Nominal  
 Index Januar 1999 = 100.



### Staatliche Verschuldung

■ Bund  
■ Kantone  
■ Gemeinden  
 In Prozent des Bruttoinlandproduktes.  
 Quelle: EFV



## 2.3 Finanzmärkte

### Erhebliche Schwankungen der langfristigen Zinsen

Die Rendite zehnjähriger Bundesobligationen schwankte in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 in einer Bandbreite von 3,3%–3,6%, nachdem sie im zweiten Halbjahr 2000 von 4,0% auf 3,6% gesunken war. Die Verunsicherung der Kapitalmarktteilnehmer nach den Terroranschlägen in den USA im September und dem Zusammenbruch der Swissair im Oktober führte zu einer verstärkten Nachfrage nach Staatspapieren zulasten der privaten Schuldner. Die Rendite zehnjähriger Bundesobligationen sank im Oktober auf 3,0%, womit sich die Spanne zu den zehnjährigen Renditen privater Obligationen merklich ausweitete. Im Zuge des weltweit einsetzenden Zinsanstiegs zogen die Renditen in beiden Kapitalmarktsegmenten im November und Dezember wieder an. Im Dezember rentierten die zehnjährigen Bundesobligationen mit 3,4%.

### Massiver Rückgang der Aktienkurse

Der Swiss Performance Index (SPI) bildete sich im Jahre 2001 um 22% zurück. Der Index, der Ende Dezember 2000 bei 5621 Punkten lag, sank in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 deutlich und erreichte am 21. September, nach den Terroranschlägen in den USA, einen Tiefstand von 3547 Punkten. Im November und Dezember erholte er sich und schloss am Jahresende bei 4383 Punkten. Die Aktienkurse grosser Unternehmen sanken mit 20% weniger stark als diejenigen kleiner (26%) und mittlerer (33%) Unternehmen. Auch zwischen den einzelnen Branchen gab es beträchtliche Unterschiede. Die grössten Verluste mussten die Transportbranche, der Detailhandel, das Gesundheitswesen, die Industrie, die Technologie und die Medienbranche hinnehmen; die Rückgänge bei den Banken, der Chemie, den Nahrungsmitteln und den Versicherungen fielen deutlich geringer aus. Der New Market Index, der sich aus Titeln der Branchen Telekommunikation, Biotechnologie und Informationstechnologie zusammensetzt, sank um 51%.

### Deutlich geringere Nettokapitalaufnahme

Am schweizerischen Kapitalmarkt wurden im Jahre 2001 konjunkturbedingt weniger Mittel aufgenommen als im Vorjahr. Die Nettobeanspruchung (Emissionen abzüglich Rückzahlungen) betrug noch 13,0 Mrd. Franken, verglichen mit 25,8 Mrd. Franken im Vorjahr. Rückläufig war sowohl die Nettobeanspruchung inländischer als auch ausländischer Schuldner. Erstere sank von 14,1 Mrd. auf 5,9 Mrd. Franken, letztere von 8,5 Mrd. auf 2,0 Mrd. Franken.

### Höheres Kreditwachstum

Das Volumen inländischer Kredite nahm im Jahre 2001 um 1,8% und damit leicht stärker als im Vorjahr (1,7%) zu. Die Inlandkredite der Banken entfielen zu rund drei Vierteln auf Hypothekaranlagen und zu einem Viertel auf Kundenforderungen. Während die inländischen Kundenforderungen geringfügig sanken, stiegen die Hypothekaranlagen um knapp 3%. Die klassischen Spargelder (Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform plus Kasensobligationen) erhöhten sich um 1,5%.

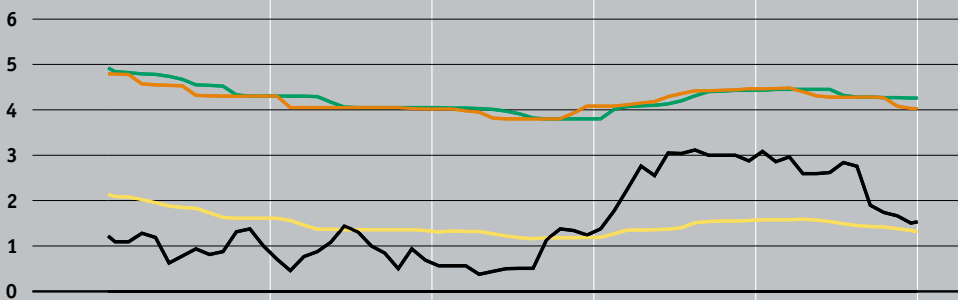
### Rückläufige Bankengewinne

Die weltweite Konjunkturabschwächung und der Rückgang der Aktienkurse führten bei der Mehrzahl der Banken zu einem Gewinnrückgang. Im Vorjahr waren die Gewinne allerdings ausserordentlich hoch ausgefallen.

### Ausgewählte Zinssätze der Banken

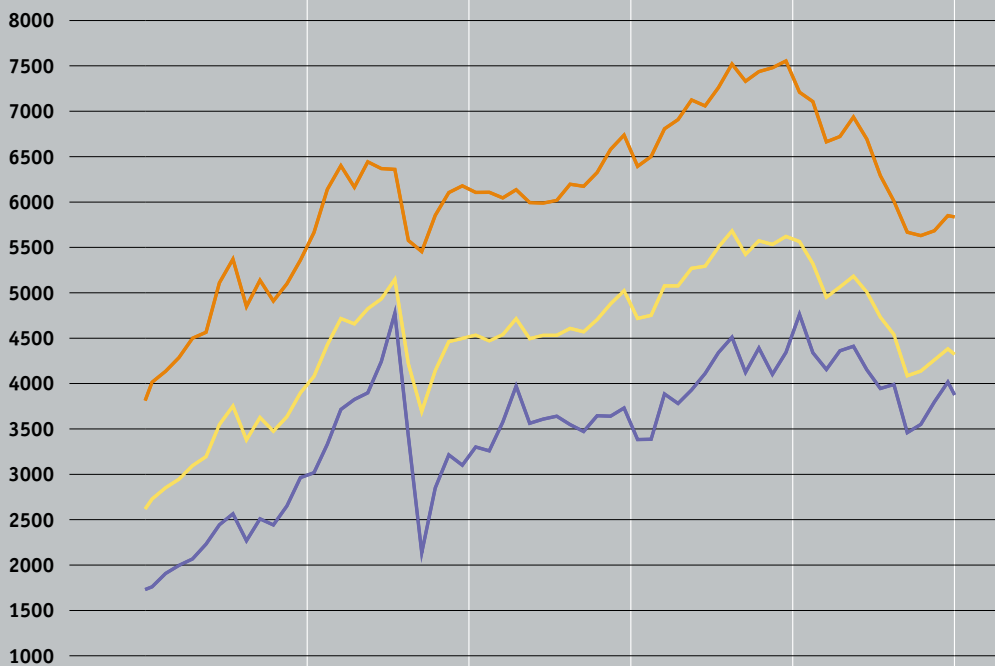
- Alte Hypotheken bei Kantonalbanken
- Neue Hypotheken bei Kantonalbanken
- Spareinlagen bei Kantonalbanken
- Dreimonatige Festgelder bei Grossbanken

In Prozent.



### Aktienkurse

- Insgesamt
  - Banken
  - Industrie
- Swiss Performance Index.  
Quelle: Schweizer Börse



#### **Start der Virt-x**

In London nahm Virt-x, ein gemeinsames Unternehmen der Schweizer Börse und der britischen Handelsplattform Tradepoint, den Handel mit europäischen Blue Chips-Titeln auf. Der Handel verlief technisch reibungslos, das angestrebte Umsatzziel wurde jedoch im Jahre 2001 nicht erreicht.

#### **Robustes schweizerisches Finanzsystem**

Das schweizerische Finanzsystem erwies sich nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA als widerstandsfähig. Das dringendste Problem für einzelne Schweizer Banken dürfte die vorübergehende Handlungsunfähigkeit einer wichtigen Korrespondenzbank in New York gewesen sein. Die Krisenbewältigung in der Schweiz wurde dadurch erleichtert, dass die grosse Mehrheit der Banken, die Märkte und die Finanzmarktinfrastruktur sich in gutem Zustand befanden.

#### **Weitere Probleme bei der Genfer Kantonalbank**

Probleme mit Krediten gab es bei der Genfer Kantonalbank. Das Institut, das im Vorjahr saniert worden war, musste weitere mit hohem Risiko behaftete Kredite an eine Auffanggesellschaft übertragen. Diese genießt – im Gegensatz zur Kantonalbank – eine volle Staatsgarantie.

#### **Sanierung der Waadtländer Kantonalbank**

Eine ausserordentliche Revision bei der Waadtländer Kantonalbank zog eine massive Erhöhung der Rückstellungen nach sich. Als Folge schloss die Rechnung 2001 der Kantonalbank mit einem Verlust ab und es wurde eine Erhöhung des Aktienkapitals notwendig. Die waadtländische Regierung sagte eine Beteiligung des Kantons von 51% an der Kapitalerhöhung zu. Im September war eine Gesetzesvorlage abgelehnt worden, die es dem Kanton erlaubt hätte, seine Beteiligung an der Kantonalbank von 50% auf 30% zu senken.





# 1 Konzept

Preisstabilität ist eine wichtige Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft und fördert den Wohlstand. Die Geldpolitik der Nationalbank zielt darauf ab, die Preisstabilität mittelfristig aufrecht zu erhalten. Sie schafft damit günstige Rahmenbedingungen, die es der Wirtschaft ermöglichen, ihr Produktionspotenzial auszuschöpfen. Um die Preisstabilität zu sichern, muss die Nationalbank für angemessene monetäre Bedingungen sorgen. Ein zu tiefes Zinsniveau führt zu einer übermässigen Geldversorgung der Wirtschaft und zieht eine zu hohe Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nach sich. Dies verleiht der Produktion zwar zunächst Auftrieb. Mit der Zeit treten aber Produktionsengpässe auf und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden überlastet. Es steigen nur noch die Preise und die Produktionsverhältnisse verschlechtern sich wieder. Umgekehrt hat ein zu hohes Zinsniveau eine Verknappung der Geldversorgung und damit eine zu geringe Nachfrage zur Folge. Die Preise der Güter und Dienstleistungen geraten unter Druck, was die Entwicklung der Wirtschaft hemmt.

Die Nationalbank braucht Indikatoren, die darüber Auskunft geben, ob ihr geldpolitischer Kurs im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität angemessen ist. Bis Ende der Neunzigerjahre stand die Entwicklung der Geldaggregate im Vordergrund. Heute stützt sich die Nationalbank auf eine breite Palette realer und monetärer Indikatoren ab. Das geldpolitische Konzept, das seit Anfang 2000 in Kraft ist, besteht aus drei Elementen. Erstens hält die Nationalbank fest, was sie unter Preisstabilität versteht. Zweitens stützt sie ihre geldpolitischen Entscheidungen auf eine mittelfristige Inflationsprognose ab. Drittens setzt sie für einen von ihr gewählten Referenzzinssatz, den Dreimonats-Libor (London interbank offered rate), ein operationelles Zielband fest. Die Nationalbank verzichtet auf die Bekanntgabe eines Wachstumsziels für ein Geldaggregat. Die Geldmengen spielen jedoch weiterhin eine bedeutende Rolle als geldpolitische Indikatoren, da sie wichtige Informationen über den längerfristigen Verlauf der Teuerung liefern.

Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise von weniger als 2% pro Jahr gleich. Damit trägt sie auch der Tatsache Rechnung, dass die Teuerung nicht genau gemessen werden kann. Messprobleme ergeben sich etwa bei qualitativen Änderungen von Gütern und Dienstleistungen. Tendenziell wird durch solche Änderungen die effektive Inflation leicht überzeichnet.

Die Nationalbank gibt jeweils in der Jahresmitte und am Jahresende eine Prognose für die Entwicklung der Inflation in den folgenden drei Jahren bekannt. Der Zeitraum von drei Jahren entspricht dem Zeitbedarf für die Übertragung geldpolitischer Impulse. Prognosen über diesen Horizont sind allerdings mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Mit der Publikation einer mittelfristigen Prognose unterstreicht die Nationalbank die Notwendigkeit, eine vorausschauende Haltung einzunehmen und frühzeitig auf Inflations- und Deflationsgefahren zu reagieren. Die Inflationsprognose wird normalerweise unter der Annahme erstellt, der Referenzzinssatz bleibe während des Prognosezeitraumes konstant.

**Bedeutung der Preisstabilität**

**Geldpolitisches Konzept**

**Definition der Preisstabilität**

**Regelmässige  
Veröffentlichung einer  
Inflationsprognose**

**In die Inflationsprognose einflussende Indikatoren**

Längerfristig hängt die Preisentwicklung entscheidend vom Verlauf der Geldaggregate ab. Insbesondere die Geldmenge  $M_3$  vermittelt daher nützliche Informationen. In der kürzeren Frist sind andere Indikatoren wesentlich; im Vordergrund stehen Hinweise auf die Entwicklung der Konjunktur und der Wechselkurse. Die Nationalbank kommentiert regelmässig den Verlauf der wichtigen geldpolitischen Indikatoren, die in ihre Inflationsprognose einfließen.

**Überprüfung der Geldpolitik aufgrund der Inflationsprognose**

Weicht die prognostizierte Inflation von der Preisstabilität ab, drängt sich eine Überprüfung der Geldpolitik auf. Droht die Teuerung mittelfristig über 2% zu steigen, wird die Nationalbank ihre Geldpolitik tendenziell straffen. Umgekehrt sieht sie eine Lockerung vor, wenn die Gefahr einer Deflation besteht.

**In der Regel kein Ausgleich kurzfristiger Preisbewegungen**

Die Nationalbank muss damit rechnen, dass kurzfristig unerwartete Preisbewegungen auftreten, etwa als Folge von Ausschlägen der Erdöl- und anderer Importpreise oder der Wechselkurse. Sie reagiert darauf jedoch nur, falls die Gefahr einer anhaltenden inflationären oder deflationären Entwicklung besteht. Die Glättung kurzfristiger Bewegungen des Preisniveaus wäre mit der Gefahr verstärkter konjunktureller Schwankungen verbunden, die für die Volkswirtschaft eine erhebliche Belastung bedeuten würden.

**Berücksichtigung der Konjunkturlage**

Die Wirtschaft eines Landes ist vielen Einflüssen aus dem In- und Ausland ausgesetzt, die zu Schwankungen im Konjunkturverlauf führen. Solche Schwankungen lassen sich nicht vermeiden. Die auf mittelfristige Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik der Nationalbank trägt aber dazu bei, sie in Grenzen zu halten. Während einer Phase der Unterauslastung der Produktionskapazitäten lässt der Preisauftrieb nach, in einer Phase wirtschaftlicher Überhitzung verstärkt er sich. Die Nationalbank wird daher im ersten Fall ihre Geldpolitik tendenziell lockern, im zweiten Fall straffen. Dadurch berücksichtigt sie die Konjunkturlage und fördert eine ausgeglichene Entwicklung der Wirtschaft.

**Steuerungskonzept für den Geldmarkt – Zielband für den Dreimonate-Libor**

Die Nationalbank setzt ihre geldpolitischen Absichten um, indem sie das Zinsniveau auf dem Geldmarkt beeinflusst. Sie legt für den Dreimonate-Libor, den wirtschaftlich bedeutendsten Geldmarktsatz für Frankenanlagen, jeweils ein Zielband mit einer Breite von einem Prozentpunkt fest und publiziert dieses regelmässig. Die Nationalbank überprüft ihre Geldpolitik anlässlich der vierteljährlichen Lagebeurteilung. Falls es die Umstände erfordern, passt sie das Zielband für den Dreimonate-Libor auch ausserhalb dieser Termine an. Sie begründet allfällige Änderungen.



2000

2001

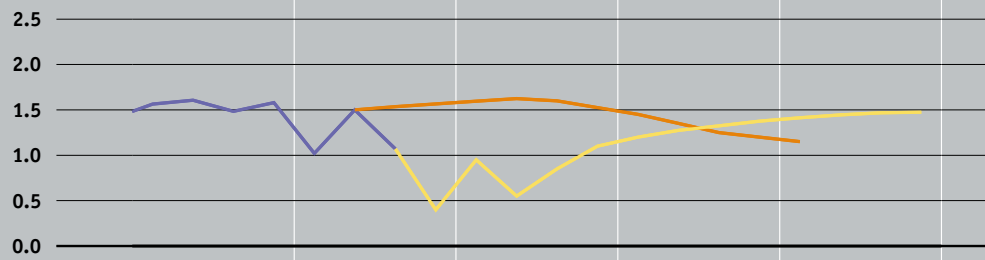
2002

2003

2004

### Inflationsprognose

— Inflation  
— Prognose Juni 2001  
(Libor 3,25%)  
— Prognose Dezember 2001  
(Libor 1,75%)  
Veränderung des  
Landesindex der  
Konsumentenpreise  
gegenüber Vorjahr  
in Prozent.



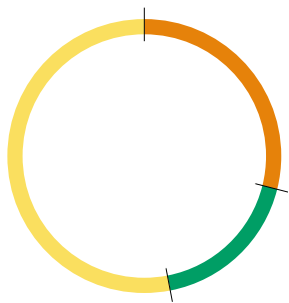
Die Nationalbank beeinflusst den Dreimonate-Libor hauptsächlich über kurzfristige Repo-Geschäfte. Sie kann einen unerwünschten Anstieg des Dreimonate-Libors verhindern, indem sie den Banken mittels Repo-Geschäften vermehrt Liquidität zuführt und ihre Repo-Sätze tendenziell reduziert (Liquiditätsschaffung). Umgekehrt bewirkt sie durch eine Verknappung der Liquiditätsversorgung bzw. eine Erhöhung der Repo-Sätze einen Zinsanstieg (Liquiditätsabschöpfung). Die Liquidität der Geschäftsbanken in Schweizer Franken besteht zu einem wesentlichen Teil aus Giroguthaben bei der Nationalbank. Die Nachfrage der Geschäftsbanken nach Giroguthaben ergibt sich vor allem aufgrund der gesetzlichen Liquiditätsvorschriften; der Interbank-Zahlungsverkehr ist dagegen seit der Einführung der Intraday-Liquidität namentlich für die grossen Banken kaum mehr bedeutsam für die Nachfrage nach Giroguthaben. Die Laufzeit der Repos liegt im Normalfall zwischen einem Tag und wenigen Wochen. Kurzfristige Schwankungen der Repo-Sätze weisen nicht auf eine Änderung des geldpolitischen Kurses hin. Sie widerspiegeln vielmehr die Reaktion der Nationalbank auf Unebenheiten bei der Liquiditätsverteilung im Bankensystem und auf andere kurzfristig wirkende Einflüsse.

**Repo-Sätze und Dreimonate-Libor**

Die Repo-Sätze lassen sich nicht direkt mit dem Libor vergleichen. In der Regel ist der Dreimonate-Libor aus zwei Gründen höher. Zum einen sind die Laufzeiten der Repo-Geschäfte meist kürzer als drei Monate und enthalten damit eine geringere Fristigkeitsprämie als der Dreimonate-Libor. Zum anderen bezieht sich der Libor auf einen Blankokredit, während der Repo-Satz der Preis für ein mit Wertpapieren gesichertes Darlehen ist. Der Libor enthält damit zusätzlich eine Kreditrisikoprämie.

**Geldpolitische Instrumente**

Das wichtigste geldpolitische Instrument der Nationalbank ist das Repo-Geschäft. Dabei verkauft der Geldnehmer eigene oder geliehene Wertpapiere an den Geldgeber. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Geldnehmer Papiere gleicher Art und Menge zu einem späteren Zeitpunkt vom Geldgeber zurückkauft. Aus ökonomischer Sicht handelt es sich beim Repo um ein gesichertes Darlehen. Dafür entrichtet der Geldnehmer dem Geldgeber einen Zins. Neben Repo-Geschäften stehen der Nationalbank zur Steuerung des Geldmarktes auch Devisenswaps zur Verfügung. Zudem hat die Nationalbank die Möglichkeit, Festgelder, die der Bund bei ihr anlegt, bei den Banken in eigenem Namen, jedoch auf Risiko des Bundes, zu platzieren. Damit kann sie Liquiditätsverschiebungen zwischen dem Bankensystem und dem Bund ausgleichen. Die beiden letzten Instrumente spielen im aktuellen Steuerungskonzept keine Rolle und kommen nur noch in Ausnahmesituationen zum Einsatz.



**Hinterlagen aus Repo-Geschäft in Prozent**

- Franken-Anleihen inländischer Schuldner 29
  - Franken-Anleihen ausländischer Schuldner 18
  - Euro Anleihen 53
- Total: 26,2 Mrd. Franken.  
Ende 2001

## Instrumente der Geldmarktsteuerung in Mrd. Franken

	2000		2001	
	Bestand	Umsatz	Bestand	Umsatz
	Durchschnitt		Durchschnitt	
<b>Repo-Geschäfte (Liquiditätsschaffung)</b>	18,9	768,7	17,1	923,5
weniger als 1 Woche	0,9	227,0	1,1	250,4
1 Woche	4,1	211,2	9,3	482,0
2 Wochen	9,9	259,3	5,2	139,2
3 Wochen	3,6	62,2	0,9	16,0
übrige	0,4	8,9	0,7	36,0
<b>Repo-Geschäfte (Liquiditätsabschöpfung)</b>	0,2	40,0	0,0	12,4
weniger als 1 Woche	0,2	40,0	0,0	12,4
<b>Bundesanlagen</b>	11,4	112,8	4,9	72,8

Die Nationalbank stellt den Geschäftsbanken während des Tages zinslos Liquidität über Repo-Geschäfte zur Verfügung, um die Abwicklung des Zahlungsverkehrs zu erleichtern. Die ausschliesslich während des Tages bereitgestellte Liquidität (Intraday-Liquidität) kann nicht zur Erfüllung der gesetzlichen Liquiditätsvorschriften verwendet werden. Diese werden anhand der Werte überprüft, die am Ende des Arbeitstages, also nach der Rückzahlung der Intraday-Liquidität, erreicht werden. Falls eine Bank ihre Intraday-Liquidität nicht am gleichen Arbeitstag zurückzahlt, muss sie darauf einen Zins vergüten, der deutlich über dem Zinssatz für Lombardkredite liegt.

Falls eine Bank dringende Liquiditätsbedürfnisse nicht am Geldmarkt abdecken kann, hat sie die Möglichkeit, auf den Lombardkredit der Nationalbank zurückzugreifen. Sie kann diesen jedoch nur bis zur Höhe ihrer mit Wertpapierhinterlagen gesicherten Kreditlimite und nur zum offiziellen Lombardsatz beanspruchen. Die Nationalbank setzt den Lombardsatz ständig zwei Prozentpunkte über dem Tagesgeldsatz fest, um die Banken davon abzuhalten, den Lombardkredit als dauerhafte Refinanzierungsquelle zu benutzen.

**Intraday-Liquidität  
zur Erleichterung des  
Zahlungsverkehrs**

**Lombardkredit als  
kurzfristige Refinanzierungs-  
quelle in Ausnahmefällen**

## 2 Durchführung

### Ausgangslage

Die im Dezember 2000 von der Nationalbank publizierte Inflationsprognose deutete darauf hin, dass die Teuerung bei einem unveränderten Zinssatz von 3,5% im Laufe des Jahres 2001 leicht anziehen und dabei vorübergehend etwas über 2% liegen werde. Die Prognose ergab sich aufgrund des kräftigen Wirtschaftswachstums im Jahre 2000 und des massiven Anstiegs der Erdölpreise. Gleichzeitig wies die Nationalbank darauf hin, dass die sukzessive Straffung der schweizerischen Geldpolitik vom Herbst 1999 bis zum Sommer 2000 sowie die erwartete Konjunkturabkühlung in den USA und Europa dazu beitragen würden, eine inflationäre Überhitzung der schweizerischen Volkswirtschaft zu vermeiden. Für die Jahre 2001 und 2002 prognostizierte die Nationalbank eine Abschwächung des realen Wirtschaftswachstums auf 2,2% bzw. 1,6%.

### Nachlassender Teuerungsdruck – Senkung des Zinszielbandes im März

Im Laufe des ersten Quartals 2001 zeigte sich indessen, dass der Preisdruck nachzulassen begann. Dazu trug neben der konjunkturellen Verlangsamung im In- und Ausland auch der unerwartet rasche Rückgang der Erdölpreise bei. Die Nationalbank reagierte auf diese Entwicklung am 22. März mit einer Senkung des Zinszielbandes für den Dreimonats-Libor um einen Viertel Prozentpunkt auf 2,75%–3,75%. Dies war die erste Anpassung des Zielbandes seit Mitte 2000.

### Keine Veränderung des Zinszielbandes bei der Lagebeurteilung im Juni

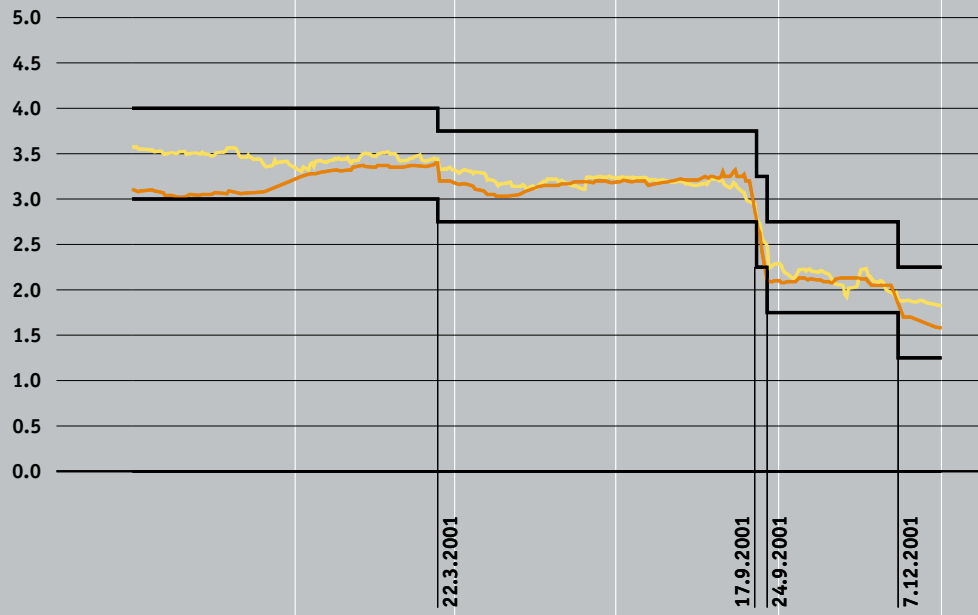
In den folgenden Monaten verlor die Konjunktur zwar an Schwung, doch war der Rückgang moderat und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten blieben weiterhin stark ausgelastet. Die Nationalbank ging, wie die meisten Beobachter, davon aus, dass die amerikanische Konjunktur gegen Ende Jahr wieder leicht anziehen würde. Die am Konsumentenpreisindex gemessene Teuerung, die im ersten Quartal aufgrund von Sonderfaktoren deutlich gefallen war, stieg in den folgenden beiden Monaten wieder an und bewegte sich mit 1,5% ungefähr auf dem gleichen Niveau wie im Durchschnitt des Jahres 2000. Die am Mediengespräch vom 14. Juni präsentierte neue Inflationsprognose zeigte, dass die Nationalbank bei einem kurzfristigen Zinssatz von 3,25% mit einer Stabilisierung der Inflation in der Nähe von 1,5% im Jahre 2003 rechnete. Daher beschloss die Nationalbank bei der Lagebeurteilung im Juni, das Zinszielband unverändert zu belassen.

### Zinssenkungen nach den Terroranschlägen in den USA

In der zweiten Jahreshälfte wurde immer deutlicher, dass sich die amerikanische Konjunktur nicht so rasch erholen würde, wie zunächst erwartet worden war. Ausserdem schwächte sich die europäische und vor allem die deutsche Konjunktur stärker ab als angenommen. Damit verschlechterten sich auch die Wachstumsaussichten für die Schweiz. Gleichzeitig ging die aktuelle Teuerung zurück. Damit war bereits vor den Terroranschlägen vom 11. September der Boden für eine weitere Senkung der Geldmarktsätze vorbereitet. Als die amerikanische Zentralbank und die EZB am 17. September ihre Zinssätze um einen halben Prozentpunkt senkten, zog die Nationalbank die auf den 20. September angesetzte geldpolitische Lagebeurteilung vor und senkte das Zielband um ebenfalls einen halben Prozentpunkt auf 2,25%–3,25%. Da die anderen Zentralbanken ihre Leitzinsen im gleichen Ausmass zurücknahmen, veränderte sich die Zinsdifferenz zum Ausland nicht. In den folgenden Tagen geriet der Franken vor allem gegenüber dem Euro unter starken Aufwertungsdruck. Am 21. September

### Geldmarktsätze

— Dreimonate-Libor  
— Repo-Satz 1 Woche  
 Zielband  
 Tageswerte.



signalisierte die Nationalbank den Märkten, dass ihr die Entwicklung auf den Devisenmärkten grosse Sorge bereite, und am 24. September reduzierte sie das Zinszielband um nochmals einen halben Prozentpunkt auf 1,75%–2,75%. Die Nationalbank reagierte damit auf die Aufwertung des Frankens, welche die monetären Bedingungen in einer Weise zu verschärfen drohte, die vor dem Hintergrund des nachlassenden Wirtschaftswachstums unerwünscht war.

**Weitere Senkung des Zinszielbandes im Dezember**

An der geldpolitischen Lagebeurteilung im Dezember beschloss die Nationalbank, das Zielband für den Dreimonate-Libor nochmals um einen halben Prozentpunkt auf 1,25%–2,25% zurückzunehmen. Sie reagierte damit auf die weitere Verschlechterung der Konjunkturaussichten und die damit verbundene Abnahme des Inflationsdrucks. Die am Mediengespräch vom 7. Dezember veröffentlichte Inflationsprognose, die auf einem Dreimonate-Libor von 1,75% basiert, rechnet mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 0,9% für 2002, 1,3% für 2003 und 1,5% für 2004. Gleichzeitig legte die Nationalbank der Prognose einen Anstieg des realen Bruttoinlandproduktes von 1,5% im Jahre 2001 und von rund 1% im Jahre 2002 zu Grunde.

**Kurzfristiger Anstieg der Repo-Sätze innerhalb des Zinszielbandes**

Mit diesen vier Zinsschritten nahm die Nationalbank das Zielband für den Dreimonate-Libor im Jahre 2001 um insgesamt 1,75 Prozentpunkte zurück. Bei jeder Änderung – ausser beim Zinsschritt vom 24. September – teilte sie den Märkten überdies mit, dass der Dreimonate-Libor bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten würde. Da die Märkte seit Jahresbeginn jedoch immer mit tendenziell sinkenden Zinssätzen rechneten, hatte dies zur Folge, dass die Nationalbank die kurzfristigen Repo-Zinssätze zeitweise ansteigen lassen musste. Dies war insbesondere im März, September und November der Fall, als immer stärker mit einer möglicherweise sogar vorgezogenen Satzanpassung gerechnet wurde. In diesen Fällen war die Nationalbank allerdings auch bereit, die durch das Zielband gebotene Flexibilität auszunutzen und den Dreimonate-Libor vorübergehend deutlich unter die Mitte des jeweils gültigen Zielbandes fallen zu lassen.

**Keine Anzeichen eines längerfristigen Preisanstiegs**

Die im Laufe des Jahres 2001 vorgenommene substanzielle Senkung der kurzfristigen Zinssätze wurde dadurch erleichtert, dass die Entwicklung der Geldaggregate keine Gefährdung der längerfristigen Preisstabilität anzeigte. Die Geldmenge  $M_3$ , die sich zwischen 1997 und Mitte 1999 insgesamt nur wenig verändert hatte, stieg im Laufe des Jahres 2001 zwar kontinuierlich an, doch blieb das Wachstum moderat. Im vierten Quartal lag  $M_3$  um durchschnittlich 4,8% über dem Stand des Vorjahres.

**Anstieg der Notenbankgeldmenge aufgrund steigender Notennachfrage**

Deutlich stärker erhöhte sich die saisonbereinigte Notenbankgeldmenge, welche die Liquidität misst, die der Wirtschaft von der Nationalbank direkt zur Verfügung gestellt wird. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf einen kräftigen Zuwachs des Notenumlaufs zurückzuführen, der durch Sonderfaktoren wie die bevorstehende Einführung des Euro-Bargeldes beeinflusst wurde. Die zweite Komponente der Notenbankgeldmenge, die Giroguthaben der Banken bei der Nationalbank, nahm bei grossen Schwankungen ebenfalls zu. Zu diesen Schwankungen dürfte vor allem das Zusammenspiel zwischen den Zinserwartungen der Märkte und dem Bestreben der Nationalbank, den Dreimonate-Libor nahe der Mitte des Zinszielbandes zu halten, beigetragen haben.

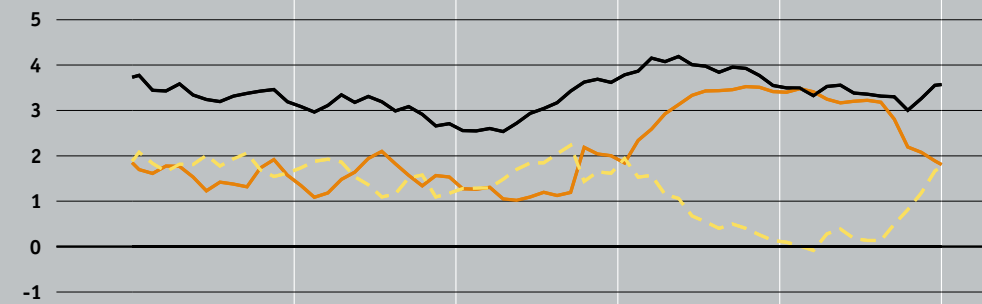
### Geldaggregate

— Notenbankgeldmenge  
—  $M_1$   
—  $M_2$   
—  $M_3$   
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.



### Geld- und Kapitalmarktsätze

— Dreimonate-Libor  
— Rendite eidgenössischer Obligationen  
- - - Differenz in Prozentpunkten







# Totalrevision des Nationalbankgesetzes

Im März 2001 eröffnete das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) auf der Grundlage eines von der Expertengruppe «Reform der Währungsordnung» ausgearbeiteten Gesetzesentwurfs (vgl. 93. Geschäftsbericht, Seite 45) ein Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Nationalbankgesetzes (NBG). Das geltende Nationalbankgesetz stammt aus dem Jahre 1953 und wurde seither nur partiell revidiert. Viele Bestimmungen sind deshalb nicht mehr zeitgemäss. Zudem drängten sich im Anschluss an die Nachführung des Verfassungsartikels über die Geld- und Währungspolitik (Art. 99 BV) Anpassungen auf Gesetzesstufe auf. Der Vorentwurf der Expertengruppe umfasst als wichtigste Reformpunkte die Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Notenbankauftrags, die Ausgestaltung der Notenbankunabhängigkeit, die Einführung einer formellen Rechenschaftspflicht, die Flexibilisierung des Geschäftskreises, die Modernisierung der hoheitlichen Notenbankinstrumente, die Anpassung der aktienrechtlichen Bestimmungen sowie die Straffung der Organisationsstruktur.

Die Nationalbank befürwortete in ihrer Stellungnahme von Ende Juni an das EFD die geplante Modernisierung des Notenbankgesetzes. Sie erachtete den Vorentwurf der Expertengruppe als taugliche Grundlage für die Botschaft an das Parlament. Zu begrüßen ist insbesondere die vorgeschlagene Präzisierung des Notenbankauftrages. Die Ausrichtung der Geldpolitik auf das vorrangige Ziel der Preisstabilität gehört zu den Wesensmerkmalen eines modernen Zentralbankgesetzes. Nach dem Gesetzesentwurf soll die Nationalbank Preisstabilität gewährleisten. Der Zusatz im gesetzlichen Auftrag, dass die Nationalbank die konjunkturelle Entwicklung zu beachten habe, ist sinnvoll und entspricht bewährter Praxis. Zusätzlich zu den einzelnen Notenbankaufgaben, die im Gesetzesentwurf zeitgemäss umschrieben werden, möchte die Nationalbank ihren Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems verankert sehen.

Nach Auffassung der Nationalbank ist die verfassungsrechtlich verankerte Unabhängigkeit im Gesetzesentwurf sachgerecht konkretisiert, indem die Bank und ihre Organe frei von Weisungen zu handeln haben. Neben der funktionalen müssen indessen auch die institutionelle und die finanzielle Unabhängigkeit der Nationalbank gesetzlich solide abgestützt sein. In diesem Zusammenhang sprach sich die Nationalbank für die Beibehaltung der Rechtsform der Aktiengesellschaft aus. Die Nationalbank stellte sich auch klar hinter die Rechenschafts- und Informationspflichten, die im neuen Nationalbankgesetz näher umschrieben werden sollen.

Die von der Expertengruppe vorgeschlagene Abschaffung nicht mehr benötigter Notenbankinstrumente wurde von der Nationalbank vollumfänglich unterstützt. An die Stelle der geforderten Kassenliquidität der Banken soll eine Mindestreserveregelung treten. Die Nationalbank schlug hier die Ergänzung vor, dass der Geltungsbereich allenfalls durch Verordnung auf Emittenten von elektronischem Geld sowie weitere Emittenten von Zahlungsmitteln ausgedehnt werden kann. In Anbetracht des raschen Wandels auf den Finanzmärkten könnte der Kreis der mindestreservepflichtigen Unternehmen mit dem Begriff «Bank» dereinst zu eng gefasst sein.

**Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Expertengruppe**

**Preisstabilität als Ziel der Geldpolitik**

**Weisungsfreiheit der Nationalbank**

**Erneuerte Notenbankinstrumente**

**Bildung von Rückstellungen  
durch Entscheid des Bankrats**

Die Nationalbank trat ausserdem dafür ein, dass die verfassungsrechtliche Vorschrift, wonach aus den Nationalbankerträgen Rückstellungen zum Aufbau von Währungsreserven gebildet werden, im Gesetz hinreichend konkretisiert wird. In der Frage, wer über die Höhe der erforderlichen Rückstellungen entscheiden soll, sprach sich die Nationalbank, anders als die Expertengruppe, für den Bankrat statt für das Direktorium als zuständiges Organ aus. Eine breitere Abstützung dieses für die Gewinnermittlung bedeutsamen Entscheides ist wünschbar und entspricht der Absicht, dem Bankrat erweiterte Aufsichtskompetenzen einzuräumen.

**Sinnvolle Reduktion  
der Zahl der Organe**

Schliesslich befürwortete die Nationalbank die im Gesetzesentwurf vorgesehene Straffung der Organisationsstruktur. Für eine effiziente Führung der Bank ist es unerlässlich, dass die Zahl der Organe reduziert und ihr Zusammenspiel optimiert wird. Eine wichtige Voraussetzung hierzu bildet die zahlenmässige Verkleinerung des Bankrats. Hier möchte die Nationalbank einen Schritt weiter gehen als die Expertengruppe; sie erachtet eine Zahl von 11 (statt wie vorgeschlagen 15) Mitgliedern für den künftigen Bankrat als angemessen. Damit würde die Verantwortung der einzelnen Bankräte in der Entscheidungsbildung gestärkt und die Arbeitseffizienz des Gremiums erhöht.

**Sicherung der  
regionalen Präsenz**

Im Kontext der geplanten organisatorischen Straffung sollte Vorsorge getroffen werden, dass die Notenbank ausreichend in den Regionen verankert bleibt. Die Nationalbank schlug deshalb vor, die regionale Präsenz der Notenbank zum Zweck der Wirtschaftsbeobachtung und Kontaktpflege als wichtiges Anliegen im Gesetz sichtbar zu machen. Insbesondere sprach sich die Nationalbank dafür aus, dass die Wirtschaftsbeobachtung in den Regionen von Beiräten an den einzelnen Bankstellen begleitet und unterstützt werden kann.

**Überwachung von  
Zahlungs- und  
Abwicklungssystemen**

Im Vernehmlassungsverfahren fand die von der Expertengruppe vorgeschlagene Überwachung von Zahlungssystemen grundsätzlich breite Unterstützung. Im Dezember schlugen Nationalbank und Eidgenössische Bankenkommision in einem gemeinsamen Positionspapier dem EFD vor, über die Zahlungssysteme hinaus weitere zentrale Einrichtungen, von denen Risiken für die Stabilität des Finanzsystems ausgehen können, einer Überwachung durch die Nationalbank zu unterstellen. Im Sinne der Empfehlungen internationaler Organisationen gilt es namentlich, die Effektenabwicklungssysteme in die Systemüberwachung einzubeziehen. Gleichzeitig soll die Koordination zwischen Systemüberwachung (durch die Nationalbank) und Institutsaufsicht (durch die Bankenkommision) ausdrücklich geregelt werden. Dies erfordert neben Ergänzungen im Entwurf des Nationalbankgesetzes eine Reihe gezielter Änderungen des Banken- und des Börsengesetzes.



## Weitere Notenbankaufgaben

# 1 Anlage der Aktiven

## 1.1 Grundlagen

Die Aktiven der Nationalbank bestehen im Wesentlichen aus den Devisen- und Goldreserven sowie den Finanzaktiven in Schweizer Franken (Wertschriften sowie Forderungen aus Repo-Geschäften). Sie bilden einen Bestandteil des schweizerischen Volksvermögens und erfüllen wichtige geld- und währungs-politische Funktionen. Ihre Zusammensetzung wird hauptsächlich durch die geltende Währungsordnung sowie die Bedürfnisse der Geldpolitik bestimmt.

Ein beträchtlicher Teil der Aktiven der Nationalbank dient unmittelbar der Durchführung der Geldpolitik. Für die Versorgung der Wirtschaft mit Notenbankgeld und die Steuerung der Geldmarktzinsen kauft die Nationalbank von den Banken vorübergehend Wertpapiere oder Devisen. Im Jahre 2001 erfolgte die geldpolitische Steuerung fast ausschliesslich durch Repo-Geschäfte; diese entsprechen einem durch Wertpapiere gesicherten Geldmarktkredit.

Als Währungsreserven gelten jene Aktiven der Nationalbank, die für internationale Zahlungszwecke verwendet werden können, insbesondere Devisenreserven und Gold. Die Nationalbank kann jederzeit Devisenreserven gegen Franken verkaufen, um den Aussenwert des Frankens zu stützen. Der monetäre Goldbestand der Nationalbank trägt dazu bei, dass die Schweiz in Notlagen gegenüber dem Ausland zahlungsfähig bleibt.

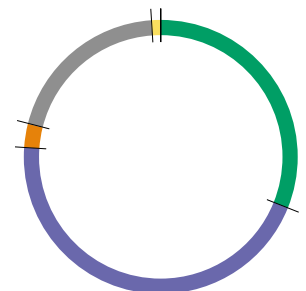
Seit dem Frühjahr 2000 verkauft die Nationalbank den für die Geldpolitik nicht mehr notwendigen Teil der Goldreserven (vgl. 93. Geschäftsbericht, Seite 51). Der Verkauf erfolgt im Rahmen des Abkommens zwischen 15 europäischen Zentralbanken vom September 1999, das die Grundlage der jährlichen Verkaufskontingente bildet. Die Erlöse aus den Goldverkäufen werden gesondert bewirtschaftet, aber nicht separat ausgewiesen, da sie kein Sondervermögen im juristischen Sinne darstellen.

### Wesen und Zweck der Nationalbankaktiven

### Rolle der Aktiven im Rahmen der Geldpolitik

### Devisenreserven und Goldbestand

### Freie Aktiven



### Struktur der Nationalbankaktiven in Prozent

Gold	31
Devisenreserven	45
Übrige Fremdwährungsaktiven	3
Inländische Finanzaktiven	20
Übrige Inlandaktiven	1

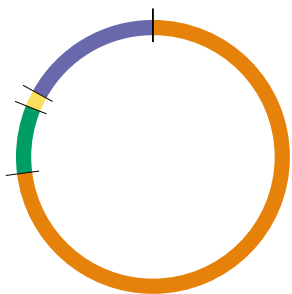
Total: 112 Mrd. Franken.  
Bilanzwerte, Durchschnitt

Das Nationalbankgesetz bestimmt sowohl den Kreis der Aktiven, welche die Nationalbank erwerben darf, als auch die Instrumente, die sie zu deren Bewirtschaftung einsetzen kann. Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der intern festgesetzten Risikogrenzen und der Erfordernisse ihres geld- und währungspolitischen Auftrags bewirtschaftet die Nationalbank ihre Aktiven möglichst ertragreich.

## 1.2 Monetäre Devisenreserven

Die Nationalbank legt ihre monetären Devisenreserven – d. h. die Fremdwährungsanlagen ohne den Teil, der den freien Aktiven (siehe Seite 55) zugeordnet ist – zur Hauptsache in sicheren und liquiden Wertpapieren sowie zu einem kleinen Teil in Festgeldanlagen bei erstklassigen ausländischen Banken an. Sie achtet darauf, dass sie die Anlagen nötigenfalls kurzfristig und ohne grössere Kurseinbussen verkaufen kann. Gemäss Nationalbankgesetz können handelbare Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und ausländischer Banken erworben werden.

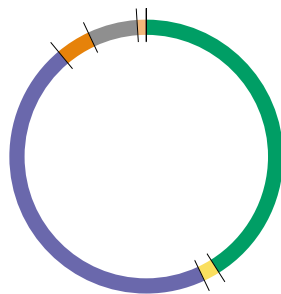
Das Direktorium legt die anlagepolitischen Richtlinien fest, innerhalb deren ein internes Anlagekomitee die detaillierte Währungsallokation und das zulässige Zinsrisiko bestimmt. Das Portfoliomanagement der Nationalbank orientiert sich bei jeder einzelnen Währung an einem Referenzportefeuille. Der Bewirtschaftungserfolg der Portfolios wird an der Rendite dieser Referenzportefeuilles gemessen.



**Devisenanlagen  
nach Schuldern  
(ohne freie Aktiven)**  
in Prozent

Staatspapiere 73  
Wertpapiere mit indirekter  
Staatsgarantie 8  
Währungs-  
institutionen 2  
Banken 17

Total: 43,6 Mrd. Franken.  
Ende 2001



**Devisenanlagen  
nach Währungen  
(ohne freie Aktiven)**  
in Prozent

US-Dollar 41  
Kanadischer Dollar 2  
Euro 46  
Dänische Krone 4  
Britisches Pfund 6  
Yen 1

Total: 43,6 Mrd. Franken.  
Ende 2001

Die Devisenreserven wurden zugunsten einer Erhöhung des Repo-Bestandes um rund 4,5 Mrd. Franken reduziert. Weitere 1,5 Mrd. wurden zur Gewinnausschüttung an Bund und Kantone verwendet. Die Duration (durchschnittliche Kapitalbindungsdauer) der Devisenreserven wurde von drei auf vier Jahre verlängert. Dies wirkte sich im Umfeld sinkender Zinsen positiv auf das Ergebnis aus. Bei der Währungsaufteilung wurde der Yen-Anteil im Verlaufe des Jahres reduziert. Die Anlagen in deutschen Pfandbriefen wurden aufgrund von deren gestiegener Bedeutung und Liquidität leicht erhöht. Zur Steuerung der Duration setzte die Nationalbank neben Futures auch Zinssatzswaps ein. Insgesamt rentierten die monetären Devisenreserven mit 5,2%, verglichen mit 5,8% im Vorjahr. Ihr Stand betrug Ende 2001 43,6 Mrd. Franken und lag damit um 4,2 Mrd. unter dem Vorjahreswert.

### Jahresergebnis monetäre Devisenanlagen Renditen in Prozent

Währungsportefeuille	1999		2000		2001	
	lokale Währung	Franken	lokale Währung	Franken	lokale Währung	Franken
US-Dollar	0,8	16,9	10,1	12,6	6,3	9,1
Euro	-0,2	-0,0	6,0	0,7	5,7	2,7
Yen	2,5	32,5	1,0	-8,1	1,9	-8,6
Britisches Pfund	1,1	14,4	8,6	2,8	5,7	5,0
Dänische Krone	0,8	0,9	5,5	-0,2	5,6	3,0
Kanadischer Dollar <sup>1</sup>	1,1	7,6	7,9	6,9	7,9	4,0
Gesamte Devisenreserven		9,7		5,8		5,2

1 seit Mai 1999

Externe Vermögensverwaltungsunternehmen bewirtschafteten Ende 2001 8,2% der Devisenreserven. Die Verwaltungsmandate erschliessen Anlagesegmente wie hypothekarisch gesicherte Wertschriften in den USA und internationale Obligationen-Portefeuilles. Die Geschäftsabwicklung für die extern verwalteten Devisenreserven erfolgt durch eine spezialisierte Depotbank.

**Einsatz externer Vermögensverwaltungsunternehmen**

## 1.3 Franken-Obligationen

### Anlagegrundsätze

Die Nationalbank hält einen Teil ihrer Aktiven in Franken-Obligationen. Sie bewirtschaftet dieses Portefeuille unter der Einschränkung, dass die Anlageentscheide die Geldpolitik weder stören noch von ihr profitieren dürfen. Seit Mitte 2000 verfolgt sie eine Anlagepolitik, die einen für den Markt repräsentativen Index für Franken-Anleihen nachbildet. Der Index berücksichtigt alle vom Nationalbankgesetz zugelassenen Schuldner: Bund, Kantone und Gemeinden, in- und ausländische Banken und Pfandbriefinstitutionen, ausländische Staaten sowie internationale Organisationen.

### Anlageergebnis

Ende 2001 betrug der Marktwert des Portefeuilles – ohne den Teil, der den freien Aktiven zugeordnet ist – 5,5 Mrd. Franken, verglichen mit 5,2 Mrd. im Vorjahr. Im Zusammenhang mit der Anpassung der Anlagestrategie erhöhte sich die Duration von 3,5 auf 4,4 Jahre. Die Rendite des Portefeuilles stieg von 3,3% im Vorjahr auf 4,3%.

## 1.4 Goldleihe und Goldreserven

### Anlagegrundsätze

Das Goldabkommen vom September 1999 zwischen fünfzehn europäischen Zentralbanken verpflichtet die Nationalbank, ihr Goldleihgeschäft auf den damaligen Stand von 328 Tonnen zu begrenzen. Ende 2001 betrug der Bestand an ausgeliehenem Gold 322,2 Tonnen. Gegenparteien der Nationalbank sind rund zwanzig erstklassige in- und ausländische Finanzinstitute. Diese entschädigen die vorübergehende Überlassung des Goldes mit einem Zins.



**Franken-Wertschriften  
nach Schuldnern**  
(ohne freie Aktiven)  
in Prozent

Bund	21
Kantone	9
Gemeinden	6
Pfandbriefinstitutionen	19
Banken	13
Internationale Organisationen	9
Ausländische Schuldner	23
Total: 5,5 Mrd. Franken. Ende 2001	



Einen Teil der Goldleihgeschäfte schliesst die Nationalbank gegen Hinterlage von Wertpapieren als Sicherheit ab. Solche Hinterlagen senken das Kreditrisiko deutlich, reduzieren jedoch gleichzeitig den Ertrag. Ende 2001 waren 26,3% aller Goldleihgeschäfte durch Wertpapierhinterlagen gesichert. Die gedeckten Goldleihgeschäfte konzentrierten sich auf Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren.

**Langfristige Leihgeschäfte  
gegen Wertpapierdeckung**

Im Jahre 2001 erzielte die Nationalbank mit der Goldleihe eine Rendite von 1,6%. Am Jahresende betrug die durchschnittliche Restlaufzeit des Goldleihportfolios 11,3 Monate.

**Anlageergebnis**

## 1.5 Freie Aktiven

Die Nationalbank verkauft ihr für die Geld- und Währungspolitik nicht mehr benötigtes Gold im Umfang von 1300 Tonnen sukzessive am Markt. Sie investiert die Erlöse in verschiedene Finanzanlagen, die von den anderen Aktiven getrennt verwaltet werden. Der Anlageprozess ist ähnlich wie bei den Devisenreserven strukturiert. Im Rahmen der vom Direktorium festgelegten Anlagestrategie bestimmt ein interner Steuerungsausschuss die detaillierten Anlagerichtlinien und Bewirtschaftungsmassnahmen. Der Bewirtschaftungserfolg wird an der Rendite von Referenzportefeuilles gemessen.

**Grundsätze**

Im Jahre 2001 verkaufte die Nationalbank 220,8 Tonnen Gold zum Durchschnittspreis von 272,4 Dollar pro Unze. Die Erlöse betrugen 3,3 Mrd. Franken. Von den vorgesehenen 1300 Tonnen wurden damit bis zum Jahresende 391,6 Tonnen verkauft. Die Verkäufe erfolgten regelmässig und in Mengen, die den Markt so weit wie möglich schonten.

**Goldverkäufe**

Die Möglichkeiten, den weiteren zum Verkauf vorgesehenen Goldbestand gegen eine ungünstige Entwicklung des Goldpreises in Franken zu schützen, sind durch das Goldabkommen vom September 1999 stark eingeschränkt. Daher darf die Nationalbank das Goldpreisrisiko nicht mit derivativen Instrumenten absichern. Sie kann jedoch das Währungsrisiko auf den künftigen, in Dollar anfallenden Golderlösen reduzieren. Aus diesem Grunde tätigte die Nationalbank Dollar-Terminverkäufe gegen Franken und Euro in einem Ausmass von rund einem Drittel der zukünftigen Dollarerlöse. Im Jahre 2001 ergab sich infolge des unerwarteten Anstiegs des Dollarkurses aus den Absicherungsgeschäften ein Verlust in der Höhe von 317,0 Mio. Franken, nach einem Gewinn von 82,8 Mio. im Vorjahr.

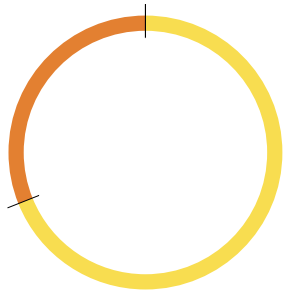
**Absicherung eines Teils des  
Währungsrisikos auf den  
zukünftigen Goldverkäufen**

**Anlage der Erlöse aus dem Goldverkauf**

Die Erlöse aus den Goldverkäufen werden ausschliesslich bei Gegenparteien sehr guter Bonität angelegt. Das Portefeuille besteht hauptsächlich aus Obligationen öffentlich-rechtlicher Institutionen und Banken aus dem In- und Ausland sowie zu einem kleinen Teil aus Festgeldern bei in- und ausländischen Banken. Ende 2001 bestand 9% des Anlageportefeuilles aus Obligationen in Franken; weitere 45% waren gegen Währungsrisiken abgesichert. Das übrige Portefeuille war in Euro (26%), US-Dollar (12%) und anderen Währungen (8%) angelegt. Die Duration des Portefeuilles betrug 3 Jahre. Es wurde eine Rendite von 4,4% erzielt.

**Stand der freien Aktiven am Jahresende**

Ende 2001 betrug der Marktwert der freien Aktiven 19,4 Mrd. Franken. Davon entfielen 13,4 Mrd. auf das weitere zum Verkauf vorgesehene Gold sowie insgesamt 6,0 Mrd. auf die Anlagen in Devisen und Franken. Der Marktwert der freien Aktiven lag um 0,2 Mrd. Franken über der Rückstellung für die Abtretung der freien Aktiven in Höhe von 19,2 Mrd. Franken. Die Differenz rührt daher, dass der Ertrag aus der Bewirtschaftung der Goldverkaufserlöse nicht dieser Rückstellung zugerechnet wird.



**Marktwert der freien Aktiven in Prozent**

Gold (zum Verkauf vorgesehen) 69

Anlagen in Fremdwährungen und Franken 31

Total: 19,4 Mrd. Franken.  
Ende 2001

## 1.6 Risikomanagement

Das Risikomanagement erfasst, begrenzt und überwacht alle massgeblichen finanziellen Risiken, welche die Nationalbank durch ihre Aktivitäten auf den Geld- und Kapitalmärkten eingeht. Im Zentrum des Risikomanagements stehen jene Aktiven, die unter Ertrags Gesichtspunkten bewirtschaftet werden, namentlich die Devisenreserven und die freien Aktiven. Von ausschlaggebender Bedeutung sind die Marktrisiken, d.h. Währungs-, Goldpreis- und Zinsrisiken. Daneben geht die Nationalbank im Rahmen ihrer Anlage- und der Geldpolitik auch gewisse Kreditrisiken ein. Die Anlagen beschränken sich auf Gegenparteien mit überdurchschnittlicher Bonität. Die Risikomessung beruht auf gängigen Risikokennziffern und Verfahren. Bei den Marktrisiken stehen Sensitivitäts- und Value-at-Risk-Analysen im Vordergrund, bei den Kreditrisiken öffentlich zugängliche Rating-Informationen.

Die Risikobegrenzung erfolgt über ein System von Richtlinien und Limiten. Die strategischen Vorgaben für das Marktrisiko werden vom Direktorium festgelegt, jene für das Kreditrisiko von den Bankbehörden. Ein internes Risikokomitee setzt die Vorgaben in konkrete Richtlinien um und steuert den Überwachungsprozess. Die Einhaltung der Richtlinien und Limiten wird systematisch kontrolliert. Die Ergebnisse der Risikoüberwachung werden direkt den zuständigen Linien- und Aufsichtsinstanzen der Nationalbank gemeldet. Die Oberaufsicht liegt beim Bankrat, wobei eine Zweierdelegation des Bankausschusses speziell für die Risikoaufsicht zuständig ist.

Sowohl der Goldpreis in Franken als auch die Anlagewährungen schwankten im Jahre 2001 weniger als im Vorjahr. Auch die gesamten aus Wechselkurs- und Goldpreisbewegungen resultierenden Ertragsschwankungen waren geringer. Im Jahresverlauf verloren alle Anlagewährungen mit Ausnahme des Dollars gegenüber dem Franken an Wert, während der Goldpreis in Franken leicht anstieg. An den Obligationenmärkten waren die Preisschwankungen höher als in früheren Jahren, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte. Die Renditen für langfristige Anleihen blieben im Vergleich zum Jahresanfang nahezu unverändert; jene von Anleihen mit Laufzeiten von weniger als 7 Jahren sanken zum Teil deutlich. Bei den Devisenreserven wurden durch die Verlängerung der Duration auf 4 Jahre leicht höhere Zinsrisiken in Kauf genommen. Der Beitrag der Währungsrisiken zum Gesamtrisiko der Devisenreserven blieb jedoch mit rund 85% dominant. Die Rolle der Nationalbank erfordert es, das Währungsrisiko auf den Devisenreserven weitgehend ungedeckt zu belassen. Bei den freien Aktiven wird das Währungsrisiko durch Devisentermingeschäfte stark eingeschränkt. Das Goldpreisrisiko auf den freien Aktiven bleibt allerdings beträchtlich, trotz der teilweisen Absicherung des darin enthaltenen Dollar-Risikos. Das Preisrisiko auf den bei der Nationalbank verbleibenden Goldreserven ist ungedeckt.

Als Folge der Terroranschläge vom 11. September waren die Liquidität und die Geschäftsabwicklung an den amerikanischen Märkten vorübergehend beeinträchtigt. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank war davon nicht direkt betroffen.

**Zweck des  
Risikomanagements**

**Risikobegrenzung und  
Kontrollprozess**

**Risikoentwicklung im  
Jahr 2001**

**Vorübergehende  
Liquiditätsrisiken**

## 2 Zahlungsverkehr

### 2.1 Grundlagen

#### Übersicht

Die Hauptträger des schweizerischen Zahlungsverkehrs sind die Nationalbank, die Banken und die Post. Die Nationalbank versorgt die Volkswirtschaft über das Bankensystem und die Post mit Bargeld. Der elektronische Zahlungsverkehr liegt operativ in den Händen der Telekurs-Gruppe, eines Gemeinschaftsunternehmens der Banken. Die Nationalbank steuert das Swiss Interbank Clearing (SIC) und führt in diesem System die Konten der Teilnehmer. Das SIC ist das wichtigste Zahlungssystem in der Schweiz, da es von Grossbetrags-Zahlungen bis zum Massenzahlungsverkehr praktisch alle Interbankverpflichtungen abwickelt. In den letzten Jahren wurde die Abwicklung sämtlicher Interbankdienstleistungen des Massenzahlungsverkehrs schrittweise ins SIC integriert.

### 2.2 Bargeldloser Zahlungsverkehr

#### Zunahme der Zahlungsströme im SIC

Ende 2001 zählte das SIC 313 Teilnehmer, verglichen mit 302 Teilnehmern Ende 2000. Im Jahre 2001 wurden durchschnittlich 644 000 Zahlungen pro Tag in der Höhe von 182 Mrd. Franken abgewickelt, gegenüber 596 000 Zahlungen (178 Mrd. Franken) im Vorjahr.

#### Zahlungsströme im SIC

	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Transaktionen pro Tag</b> in Tausend					
Durchschnitt	480	529	556	596	644
Maximum	1 303	1 323	1 384	1 821	2 078
<b>Betragsvolumen pro Tag</b> in Mrd. Franken					
Durchschnitt	182	182	170	178	182
Maximum	305	270	296	291	274
<b>Liquiditätshaltung pro Tag</b> Durchschnitt in Mio. Franken					
Giroguthaben (Tagesende)	3 204	3 710	3 503	3 336	3 339
Intraday-Kredite			2 221	2 074	2 566

### Intraday-Liquidität

- Bezüge total
  - Bezüge am Vortag
  - Bezüge um 8 Uhr
  - Flexible Bezüge
- Monatsdurchschnitte  
in Mio. Franken.



#### **Integration der Postfinance ins SIC**

Seit November 2001 wickelt die Postfinance ihre Kundenzahlungen im SIC ab. Im November 2000 hatte das Unternehmen in einem ersten Schritt begonnen, die Geldmarktgeschäfte über das SIC abzuwickeln.

#### **Massenzahlungssysteme der Banken**

Im Jahre 2001 belief sich das Betragsvolumen der Massenzahlungssysteme der Banken, das im SIC abgewickelt wurde, auf 0,7% des gesamten Umsatzes im SIC. Dabei handelt es sich um folgende Interbankdienstleistungen: Datenträgeraustausch (DTA), Lastschriftenverfahren (LSV), Bancomat-Bezüge, EFTPOS-Zahlungen (Debitkartenzahlungen), Check-Zahlungen, Tancomat-Zahlungen und CASH-Bezüge.

#### **Entwicklung der Intraday-Kredite**

Seit Beginn des Jahres 2001 können die Banken – neben den Bezügen am Vortag – zu einem beliebigen Zeitpunkt zwischen 8.00 Uhr und 14.45 Uhr mit der Nationalbank Intraday-Repos abschliessen, statt wie bis anhin nur um 8.00 Uhr. Die zusätzlich geschaffene Liquidität erleichtert die Abwicklung der einzelnen Zahlungen im SIC und erlaubt den Banken eine weitere Optimierung des Liquiditätsmanagements. Die täglichen Bezüge von Intraday-Krediten lagen im Jahre 2001 bei durchschnittlich 2,6 Mrd. Franken; an einzelnen Tagen stieg das Volumen bis auf 4 Mrd. Franken.

#### **Euro-Zahlungsverkehr**

Um über einen Zugang zum Euro-Zahlungssystem TARGET (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer) zu verfügen, betreiben die Schweizer Banken in Frankfurt eine spezielle Clearingbank, die Swiss Euro Clearing Bank (SECB). Die SECB betreut das Zahlungssystem euroSIC, das ähnlich wie das SIC System aufgebaut ist. Über diese Bank wickeln zahlreiche Schweizer Banken und die Postfinance ihre Überweisungen in Euro ab. Das Transaktionsvolumen nahm im Jahre 2001 leicht ab und betrug im Durchschnitt 1,5 Mrd. Euro pro Tag, verglichen mit 1,6 Mrd. im Vorjahr.

#### **SIC-Teilnahme aus dem Ausland**

Seit 1998 können Finanzinstitute im Ausland (Banken, Effekthändler, Abwicklungs- und Verrechnungsorganisationen) unter gewissen Bedingungen ohne schweizerische Betriebsbewilligung SIC-Teilnehmer werden. Im Juni 2001 wurde zudem eine Anschlussmöglichkeit via SWIFT realisiert.

## 2.3 Bargeldversorgung

Der Notenumlauf stieg im Jahre 2001 gegenüber dem Vorjahr deutlich. Eine aussergewöhnliche Zunahme im vierten Quartal dürfte – wie bei den Dollar- und den Pfundnoten – auf die damals kurz bevorstehende Einführung des Euro-Bargeldes zurückzuführen sein. Im Jahresdurchschnitt betrug der Notenumlauf 33,2 Mrd. Franken und übertraf damit den Vorjahreswert um 5,1%. Besonders der Umlauf der zwei grössten Notenabschnitte nahm stark zu. Der durchschnittliche Münzumlauf lag mit 2,3 Mrd. Franken auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Nationalbank setzte im Jahre 2001 99,4 Mio. druckfrische Banknoten im Nominalwert von insgesamt 5,6 Mrd. Franken in Umlauf. Sie vernichtete 99,2 Mio. beschädigte oder zurückgerufene Noten im Nominalwert von 7,3 Mrd. Franken.

Die Bankstellen der Nationalbank verzeichneten im Jahre 2001 eine Abnahme der wertmässigen Kassenumsätze um 25% auf 125 Mrd. Franken. Sie nahmen rund 384 Mio. oder 18,6% weniger Noten entgegen als im Vorjahr und prüften sie auf Echtheit und Qualität. Der massive Umsatzrückgang ist auf die Auslagerung der Noten- und Münzverarbeitung der Post und von Banken an Bargeldverarbeiter zurückzuführen. Dabei handelt es sich um spezialisierte Unternehmen, die sich der Sortierung und Verteilung von Bargeld annehmen. Die von den Bargeldverarbeitern angebotenen Dienstleistungen führen dazu, dass die Banknoten und Münzen länger in Zirkulation bleiben und daher weniger oft zu den Bankstellen der Nationalbank zurückfliessen.

Als Folge der Konzentration überregional operierender Bargeldverarbeiter im Raume Zürich verzeichnete der Sitz Zürich einen höheren Eingang von Noten. Dagegen sanken die Noteneingänge der Bankstellen Bern, Genf und Lugano deutlich. Die Nationalbank reagierte auf die Veränderung der Bargeldströme mit einer Anpassung ihrer Sortierkapazitäten. Die Bargeldumsätze des Agenturnetzes und der Korrespondenten, die für die lokale Entgegennahme und Ausgabe von Banknoten und Münzen zur Verfügung stehen, waren ebenfalls stark rückläufig.

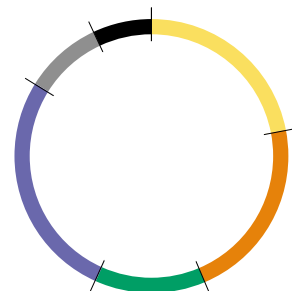
Bei der Verarbeitung der eingegangenen Banknoten stellten die Bankstellen der Nationalbank im Berichtsjahr 504 Fälschungen sicher und übergaben diese der Polizei. Die festgestellte Menge der in der Schweiz effektiv in Umlauf gebrachten Falsifikate beträgt ungefähr das Dreifache.

Höherer Bargeldumlauf

Banknoten

Abnahme der Kassenumsätze

Regionale Konzentration



**Notenumlauf**  
Abschnitte in Mio. Stück

10er	57
20er	56
50er	34
100er	70
200er	24
1000er	18

Jahresdurchschnitt

## 3 Statistik

### Grundlagen

Die Nationalbank erhebt bei Banken, Effektenhändlern, Anlagefonds und weiteren Unternehmen statistische Angaben, die sie zur Erfüllung ihres Auftrages benötigt. Sie erstellt Statistiken über die Bankbilanzen und andere wichtige Aspekte des Bankgeschäftes, insbesondere über die Kreditfähigkeit, die für Nichtbanken verwalteten Wertpapiere sowie den Zahlungsverkehr. Ausserdem sammelt die Nationalbank Informationen über die Geld- und Kapitalmärkte, vor allem über die kurz- und langfristigen Zinssätze und das Emissionsvolumen. Ferner erstellt sie die schweizerische Zahlungsbilanz, den Ausweis über das Auslandvermögen sowie eine Finanzierungsrechnung. Alle Erhebungen werden mit den meldepflichtigen Instituten bzw. Unternehmen abgesprochen und soweit als möglich den internationalen Standards angepasst. Die Daten dienen der geld- und währungs-politischen Analyse, der Konjunkturbeobachtung und -prognose und der Analyse der Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die in den letzten Jahren gestiegene Bedeutung der statistischen Informationstätigkeit schlug sich in einer erheblichen Zunahme der verwalteten Zeitreihen nieder. Ende 2001 unterhielt die Nationalbank rund 1,2 Mio. Zeitreihen.

### Statistische Publikationen

Die Nationalbank veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Erhebungen regelmässig und stellt der Öffentlichkeit vielfältige Daten, in gedruckter Form und auf dem Internet, zur Verfügung. Statistische Informationen sind insbesondere im Statistischen Monatsheft, im Bankenstatistischen Quartalsheft sowie in der jährlich erscheinenden Publikation «Die Banken in der Schweiz» verfügbar. Zudem werden Berichte über die Zahlungsbilanz der Schweiz, das Auslandvermögen und die Direktinvestitionen veröffentlicht.

### Devisen- und Derivaterhebung

Im Jahre 2001 beteiligte sich die Nationalbank an der alle drei Jahre durchgeführten und von der BIZ international koordinierten Erhebung über die Bedeutung der Devisen- und Derivatmärkte. Sie erhob die Umsätze und die ausstehenden Beträge bei den in diesem Geschäft bedeutenden Instituten. Die Meldungen wurden nach verschiedenen Kriterien ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass der Anteil des Schweizer Frankens im internationalen Devisengeschäft noch 6% betrug, verglichen mit 7% bei der letzten Erhebung. Der Frankenanteil am schweizerischen Devisengeschäft sank von 39% im Jahre 1998 auf 34% im Jahre 2001.

## 4 Dienstleistungen für den Bund

### Grundlagen

Die Nationalbank wirkt als Bank des Bundes. Das Nationalbankgesetz regelt die Dienstleistungen für den Bund und bestimmt, dass die meisten dieser Leistungen unentgeltlich erbracht werden. Sie besorgt für den Bund Aufgaben im Zahlungsverkehr, im Münzwesen, bei der Mittelaufnahme am Geld- und Kapitalmarkt sowie bei der Geldanlage und Werteverwahrung.



Der Bund hält seine liquiden Mittel in Form von Sichtguthaben oder kurzfristigen Festgeldern bei der Nationalbank. Im Falle von Liquiditätsengpässen ist die Nationalbank dem Bund bei der Aufnahme von Geldmarktkrediten bei Banken behilflich. Sie verzinst dessen Festgelder zu marktüblichen Sätzen und die Sichtguthaben bis zu einer Limite von 600 Mio. Franken zum Tagesgeldsatz. Die Postfinance platziert ihre liquiden Mittel direkt am Geldmarkt.

Im Jahre 2001 führte die Nationalbank für den Bund 52 Emissionen von Geldmarktbuchforderungen (GMBF) und 14 Emissionen von Bundesanleihen im Auktionsverfahren durch. GMBF wurden für insgesamt 53,0 Mrd. Franken gezeichnet und für 39,7 Mrd. Franken zugeteilt. Bundesanleihen wurden für insgesamt 12,6 Mrd. Franken gezeichnet, wovon 7,5 Mrd. Franken zugeteilt wurden. Die Auktionen der GMBF und der Bundesanleihen erfolgen seit Februar 2001 bzw. März 2001 über das Auktionssystem der elektronischen Eurex Repo-Handelsplattform.

Geldmarktgeschäfte

Geldmarktbuchforderungen und Bundesanleihen

### Bundesanleihen und Geldmarktbuchforderungen

	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Anzahl Emissionen<sup>1</sup></b>					
GMBF	53	52	52	52	52
Bundesanleihen	7	11	10	14	14
<b>Total gezeichnet in Mrd. Franken</b>					
GMBF	89,0	89,4	75,7	62,7	53,0
Bundesanleihen <sup>2</sup>	7,0	10,8	8,1	15,6	12,6
<b>Total zugeteilt in Mrd. Franken</b>					
GMBF	49,8	45,1	46,8	42,4	39,7
Bundesanleihen <sup>2</sup>	3,7	5,2	4,1	9,3	7,5
<b>Am Jahresende ausstehend in Mrd. Franken</b>					
GMBF	14,1	12,9	17,1	13,4	11,5
Bundesanleihen <sup>3</sup>	37,5	43,3	46,5	54,1	62,1

1 Aufgrund des Liberierungsdatums

2 Ohne Eigenanleihen des Bundes

3 Einschliesslich vom Bund im Markt platzierte Eigenanleihen

Im Jahre 2001 wickelte die Nationalbank je einen kurzfristigen bilateralen Überbrückungskredit an die Republik Tadschikistan und an die Bundesrepublik Jugoslawien für Rechnung des Bundes ab. Sie übernahm die Aushandlung der Vertragswerke in eigenem Namen sowie die Ausführung der Geschäfte, während der Bund die beiden Kredite finanzierte.

Überbrückungskredite an Tadschikistan und Jugoslawien

Die Nationalbank wickelt einen Teil des Zahlungsverkehrs des Bundes im In- und Ausland ab. Ausserdem führt sie das eidgenössische Schuldbuch und verwaltet für den Bund und ihm nahe stehende Institutionen Wertschriften und Wertgegenstände.

Verwaltungs- und Abwicklungsdienste

Im Auftrag des Bundes verteilt, verarbeitet und lagert die Nationalbank grosse Mengen an Münzen. Der Aufwand für die im Münzwesen erbrachten Dienstleistungen erreichte im Jahre 2001 9,3 Mio. Franken.

Münzwesen

## 5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen

### 5.1 Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement

Stellungnahmen zu  
Empfehlungen ...

Im Laufe des Jahres 2001 eröffnete das Eidgenössische Finanzdepartement die Vernehmlassung zu zwei Vorlagen im Finanzbereich, welche von Expertengruppen des Eidgenössischen Finanzdepartements unter Beteiligung der Nationalbank erarbeitet worden waren. Die Nationalbank nahm zu beiden Vorlagen Stellung.

... der Expertengruppe  
«Finanzmarktaufsicht»

Die Expertengruppe «Finanzmarktaufsicht» empfiehlt in ihrem Abschlussbericht insbesondere die Schaffung einer integrierten Aufsichtsbehörde für Banken und Versicherungen, eine vereinfachte, zugleich differenziertere Regulierung des Bankensektors sowie die Ausweitung der Aufsichtsfunktion auf alle übrigen Finanzdienstleistungsanbieter. Die Nationalbank begrüßte die Überprüfung der Finanzmarktregulierung. Umfassende und angemessene aufsichtsrechtliche Standards im gesamten Finanzsystem erleichtern es ihr, ihre geld- und währungspolitische Verantwortung wahrzunehmen. Die Nationalbank sprach sich in ihrer Stellungnahme vor allem dafür aus, eine Annäherung von Banken- und Versicherungsaufsicht zu prüfen. Dagegen beurteilte sie es nicht als vorrangig, Devisenhändler und unabhängige Vermögensverwalter einer Aufsicht zu unterstellen.

... und der Expertenkommission  
«Bankensanierung,  
Bankenliquidation und  
Einlegerschutz»

Die Nationalbank unterstützte auch den Bericht der Expertenkommission «Bankensanierung, Bankenliquidation und Einlegerschutz». Mit Blick auf ihre Aufgabe, die Stabilität des Finanzsystems zu schützen, begrüßte die Nationalbank insbesondere die geplante Schaffung eines zeitgemässen Bankinsolvenzrechts. Dieses würde die Sanierung einer in Schwierigkeiten geratenen Bank erleichtern und einen Unterbruch ihrer Geschäftstätigkeit verhindern helfen. Der vorgeschlagenen Ausdehnung der Einlagensicherung im Sinne eines Konkursprivilegs für alle Einlagen bis 30 000 Franken pro Einleger stimmte die Nationalbank ebenfalls zu.

## 5.2 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission

Im Jahre 2001 erörterten das Direktorium und die Eidgenössische Bankenkommission wie üblich an zwei Aussprachen die Wirtschaftslage und die aktuelle Entwicklung im Bankensystem. Ferner wirkten beide Behörden im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht eng zusammen. Auch auf technischer Ebene verstärkten die Nationalbank und die Bankenkommission ihre Zusammenarbeit weiter.

Die Nationalbank schuf im Jahre 2001 im II. Departement ein Kompetenzzentrum «Systemstabilität». Sie trug damit dem Umstand Rechnung, dass ein stabiles und wettbewerbsfähiges Finanzsystem eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Führung der Geld- und Währungspolitik ist. Das Kompetenzzentrum arbeitet eng mit der Bankenkommission zusammen. Dabei ist die Bankenkommission für die Aufsicht über die einzelnen Institute zuständig, während die Nationalbank ihr Augenmerk auf systemische, über das Einzelinstitut hinausgehende Aspekte des Finanzsektors richtet.

**Bewährte Zusammenarbeit ...**

**... untermauert durch  
ein Kompetenzzentrum  
«Systemstabilität»**

## 6 Internationale Zusammenarbeit

Auf internationaler Ebene arbeitet die Nationalbank vor allem mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Zehnergruppe (G-10), die aus zehn wichtigen Industrieländern und der Schweiz besteht, sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zusammen. Sie beteiligt sich in Form von technischer Hilfe und Ausbildung an der internationalen Zusammenarbeit.

### 6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds

#### Reserveposition der Schweiz

Die Mitgliedschaft der Schweiz beim IWF wird durch das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank wahrgenommen. Der IWF finanziert seine Aktivitäten mit den Quoten der Mitgliedländer. Der von ihm beanspruchte Teil der schweizerischen Quote entspricht der Reserveposition der Schweiz. Diese wird von der Nationalbank finanziert. Sie hat den Charakter einer Währungsreserve und kann von der Nationalbank jederzeit zu diesem Zweck eingesetzt werden. Ende 2001 betrug die Reserveposition der Schweiz 1258,7 Mio. SZR (Sonderziehungsrechte), verglichen mit 963,7 Mio. SZR Ende 2000. (Ende 2001 entsprach 1 SZR 2,11 Franken.) Der deutliche Anstieg der Reserveposition ist hauptsächlich auf die Bezüge des IWF zur Bewältigung der Finanzkrisen in Argentinien und der Türkei zurückzuführen.

#### Ausschöpfung des Kredites der Armutverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF)

Aufgrund des Bundesbeschlusses vom 3. Februar 1995 finanziert die Nationalbank den schweizerischen Beitrag an das Darlehenskonto der Armutverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF, früher ESAF II). Mit dieser Fazilität werden langfristige, zinsvergünstigte Kredite an arme Entwicklungsländer finanziert. Mit der neunten und letzten Ziehung von 197 500 SZR im März 2001 beanspruchte der IWF die gesamte schweizerische Kreditzusage von 151,7 Mio. SZR. Die einzelnen Ziehungen haben eine Laufzeit von 10 Jahren, wobei 5½ Jahre nach der Auszahlung ratenweise Rückzahlungen beginnen. Der Bund garantiert der Nationalbank die fristgerechte Rückzahlung der PRGF-Kredite einschliesslich der Zinszahlungen. Er finanziert zudem die Zinssubventionen.

#### Beitrag an die Interim-PRGF

Die Mittel der laufenden PRGF wurden bis Ende 2001 aufgebraucht. Ab 2005 kann die PRGF als selbsttragende Fazilität weitergeführt werden; bis dahin ist eine Zwischenfinanzierung (Interim-PRGF) nötig. Die Nationalbank beteiligt sich an der Finanzierung des Kapitalbetrags. Sie schloss Anfang Dezember 2001 mit dem IWF einen Darlehensvertrag ab über einen Kredit von höchstens 250 Mio. SZR, jedoch nicht mehr als 6,25% aller bilateralen Kapitalbeiträge. Die einzelnen Ziehungen haben, wie bei der PRGF, eine Laufzeit von 10 Jahren, wobei 5½ Jahre nach der Auszahlung die Rückzahlung in Raten beginnt. Bis Ende 2001 wurde keine Ziehung unter der Interim-PRGF vorgenommen. Mit dem Bundesbeschluss über den Nachtrag I zum Voranschlag 2001 vom 13. Juni 2001 garantiert der Bund der Nationalbank, wie bei der PRGF, die fristgerechte Rückzahlung der Interim-PRGF-Kredite einschliesslich der Zinszahlungen. Der Bund beteiligt sich zudem an der Finanzierung der Zinsverbilligung der Interim-PRGF.

## 6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe

Die Nationalbank nimmt an den Sitzungen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe sowie an verschiedenen Arbeitsgruppen teil. Im Jahre 2001 widmete sich die Zehnergruppe verschiedenen Fragen des internationalen Finanzsystems. Einen Schwerpunkt bildeten die Bestrebungen, den Privatsektor besser in die Bewältigung von Krisen einzubeziehen; ein anderer Schwerpunkt betraf die potenziellen Auswirkungen von übermässigen Schwankungen der Aktienkurse auf das gesamte Finanzsystem.

**Tätigkeiten in der  
Zehnergruppe**

## 6.3 Mitwirkung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Im Rahmen der BIZ treffen sich die Präsidenten der Zentralbanken der G-10-Länder und der EZB regelmässig zum Informationsaustausch. Die Nationalbank arbeitet zudem in den vier ständigen Ausschüssen der BIZ mit: Im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, im Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme, im Ausschuss für das weltweite Finanzsystem und im Ausschuss der Gold- und Devisenexperten.

**Gremien bei der BIZ**

Im Zentrum der Arbeiten des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht stand im Jahre 2001 weiterhin die Revision der Eigenmittelempfehlungen für international tätige Banken. Der Ausschuss verarbeitete die Anregungen der Bankenbranche zum Ende 2000 veröffentlichten Konsultationspapier (siehe 93. Geschäftsbericht, Seite 63). Aufgrund der zahlreichen Änderungsvorschläge beschloss er, im Sommer 2002 ein weiteres Konsultationspapier zu veröffentlichen, bevor die endgültige Fassung von «Basel II» Ende 2002 verabschiedet werden soll. Im Laufe des Jahres 2001 wurden Arbeitspapiere zu verschiedenen Teilbereichen der Eigenmittelempfehlungen veröffentlicht. Am Ziel, die bei den Banken insgesamt vorhandene Eigenmittelausstattung beizubehalten, will der Basler Ausschuss festhalten.

**Basler Ausschuss für  
Bankenaufsicht:  
Eigenmittelempfehlungen ...**

Daneben behandelte der Ausschuss weitere Fragen im Zusammenhang mit der Stabilität des internationalen Bankensystems. Er veröffentlichte nach vorheriger Konsultation Empfehlungen zur Beziehung zwischen Banken und externen Revisionsstellen sowie zur Sorgfaltspflicht (due diligence) des Bankiers. Ferner nahm er unter anderem Stellung zu den Themen «Risikomanagement im Elektronischen Bankgeschäft» und «Hedge Funds» (highly leveraged institutions). Des Weiteren war der Basler Ausschuss im Financial Stability Forum vertreten.

**... und andere Arbeiten**

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme veröffentlichte drei Berichte. Der erste befasst sich mit Kerngrundsätzen für Zahlungssysteme, von denen ein Systemrisiko ausgehen kann. Insgesamt enthält der Bericht zehn Kerngrundsätze, die wichtige Zahlungssysteme zu beachten haben. Der zweite Bericht entstand in Zusammenarbeit mit den internationalen Wertpapieraufsichtsbehörden (International Organization of Securities Commissions IOSCO). Auch dieser Bericht trägt zur Setzung von internationalen Standards bei. Er beinhaltet 19 Empfehlungen für Systeme zur Abrechnung und Abwicklung von Geschäften mit Wertpapieren. Der dritte Bericht gibt einen breiten Überblick über die Verwendung von elektronischem Geld in rund 80 Ländern.

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem verfolgte die Entwicklung der Finanzmärkte, insbesondere in den aufstrebenden Ländern. Er verfasste im Weiteren einen Bericht über die Finanzierung von neuen Technologien und verabschiedete eine Anpassung der von der BIZ herausgegebenen internationalen Bankenstatistik.

## 6.4 Währungshilfekredite

Die Nationalbank beteiligt sich im Rahmen des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen an Stützungsaktionen für Länder mit Zahlungsbilanzproblemen. Die Kredite werden von der Nationalbank finanziert, während der Bund die Rückzahlung der Kredite einschliesslich Zinsen garantiert. Im Jahre 2001 wurden keine neuen Kredite ausbezahlt. Am Jahresende war ein Zahlungsbilanzhilfekredit an Bulgarien in Höhe von 14,3 Mio. Euro mit einer Laufzeit bis 2007 ausstehend.

## 6.5 Technische Hilfe und Ausbildung

Im Jahre 2001 leistete die Nationalbank technische Hilfe zugunsten der Zentralbanken von Äthiopien (Devisenhandel), Costa Rica (Zahlungssysteme), Georgien (Zahlungssysteme), Jugoslawien (Wertschriftenhandel, Risikomanagement), Kasachstan (Zahlungssysteme), Kirgisien (Gesetzgebung, Zahlungssysteme, Informatik), Libanon (Zahlungssysteme), Tadschikistan (Rechtsfragen, Devisenhandel), Tansania (Devisenhandel) und Weissrussland (Zahlungssysteme).

Das Studienzentrum Gerzensee führte im Jahre 2001 sechs Kurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausländischer Zentralbanken durch. Die Kurse waren der Ausbildung in den Bereichen Geldpolitik, Finanzmärkte und Bankenregulierung gewidmet. Sie wurden von insgesamt 169 Teilnehmern aus 91 Ländern besucht.

Zudem veranstaltete das Studienzentrum Gerzensee zwei wissenschaftliche Konferenzen, die sich mit aktuellen ökonomischen Themen befassten, sowie zwei Sommersymposien zu den Themen «Wirtschaftstheorie und Finanzmärkte». An diesen Veranstaltungen nahmen international bekannte Forscher teil.

Für Studierende schweizerischer Universitäten organisierte das Studienzentrum Doktorandenkurse, an denen führende Professoren ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in allen Hauptgebieten der Ökonomie vermittelten.

**Technische Hilfe**

**Studienzentrum Gerzensee:  
Kurse über Geldpolitik,  
Finanzmärkte und Banken-  
regulierung, ...**

**... internationale wissen-  
schaftliche Konferenzen ...**

**... und Doktorandenkurse**

# Die Nationalbank als Unternehmen



# 1 Organisation

Die Schweizerische Nationalbank ist im Gegensatz zu vielen ausländischen Zentralbanken keine Staatsbank, sondern eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in Form einer Aktiengesellschaft. Ihre Namenaktien werden an der Börse gehandelt. Der Kreis der stimmberechtigten Aktionäre ist gesetzlich beschränkt auf Schweizer Bürger sowie Körperschaften und juristische Personen, deren Hauptsitz sich in der Schweiz befindet. 55% der Aktien gehören Kantonen und Kantonalbanken. Die übrigen befinden sich hauptsächlich im Besitz von natürlichen Personen. Der Bund besitzt keine Aktien.

**Rechtsform**

Die Nationalbank wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet. Mit der Führung der Geschäfte ist das Direktorium betraut, das aus drei gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Die drei Departemente werden von je einem Mitglied geleitet. In der Erfüllung des geldpolitischen Auftrages verfügt das Direktorium über einen hohen Grad an Unabhängigkeit. Direktorium und Bundesrat sind verpflichtet, einander vor wichtigen monetären und konjunkturpolitischen Entscheidungen zu konsultieren. Bankrat, Bankausschuss und Revisionskommission üben die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Nationalbank aus.

**Zuständigkeiten**

Die Nationalbank hat zwei Sitze: den rechtlichen Sitz in Bern und den Sitz des Direktoriums in Zürich. Das I. und das III. Departement sind in Zürich, das II. Departement ist in Bern domiziliert. Neben den beiden Sitzen unterhält die Nationalbank zur Sicherstellung der Bargeldversorgung je eine Zweiganstalt mit Kassenbetrieb in Genf und in Lugano. Vier weitere Zweiganstalten in Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen sind, wie auch die Sitze und Zweiganstalten mit Kassenbetrieb, für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen zuständig. Für die Entgegennahme und Ausgabe von Noten und Münzen unterhält die Nationalbank 18 Agenturen, die von Kantonalbanken geführt werden. Ferner verfügt sie über ein umfangreiches Netz von Bankenkorrespondenten, die als Träger des örtlichen Zahlungsverkehrs tätig sind.

**Struktur**

Wichtigste Aufgabe der Nationalbank ist die Führung einer dem Gesamtinteresse des Landes dienenden Geldpolitik. Das Konzept der Geldpolitik wird im I. Departement erstellt. Der Bereich Volkswirtschaft stellt die statistischen Informationen bereit, analysiert die wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Aus- und Inland und liefert die Entscheidungsgrundlagen. Mit den internationalen Gesichtspunkten der Währungspolitik befasst sich der Bereich Internationale Angelegenheiten. Der Bereich Monetäre Operationen des III. Departementes setzt die Geldpolitik mit Transaktionen an den Finanzmärkten um. Das II. Departement befasst sich mit Fragen der Stabilität des Finanzsystems.

**Führung der Geldpolitik**

Die Sitze und Zweiganstalten unterstützen den Bereich Volkswirtschaft bei der Analyse der Wirtschaftslage und -entwicklung durch eine Berichterstattung aus allen Regionen der Schweiz. Sie stehen dafür mit einer grossen Zahl von Unternehmen aller Branchen sowie den wichtigen Wirtschaftsverbänden in Kontakt.

**Regionale  
Wirtschaftskontakte**

Die Devisenreserven der Nationalbank werden vom Bereich Monetäre Operationen im III., die Anlagen in Gold und in Franken vom Bereich Bankgeschäft und Dienste im II. Departement bewirtschaftet und verwaltet.

**Verwaltung der Aktiven**

**Bargeldverkehr**

Die Aufgaben auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs erfüllt die Nationalbank dadurch, dass sie über ihr Bankstellennetz Banknoten ausgibt und die vom Bund geprägten Münzen in Umlauf bringt. Sie hält den Bargeldumlauf qualitativ auf hohem Niveau, indem sie das zu ihr zurückfliessende Bargeld prüft und die den Anforderungen nicht mehr genügenden Banknoten und Münzen sowie Fälschungen ausscheidet. Diese Aufgaben fallen in die Zuständigkeit des Bereiches Bargeld im II. Departement.

**Bargeldloser Zahlungsverkehr**

Ferner wirkt die Nationalbank bei der Konzeption und der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit. Die Bearbeitung konzeptioneller und technischer Fragen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs obliegt dem Bereich Abwicklung und Informatik im III. Departement. Der bargeldlose Zahlungsverkehr mit den Banken wird vom III. Departement, derjenige mit dem Bund vom II. Departement abgewickelt.

**Bank des Bundes**

Die Funktion als Bank des Bundes nimmt in erster Linie das II. Departement wahr. Es ist Kontoführer, wickelt In- und Auslandzahlungen im Auftrag des Bundes ab, wirkt bei der Begebung von Anleihen mit und dient dem Bund bei der Verwahrung seiner Wertpapiere. Das III. Departement führt für den Bund die Geldmarkt- und Devisenhandelsgeschäfte aus.

## 2 Personal und Ressourcen

Ende 2001 betrug der Personalbestand der Nationalbank 585 Personen. Er lag damit um 10 Personen über dem Stand des Vorjahres. Umgerechnet auf Vollzeitstellen stieg die Zahl der Beschäftigten von 534,1 auf 543,6. Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 10 auf 127 Personen, was einer Teilzeitquote von 21,7% entspricht. Die Personalfluktuationsrate ging im Jahre 2001 auf 7,9% zurück, verglichen mit 14,3% im Vorjahr. Ende 2001 waren bei der Nationalbank 15 Stellen zur Besetzung offen.

**Personalbestand  
und Fluktuation**

Im Herbst wurde mit Hilfe einer aussenstehenden Firma eine Befragung der Mitarbeitenden zur Arbeitszufriedenheit bei der Nationalbank durchgeführt. An der Umfrage beteiligten sich 73% aller Mitarbeitenden. Die Gesamtzufriedenheit liegt etwa im Durchschnitt vergleichbarer Unternehmen in der Schweiz. Die aus der Mitarbeiterzufriedenheitsanalyse gewonnenen Erkenntnisse sollen im Jahr 2002 umgesetzt werden in konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Motivation und Entwicklung der Mitarbeitenden auf allen Stufen. Mitte 2001 wurde ein neues Jahresarbeitszeitmodell eingeführt, das mehr Flexibilität in der Abstimmung zwischen Arbeitsanfall und personellen Ressourcen gewährleistet.

**Umfrage über die Mitarbeiter-  
zufriedenheit**

Die Nationalbank setzte die Arbeiten zur strategischen Neuausrichtung der Informatik auf die neue System- und Applikationsarchitektur fort. Mit Ausnahme der Applikationen im Zahlungsverkehr sowie in Teilbereichen der Buchhaltung beruhten am Jahresende alle bankgeschäftlichen, bankbetrieblichen und statistischen Anwendungen auf der neuen Architektur. Für die Verwaltung von Zeitreihen wurde eine neue Anwendung in Betrieb genommen. Die Migration der verbleibenden bankgeschäftlichen Applikationen auf das neue Gesamtbankenpaket ist weit fortgeschritten. Die bereits gemäss der neuen Architektur betriebenen Anwendungen sowie die technische Infrastruktur wurden unter Berücksichtigung neuer fachlicher Anforderungen und neuer technischer Entwicklungen weiter ausgebaut.

**Entwicklungen in der  
Informatik**

Mit dem Abschluss des Umbaus der Liegenschaften Stadthausquai/Fraumünsterstrasse (zweite Bauetappe) und der baulichen Erneuerung des 4. Stockwerks im Hauptgebäude an der Börsenstrasse wurde die Nutzung der Gebäude des Sitzes Zürich wesentlich optimiert. Für die umfassende Erneuerung der sanierungsbedürftigen haustechnischen Anlagen und den Umbau von Kasse und Zwischengeschoss im Hauptgebäude wurde die Projektierung eingeleitet.

**Liegenschaftsmanagement**

Der Bargeldverkehr verursacht den grössten Teil der gesamten Betriebskosten der Nationalbank. Er umfasst die Herstellkosten für die Banknoten sowie die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Notenumlauf und dem Münzverkehr entstehen. Die Reorganisation des Bargeldverkehrs, insbesondere die Reduktion der Bargeldverteilungs- und -bearbeitungsstützpunkte, führte in den vergangenen Jahren zu einer deutlichen Kostenentlastung. Der Kostenanteil des Bargeldverkehrs sank im Jahre 2001 um 3 Prozentpunkte auf 41% der gesamten Betriebskosten. Mit einem Anteil von 4% blieben die Kosten für den bargeldlosen Zahlungsverkehr stabil. In dieser Position werden die Leistungen der Nationalbank im Zahlungsverkehr zwischen den Banken sowie die Zahlungsverkehrsleistungen für ausländische Zentralbanken und internationale Organisationen erfasst.

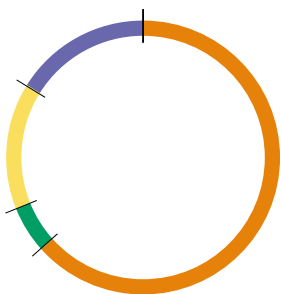
**Rückläufiger Kostenanteil des  
Bargeldverkehrs**

**Steigender Kostenanteil des Aktivgeschäftes**

Die Position Aktivgeschäft, welche die Kosten für Devisen-, Geldmarkt-, Wertschriften-, Gold- und Lombardgeschäfte sowie die Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes umfasst, stieg um 2 Prozentpunkte auf 21% der gesamten Betriebskosten. Dazu trugen hauptsächlich die mit der erweiterten Geschäftstätigkeit verbundenen erhöhten Aufwendungen für die Verwaltung der Währungsreserven und der freien Aktiven, insbesondere aber für die Bewirtschaftung des Goldbestandes, bei. Die Position Geld- und Währungspolitik, welche die Kosten für die Erarbeitung und Formulierung der Geld- und Währungspolitik sowie für die Erstellung der Statistiken beinhaltet, stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht auf einen Anteil von 22%. Der Anteil der beiden weiteren Kostenträger – Leistungen für den Bund, Leistungen für Dritte – an den Gesamtkosten blieb unverändert bei 5% bzw. 7%. Die Position Leistungen für den Bund umfasst die Kosten sämtlicher Dienstleistungen, welche die Nationalbank für den Bund und seine Anstalten erbringt. Die Position Leistungen für Dritte enthält den Beitrag an das Studienzentrum Gerzensee, die Kosten für die internationale Zusammenarbeit, vor allem mit dem Internationalen Währungsfonds, und die technische Hilfe an ausländische Zentralbanken.

Die im Jahre 2001 erstellte Ökobilanz der Nationalbank für das Jahr 2000 verbesserte sich gegenüber den Vorjahren weiter, da die gesamte von der Nationalbank verursachte Umweltbelastung rückläufig war. Als Folge der Aufhebung der Kassenstelle in vier Zweiganstalten (vgl. 92. Geschäftsbericht, Seite 65) gingen insbesondere der Strom- und der Wärmeverbrauch deutlich zurück. Unabhängig vom Abbau der Kassenstellen konnte der Wasser- und der Papierverbrauch signifikant gesenkt werden; der Anteil an Recycling-Papier erreichte erstmals mehr als 50% des Papierverbrauchs.

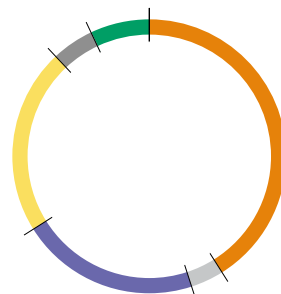
**Verbesserung der Ökobilanz**



**Personal**  
Anzahl Beschäftigte

- Vollzeit Männer 371
- Teilzeit Männer 32
- Vollzeit Frauen 87
- Teilzeit Frauen 95

Total: 585.  
Ende 2001



**Kostenträger**  
in Prozent

- Bargeldverkehr 41
- Bargeldloser Zahlungsverkehr 4
- Aktivgeschäft 21
- Geld- und Währungspolitik 22
- Leistungen für den Bund 5
- Leistungen für Dritte 7

### 3 Personelle Änderungen in Bankbehörden und Direktion

---

Nach der Generalversammlung vom 20. April 2001 ergänzte der Bundesrat den Bankrat durch die Wahl von

**Bankrat**

---

Andreas W. Keller, Erlenbach, Präsident des Verwaltungsrates der Diethelm Keller Holding AG,  
Dr. Hansueli Raggenbass, Kesswil, Nationalrat, Rechtsanwalt, und  
Hansjörg Walter-Heim, Wängi, Nationalrat, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes.

---

Am Tag der Generalversammlung vom 26. April 2002 treten zurück:

---

Eduard Belser, Lausen, Präsident,  
Jörg Baumann, Langenthal, Präsident des Verwaltungsrates der Création Baumann Weberei  
und Färberei AG,  
Peter Everts, Zollikofen,  
Dr. Yvette Jaggi, Lausanne, Mitglied des Bankausschusses, Präsidentin der Stiftung Pro Helvetia,  
Dr. Andres F. Leuenberger, Riehen, Mitglied des Bankausschusses, Vizepräsident des  
Verwaltungsrates der F. Hoffmann-La Roche AG.

---

Die Nationalbank dankt den zurücktretenden Mitgliedern für die wertvollen Dienste,  
die sie dem Noteninstitut geleistet haben.

---

Besonderer Dank gebührt dem scheidenden Präsidenten des Bankrates,  
Eduard Belser.

---

Er wurde 1986 in den Bankrat gewählt und von diesem 1988 in den Bankausschuss  
delegiert. Im Jahre 1999 wählte ihn der Bundesrat zum Präsidenten des Bankrates.  
Eduard Belser führte die Präsidialgeschäfte mit viel Engagement und Umsicht;  
er erwarb sich damit grosse Verdienste um die Nationalbank.

---

Von den fünf Vakanzen sind eine durch die Generalversammlung der Aktionäre  
und vier durch den Bundesrat zu besetzen.

---

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung als Nachfolger von Herrn Everts  
zur Wahl vor:

---

Hansueli Loosli, Basel, Vorsitzender der Geschäftsleitung Coop.

---

Der Bankrat delegierte mit Wirkung ab 20. April 2001 in den Bankausschuss:

**Bankausschuss**

---

Dr. Hansheiri Inderkum, Altdorf, als Nachfolger von Melchior Ehrler.

Dr. Peter Grogg, Bubendorf, Vorsitzender des Lokalkomitees Basel seit 1996 (Mitglied seit 1993),  
Jean Lauener, Saint-Aubin NE, Vorsitzender des Lokalkomitees Bern seit 2000 (Mitglied des  
Lokalkomitees Bern seit 1999, zuvor im Lokalkomitee Neuenburg seit 1993),  
Peter G. Anderegg, Egnach, Vorsitzender des Lokalkomitees St. Gallen seit 1998  
(Mitglied seit 1993).

Die Nationalbank dankt den Zurückgetretenen bestens für den Einsatz, den sie für  
die Bank geleistet haben.

Der Bankrat nahm folgende Ernennungen vor:

**Basel**

Bruno Sidler, Basel, President of the Executive Board, CEO der Panalpina Management AG.

**Bern**

Edgar Geiser, Brügg, Stellvertretender Generaldirektor Finanzen, Controlling, IT,  
Mitglied der Konzernleitung der Swatch Group AG.

**St. Gallen**

Urs Kienberger, Sils-Maria, Direktor des Hotels Waldhaus.

Der Bankausschuss regelte den Vorsitz und dessen Stellvertretung in den  
einzelnen Lokalkomitees nach dem Anciennitätsprinzip.

**Revisionskommission**

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 20. April 2001 wählte auf Antrag des  
Bankrates die bisherigen Amtsinhaber, nämlich  
Kaspar Hofmann, Adliswil, dipl. Wirtschaftsprüfer, Hofmann Wirtschaftsprüfung AG,  
zum Mitglied,  
Hans Michel, Egnach, zum Mitglied,  
Maryann Rohner, Zürich, dipl. Wirtschaftsprüferin, Treureva AG, zum Mitglied, und  
Josef Blöchlinger, Begnins, dipl. Wirtschaftsprüfer, Refidar Société Fiduciaire,  
zum Ersatzmitglied,  
Jean-Claude Grangier, Epalinges, zum Ersatzmitglied,  
Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor, Vorsitzender der Geschäftsleitung der  
Banque Jenni et Cie SA, zum Ersatzmitglied der Revisionskommission.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung vom 26. April 2002 die Wiederwahl der  
bisherigen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Revisionskommission vor.

---

Ende November 2001 machte

Dr. Georg Rich, Direktor und Stellvertreter des Vorstehers des I. Departementes, von der Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung Gebrauch. Während seiner 24-jährigen Tätigkeit für die Nationalbank, davon 16 Jahre als Chefökonom und Stellvertreter des Departementsvorstehers, erwarb sich Herr Dr. Rich besonders bei der Erarbeitung der Grundlagen der Geldpolitik grosse Verdienste und internationale Anerkennung. Die Nationalbank dankt Herrn Dr. Rich für seine wertvollen Dienste.

Zum Nachfolger ernannte der Bundesrat auf Antrag des Bankrates auf den 1. Dezember Prof. Dr. Ulrich Kohli, zuvor Professor für Volkswirtschaft an der Universität Genf.

---

Ende November 2001 trat

Jean-Pierre Borel, Direktor beim Sitz Bern, in den Ruhestand. Herr Borel war während fast drei Jahrzehnten für die Nationalbank tätig, zunächst als Mitarbeiter der Zweiganstalt Genf, dann als Stellvertreter des dortigen Direktors. Im Jahre 1985 übernahm er die Leitung der Zweiganstalt Neuenburg. Im Jahre 1998 wechselte er als Verantwortlicher für die regionalen Wirtschaftskontakte an den Sitz Bern.

---

Ende Februar 2001 machte

Roland-Michel Chappuis, Vizedirektor und Leiter der Kasse Zürich, von der Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung Gebrauch.

Wir danken diesen Mitarbeitern für ihre wertvollen, langjährigen Dienste für die Nationalbank.

---

Mit Wirkung ab 1. Januar 2002 beförderte der Bankausschuss

Dr. Hans-Christoph Kesselring (Zahlungsverkehr/Abwicklung /Depotgeschäft) zum Direktor, Peter Schöpf (Generalsekretär) zum Direktor,

Dr. Daniel Heller (Zahlungssysteme) zum stellvertretenden Direktor,

Dr. Thomas Jordan (Forschung) zum stellvertretenden Direktor,

Dr. Eveline Ruoss (Konjunktur) zur stellvertretenden Direktorin,

Vincent Crettol (Wertschriften- und Goldoperationen) zum Vizedirektor,

Daniel Hübscher (Rechnungswesen) zum Vizedirektor,

Wolfgang Meyer (Devisenanlagen) zum Vizedirektor,

Roland Wettstein (Applikationen Bankgeschäfte) zum Vizedirektor,

Niklaus Wyss (Zahlungsverkehr/Abwicklung/Depotgeschäft) zum Vizedirektor.

---

Mit Wirkung ab 1. Januar 2002 ernannte der Bankausschuss

Beat Müller zum stellvertretenden Leiter der Internen Revision im Range eines Vizedirektors.





# 1 Erfolgsrechnung 2001

	Ziffer im Anhang	2001 Mio. Franken	2000 <sup>1</sup> Mio. Franken	Veränderung Prozent
Erfolg aus Gold	01	1 267,6	-2 159,6	
Erfolg aus				
Devisenanlagen	02	2 405,4	2 377,5	+1,2
Reserveposition beim IWF	03	17,8	53,2	-66,5
Internationalen Zahlungsmitteln	03	-1,0	23,9	
Währungshilfekrediten	03	8,6	11,1	-22,5
Erfolg aus				
Repo-Geschäften in Schweizer Franken	04	519,8	513,2	+1,3
Lombardvorschüssen	05	1,1	1,9	-42,1
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	06	1,7	2,4	-29,2
Wertschriften in Schweizer Franken	07	236,0	164,8	+43,2
Übrige Erträge	08	29,7	40,0	-25,8
<b>Bruttoerfolg</b>		<b>4 486,8</b>	<b>1 028,4</b>	<b>+336,3</b>
Zinsaufwand	09	-203,7	-336,9	-39,5
Notenaufwand	10	-33,7	-35,0	-3,7
Personalaufwand	11	-83,9	-79,5	+5,5
Sachaufwand	12	-82,9	-93,8	-11,6
Abschreibungen auf Sachanlagen	23	-21,2	-19,4	+9,3
<b>Nettoerfolg</b>		<b>4 061,3</b>	<b>463,9</b>	<b>+775,5</b>
Ausserordentlicher Aufwand	13	-6,9	-4,1	
Ausserordentlicher Ertrag		0,0	12,8	
Ausserordentlicher Aufwertungsgewinn Gold			27 700,5	
<b>Gesamterfolg</b>		<b>4 054,4</b>	<b>28 173,2</b>	<b>-85,6</b>
Zuweisung an Rückstellungen für				
die Abtretung der freien Aktiven	32	-357,2	-18 860,4	
Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold	33	-829,7	-6 589,9	
Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken	34	-1 359,5	-1 214,9	
<b>Jahresgewinn</b>	37	<b>1 508,0</b>	<b>1 508,0</b>	

<sup>1</sup> Angepasste Werte (vgl. Seite 84)

## 2 Bilanz per 31. Dezember 2001

in Millionen Franken

		2001	2000
	Ziffer im Anhang		
<b>Aktiven</b>			
<b>Gold</b>	14	28 100,1	30 014,4
<b>Forderungen aus Goldgeschäften</b>	15	4 882,2	4 710,5
<b>Devisenanlagen</b>	16	50 580,8	50 452,8
<b>Reserveposition beim IWF</b>	17	2 665,7	2 078,8
<b>Internationale Zahlungsmittel</b>	17	476,3	268,5
<b>Währungshilfekredite</b>	17	347,2	352,4
<b>Forderungen aus Repo-Geschäften</b>			
<b>in Schweizer Franken</b>	18	25 912,1	24 182,0
<b>Lombardvorschüsse</b>	19	9,0	0,5
<b>Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten</b>	20	73,7	276,3
<b>Wertschriften in Schweizer Franken</b>	21	6 000,0	5 409,8
<b>Beteiligungen</b>	22	89,3	89,5
<b>Sachanlagen</b>	23	534,8	537,3
<b>Sonstige Aktiven</b>	24	456,8	700,7
<b>Nicht einbezahltes Aktienkapital</b>	35	25,0	25,0
		<b>120 153,1</b>	<b>119 098,4</b>

		2001	2000
	Ziffer im Anhang		
<b>Passiven</b>			
<b>Notenumlauf</b>	25	39 844,7	35 485,7
<b>Girokonten inländischer Banken</b>	26	6 316,9	6 193,6
<b>Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund</b>			
<b>auf Sicht</b>	27	154,1	164,7
<b>auf Termin</b>	27	2 251,9	9 888,0
<b>Girokonten ausländischer Banken und Institutionen</b>	28	629,8	203,4
<b>Übrige Sichtverbindlichkeiten</b>	29	182,7	161,5
<b>Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften</b>			
<b>in Schweizer Franken</b>	18	–	–
<b>Verbindlichkeiten in Fremdwährungen</b>	30	1 469,7	440,2
<b>Sonstige Passiven</b>	31	323,4	127,6
<b>Rückstellungen für</b>			
<b>die Abtretung der freien Aktiven</b>	32	19 217,6	18 860,4
<b>Betriebsrisiken</b>	34	465,9	467,1
<b>Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold</b>	33	7 419,5	6 589,9
<b>Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken</b>	34	40 252,9	38 893,4
<b>Aktienkapital</b>	35	50,0	50,0
<b>Reservefonds</b>	36	66,0	65,0
<b>Jahresgewinn</b>	37	1 508,0	1 508,0
		<b>120 153,1</b>	<b>119 098,4</b>

## 3 Anhang per 31. Dezember 2001

### 3.1 Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit

Die Schweizerische Nationalbank, Aktiengesellschaft mit Sitz in Bern und Zürich, ist die mit dem Notenmonopol ausgestattete Zentralbank der Schweiz. Sie hat nach Verfassung den Auftrag, eine Geld- und Währungspolitik zu führen, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Die Geschäfte, die sie tätigen kann, sind im Nationalbankgesetz geregelt. Die Nationalbank steht in Geschäftsbeziehungen mit Finanzinstituten im In- und Ausland, mit Bundesstellen, mit anderen Zentralbanken und mit internationalen Organisationen.

Der gesamtwirtschaftliche Auftrag der Nationalbank hat Vorrang vor der Gewinnerzielung. Die Nationalbank kann als einzige Institution im Lande autonom neues Geld schaffen. Sie muss den Notenumlauf sowie die Girokonten nicht verzinsen. Ein Grossteil der Erträge aus den Aktiven verbleibt daher als Überschuss. Als Verwalterin der schweizerischen Währungsreserven trägt die Nationalbank – auch bei sorgfältiger Bewirtschaftung der Aktiven – beträchtliche Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken. Diese sichert sie mit angemessenen Rückstellungen ab. Die Rückstellungen dienen auch der währungspolitischen Vorsorge. Sie gestatten der Nationalbank den Aufbau ausreichender Devisenreserven. Der angestrebte Bestand an Rückstellungen wächst im Gleichschritt mit dem Bruttosozialprodukt (vgl. Seite 103f).

Am 31. Dezember 2001 beschäftigte die Nationalbank 585 Personen (2000: 575), entsprechend 543,6 Vollstellen (2000: 534,1). Neben den Sitzen in Bern und Zürich führt die Nationalbank Zweiganstalten mit operativer Tätigkeit in Genf und Lugano. Zur Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen ist die Nationalbank zusätzlich an den Standorten Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen vertreten.

### 3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Buchführung, Bewertung, Bilanzierung und Offenlegung erfolgen – unter Berücksichtigung nationalbankspezifischer Gegebenheiten – gemäss den Vorschriften des Nationalbankgesetzes (NBG) und des Obligationenrechts (OR) sowie den Swiss GAAP FER<sup>1</sup>. Aufgrund ihrer besonderen Geschäftstätigkeit erstellt die Nationalbank keine Mittelflussrechnung und veröffentlicht keinen Halbjahresabschluss.

Die wechselkursbedingten Wertveränderungen werden neu nicht mehr als separate Position im ausserordentlichen Teil der Erfolgsrechnung, sondern als zusätzliche Komponente den entsprechenden Erfolgspositionen zugeordnet. Die Auswirkungen sind unter Punkt 3.3 ersichtlich.

Sämtliche Geschäftsvorfälle werden am Abschlussstag erfasst. Die Bilanzierung erfolgt jedoch erst am Valutadatum. Im Berichtsjahr abgeschlossene Geschäfte mit Valuta im neuen Jahr werden unter den Ausserbilanzgeschäften ausgewiesen.

<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um die allgemein anerkannten schweizerischen Rechnungslegungsgrundsätze (GAAP) der Fachkommission für Empfehlungen zur Rechnungslegung (FER).

Allgemeine Grundsätze

Neuerungen gegenüber dem Vorjahr

Erfassung der Geschäftsvorfälle und Bilanzierung

Die Bilanzierung des *Goldes* und der *Goldforderungen aus den Leihgeschäften*, der *handelbaren Devisenanlagen* sowie der *Wertschriften in Schweizer Franken* erfolgt zu Marktwerten (einschliesslich Marchzinsen) per Jahresende. Die Marktwertveränderungen werden erfolgswirksam verbucht.

*Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften* werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Repo-Zinsen bilanziert. Dabei wird nur die Geldseite des Geschäftes verbucht, d.h. die vom Geldnehmer an den Geldgeber übertragenen Wertpapiere werden so behandelt, als ob sie zur Sicherung des Kredites verpfändet worden wären.

Die bei der Bewirtschaftung der Devisenanlagen und des Goldbestandes eingesetzten *derivativen Finanzinstrumente* werden zu Marktwerten bzw. zum Fair Value per Jahresende bewertet. Dasselbe gilt für die *nicht erfüllten Kassageschäfte auf dem Gold*, den *handelbaren Devisenanlagen* und den *Wertschriften in Schweizer Franken*. Die positiven bzw. negativen Bruttowiederbeschaffungswerte werden erfolgs- und bilanzwirksam verbucht. Bei *Terminkontrakten* und *nicht erfüllten Kassageschäften auf nicht handelbaren Instrumenten* werden nur die Kontraktwerte unter den Ausserbilanzgeschäften aufgeführt.

Die *Beteiligungen* werden zum Anschaffungswert abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen, im Falle von unmassgeblichen Minderheitsanteilen an börsenkotierten Unternehmen zum Marktwert, bewertet.

Die Bewertung der *Sachanlagen* erfolgt zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen.

Die *übrigen Positionen* werden zum Nominalwert einschliesslich allfälliger Marchzinsen bilanziert.

Die *Umrechnung der Fremdwährungspositionen* erfolgt zu Jahresendkursen, während die Erträge auf Fremdwährungspositionen zu aktuellen Kursen im Zeitpunkt der Verbuchung umgerechnet werden.

### Bewertungskurse für Fremdwährungen und Gold

	2001	2000	Veränderung Prozent
<b>Jahresendkurse</b>			
CHF/USD	1,6782	1,6353	+2,6
CHF/EUR	1,4813	1,5245	-2,8
CHF/JPY	1,2774	1,4242	-10,3
CHF/GBP	2,4304	2,4464	-0,7
CHF/DKK	19,9100	20,4200	-2,5
CHF/CAD	1,0507	1,0900	-3,6
CHF/XDR <sup>1</sup>	2,1113	2,1433	-1,5
Goldpreis in CHF/kg	14 978,01	14 334,88	+4,5

1 XDR: Sonderziehungsrechte

### 3.3 Anpassung der Vorjahreszahlen (Restatement) infolge Neuordnung der wechsellkursbedingten Wertveränderungen

1 Zahlen vor der Neuordnung der wechsellkursbedingten Wertveränderungen, wie sie im Geschäftsbericht 2000 aufgeführt sind.

2 Auswirkungen der Neuordnung der Wechselkurerfolge auf die Vorjahreszahlen (2000) im Geschäftsbericht 2001.

3 Zahlen nach der Neuordnung der wechsellkursbedingten Wertveränderungen, wie sie neu im Geschäftsbericht 2001 ausgewiesen werden.

4 Einschliesslich Wechselkurerfolg auf Verbindlichkeiten in Fremdwährungen von 0,9 Mio. Franken.

	2000 alt <sup>1</sup>	Anpassung <sup>2</sup>	2000 neu <sup>3</sup>
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Erfolg aus			
Devisenanlagen	3 422,1	-1 044,5	2 377,5 <sup>4</sup>
Reserveposition beim IWF	87,4	-34,2	53,2
Internationalen Zahlungsmitteln	19,0	+4,8	23,9
Währungshilfekrediten	12,4	-1,3	11,1
Wechsellkursbedingte Wertveränderungen	-1 075,2	+1 075,2	-

Wie auf Seite 82 erwähnt, werden die wechsellkursbedingten Wertveränderungen nicht mehr als separate Position im ausserordentlichen Teil der Erfolgsrechnung, sondern als zusätzliche Komponente den entsprechenden Erfolgspositionen zugeordnet. Die in der Erfolgsrechnung und in den Erläuterungen ausgewiesenen Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Der Gesamterfolg wird dadurch nicht beeinflusst.

### 3.4 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Bilanz

Die Erfolgsrechnung wird von der Goldpreis-, Zins- und Wechselkursentwicklung geprägt.

Zusammenfassung

Der Anstieg des Goldpreises führte zu Bewertungsgewinnen von 1 503,9 Mio. Franken. In Folge des höheren US-Dollar-Kurses resultierten andererseits Verluste von 317,0 Mio. Franken auf den Devisentermingeschäften, welche zur Absicherung der künftigen, in US-Dollar anfallenden Goldverkaufserlöse abgeschlossen wurden. Zusammen mit den Zinserträgen aus den Goldleihgeschäften belief sich der Erfolg aus Gold auf 1 267,6 Mio. Franken (2000: –2 159,6 Mio. Franken).

Auf den handelbaren Devisenanlagen ergaben sich aufgrund des weiteren Zinsrückgangs an den relevanten Anlagemärkten wie bereits im Vorjahr Kapitalgewinne. Demgegenüber waren infolge der mehrheitlich tieferen Devisenkurse Wechselkursverluste von 497,7 Mio. Franken zu verzeichnen. Einschliesslich Zinserträgen belief sich der Erfolg auf den Devisenanlagen auf 2 405,4 Mio. Franken (2000: 2 377,5 Mio. Franken). Der Erfolg aus den übrigen Fremdwährungsguthaben betrug 25,4 Mio. Franken (2000: 88,1 Mio. Franken). Der Erfolg aus Finanzaktiven in Schweizer Franken, welcher hauptsächlich aus Wertschriften und Repo-Geschäften stammt, erreichte 758,6 Mio. Franken (2000: 682,3 Mio. Franken).

Zusammen mit den übrigen Erträgen von 29,7 Mio. Franken (2000: 40,0 Mio. Franken) resultierte ein markant höherer Bruttoerfolg von 4 486,8 Mio. Franken als im Vorjahr (1 028,4 Mio. Franken).

Der ordentliche Aufwand sank – fast ausschliesslich bedingt durch den tieferen Zinsaufwand – von 564,6 Mio. auf 425,4 Mio. Franken. Der Nettoerfolg war mit 4 061,3 Mio. Franken markant höher als im Vorjahr (463,9 Mio. Franken). Nach Berücksichtigung der ausserordentlichen Positionen ergab sich ein Gesamterfolg von 4 054,4 Mio. Franken (2000: 28 173,2 Mio. Franken, einschliesslich Gewinn von 27 700,5 Mio. Franken aus der Aufwertung des Goldbestandes).

Die Rückstellung für die geplante Abtretung des Gegenwerts des für monetäre Zwecke nicht mehr benötigten Goldbestandes wurde wegen des höheren Goldpreises um 357,2 Mio. Franken aufgestockt. Im Weiteren gingen 829,7 Mio. Franken an die Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold, und die Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken auf den übrigen Aktiven konnten mit 1 359,5 Mio. Franken alimentiert werden. Der zur Ausschüttung vorgesehene Jahresgewinn beläuft sich auf 1 508,0 Mio. Franken.

**Erfolg aus Gold**

Aus dem Anstieg des Goldpreises resultierten Bewertungsgewinne, während sich infolge des höheren US-Dollar-Kurses aus den Devisentermingeschäften zur Absicherung der in US-Dollar anfallenden Goldverkaufserlöse (Verkauf von US-Dollar auf Termin) Verluste ergaben. Tiefere Goldleihraten führten zu einem Rückgang des Zinsertrags aus den Goldleihgeschäften.

	2001	2000	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Monetäres Gold	910,5	-1 142,3	+2 052,8
Marktbewertungserfolg	829,7	-1 232,9	+2 062,6
Zinsertrag aus Goldleihgeschäften	80,8	90,6	-9,8
Gold der freien Aktiven	357,2	-1 017,3	+1 374,5
Marktbewertungserfolg <sup>1</sup>	674,2	-1 100,1	+1 774,3
Erfolg aus Absicherungsgeschäften	-317,0	82,8	-399,8
<b>Total</b>	<b>1 267,6</b>	<b>-2 159,6</b>	<b>+3 427,2</b>

1 Einschliesslich realisierte Erfolge aus Goldverkäufen



## Erfolg aus Devisenanlagen

Ziffer 02 der Erfolgsrechnung

Wie bereits im Vorjahr resultierten aus den rückläufigen Zinssätzen an den relevanten Anlagemärkten Kapitalgewinne. Die Wechselkurse entwickelten sich unterschiedlich. Während sich auf Anlagen in US-Dollar Wechselkursgewinne ergaben, resultierten auf Anlagen in den übrigen Währungen Wechselkursverluste.

	2001	2000	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
USD	1 567,6	2 217,7	-650,1
Zinsen und Kapitalerfolg	1 253,5	1 888,5	-635,0
Wechselkurserfolg	314,1	329,2	-15,1
EUR	670,7	93,2	+577,5
Zinsen und Kapitalerfolg	1 283,4	1 123,3	+160,1
Wechselkurserfolg	-612,6	-1 030,1	+417,5
JPY	-82,0	-150,0	+68,0
Zinsen und Kapitalerfolg	35,0	10,8	+24,2
Wechselkurserfolg	-117,0	-160,8	+43,8
GBP	144,1	94,7	+49,4
Zinsen und Kapitalerfolg	152,9	214,1	-61,2
Wechselkurserfolg	-8,8	-119,4	+110,6
DKK	59,5	0,2	+59,3
Zinsen und Kapitalerfolg	107,7	84,7	+23,0
Wechselkurserfolg	-48,2	-84,5	+36,3
CAD	46,0	121,7	-75,7
Zinsen und Kapitalerfolg	71,0	100,5	-29,5
Wechselkurserfolg	-25,1	21,2	-46,3
Diverse	-0,5	0,1	-0,6
Zinsen und Kapitalerfolg	-0,4	0,1	-0,5
Wechselkurserfolg	-0,1	-0,1	-
Total	2 405,4	2 377,5	+27,9
Zinsen und Kapitalerfolg	2 903,1	3 422,1	-519,0
Wechselkurserfolg <sup>1</sup>	-497,7	-1 044,5	+546,8

1 Einschliesslich Wechselkurserfolg auf Verbindlichkeiten in Fremdwährungen von 30,6 Mio. Franken (2000: 0,9 Mio. Franken).

**Erfolg aus übrigen Fremdwährungsguthaben**

Die trotz den leicht höheren Beständen tiefer ausgefallenen Zinserträge sind auf die insgesamt tieferen Verzinsungskonditionen zurückzuführen. Aus dem Rückgang der relevanten Wechselkurse resultierten Verluste.

	2001	2000	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Reserveposition beim IWF	17,8	53,2	-35,4
Zinserträge	65,2	87,4	-22,2
Wechselkurserfolg XDR	-47,4	-34,2	-13,2
Internationale Zahlungsmittel	-1,0	23,8	-24,8
Zinserträge	13,0	19,0	-6,0
Wechselkurserfolg XDR	-14,0	4,8	-18,8
Währungshilfekredite	8,6	11,1	-2,5
Zinserträge	14,1	12,4	+1,7
Wechselkurserfolg USD	-	4,6	-4,6
Wechselkurserfolg EUR	-0,6	0,0	-0,6
Wechselkurserfolg XDR	-4,9	-5,9	+1,0

**Einfluss der Wechselkursentwicklung auf die Erfolgsrechnung**

Aus dem Zusammenzug der Wechselkurserfolge auf den Devisenanlagen und aus den übrigen Fremdwährungspositionen ist der gesamte Einfluss der Wechselkursentwicklung auf die Erfolgsrechnung ersichtlich. Insgesamt resultierte ein Verlust von 564,6 Mio. Franken (2000: -1075,2 Mio. Franken).

	2001	2000	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
USD	314,1	333,8	-19,7
EUR <sup>1</sup>	-613,2	-1 030,2	+417,0
JPY	-117,0	-160,8	+43,8
GBP	-8,8	-119,4	+110,6
DKK	-48,2	-84,5	+36,3
CAD	-25,1	21,2	-46,3
XDR	-66,3	-35,2	-31,1
Übrige Währungen	-0,1	-0,1	-
Total	-564,6	-1 075,2	+510,6

<sup>1</sup> umfasst Bewertungserfolge auf bereits in Euro konvertierten Beständen sowie auf Positionen, welche noch in der jeweiligen Landeswährung des Euro-Gebietes denominated sind.

### Erfolg aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken

Der Erfolg aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken belief sich auf 519,8 Mio. Franken (2000: 513,2 Mio. Franken). Der Bestand der Forderungen ging gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt zurück. Aufgrund der durchschnittlich höheren Verzinsung dieses Bestandes nahm der Erfolg aus Repo-Geschäften dennoch leicht zu.

Ziffer 04 der Erfolgsrechnung

### Erfolg aus Lombardvorschüssen

Der Erfolg aus Lombardvorschüssen fiel aufgrund einer tieferen durchschnittlichen Kreditbeanspruchung mit 1,1 Mio. Franken geringer aus als im Vorjahr.

Ziffer 05 der Erfolgsrechnung

### Erfolg aus Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten

Der Erfolg aus Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten ging infolge tieferer durchschnittlicher Bestände um 0,7 Mio. auf 1,7 Mio. Franken zurück.

Ziffer 06 der Erfolgsrechnung

### Erfolg aus Wertschriften in Schweizer Franken

Der Wertschriftenerfolg (Zinsen sowie realisierte und unrealisierte Kapitalerfolge) stieg von 164,8 Mio. auf 236,0 Mio. Franken. Der Wertschriftenbestand nahm in der Berichtsperiode um rund 10% zu. Neben den laufenden Zinserträgen führten die rückläufigen Zinsen in den kürzeren und mittleren Laufzeitensegmenten zu Kapitalgewinnen. Im Vorjahr waren aufgrund des Zinsanstieges Kapitalverluste zu verzeichnen gewesen.

Ziffer 07 der Erfolgsrechnung

### Übrige Erträge

Ziffer 08 der Erfolgsrechnung

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Kommissionen aus Bankgeschäften	17,5	27,4	-36,1
Beteiligungsertrag	7,3	6,8	+7,4
Liegenschaftenertrag <sup>1</sup>	4,7	5,2	-9,6
Übriger ordentlicher Ertrag	0,3	0,6	-50,0
Total übrige Erträge	29,7	40,0	-25,8

1 Der Liegenschaftenertrag stammt aus der Vermietung der nicht selbst belegten Räumlichkeiten in Bankliegenschaften und aus den als Raumreserve dienenden Gebäuden in Zürich und Genf.

Der Rückgang der Kommissionen aus Bankgeschäften ist hauptsächlich auf die Ende März mit der Einführung des neuen Auktionsverfahrens für Anleihen der Eidgenossenschaft weggefallenen Emissionskommissionen zurückzuführen. Da diese Kommissionen an die Banken retrozediert wurden, hatte der Wegfall gleichzeitig einen geringeren Sachaufwand zur Folge (vgl. Ziffer 12 der Erfolgsrechnung).

**Zinsaufwand**

Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund sanken im Vergleich zum Vorjahr stark. Dies und die tieferen Zinssätze führten zu einem deutlichen Rückgang des Zinsaufwandes für Verpflichtungen gegenüber dem Bund.

Der Anstieg des Zinsaufwandes für die Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Fremdwährung ist auf den vermehrten Einsatz solcher Geschäfte bei der Bewirtschaftung der Devisenanlagen zurückzuführen.

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Zinsaufwand für Verpflichtungen gegenüber dem Bund	160,8	317,6	-156,8
Zinsaufwand für Depotkonten	6,3	6,4	-0,1
Zinsaufwand für Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken	1,0	1,6	-0,6
Zinsaufwand für Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Fremdwährung	35,6	11,3	+24,3
<b>Total Zinsaufwand</b>	<b>203,7</b>	<b>336,9</b>	<b>-133,2</b>

**Notenaufwand**

Der Notenaufwand entspricht den Gestehungskosten der im Jahre 2001 in Umlauf gesetzten druckfrischen Noten.

**Personalaufwand**

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Löhne, Gehälter und Zulagen	64,5	62,9	+2,5
Sozialversicherungen <sup>1</sup>	15,2	12,5	+21,6
Übriger Personalaufwand <sup>1</sup>	4,2	4,1	+2,4
<b>Total Personalaufwand</b>	<b>83,9</b>	<b>79,5</b>	<b>+5,5</b>

<sup>1</sup> Die Beiträge an die Unfallversicherung sind neu nicht mehr in der Position übriger Personalaufwand, sondern in der Position Sozialversicherungen enthalten. Die Vorjahreswerte wurden deshalb angepasst.

Der Anstieg der Kosten für die Sozialversicherungen ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Beiträge an die Personalvorsorgeeinrichtungen auf 10,4 Mio. Franken (2000: 7,7 Mio.) zurückzuführen. Als Ergebnis der im Vorjahr durchgeführten Überprüfung der Salärpolitik fielen die individuellen Gehaltserhöhungen Anfang 2001 höher aus als ein Jahr zuvor. Dies führte zu deutlich höheren ausserordentlichen Beiträgen an die Vorsorgeeinrichtungen. Zudem fiel der Prämienrabatt tiefer aus als im Vorjahr und die versicherten Gehälter stiegen zusätzlich durch die Reduktion des Koordinationsabzugs an.

Die Vorsorgepläne der Nationalbank sind in zwei Personalvorsorgeeinrichtungen zusammengefasst (Pensionskasse und Vorsorgestiftung). Im Sinne der Swiss GAAP FER handelt es sich um beitragsorientierte Vorsorgeeinrichtungen, deren Kosten durch reglementarische Beiträge der Mitarbeiter und der Nationalbank bestritten werden.

Die Bezüge (Entlohnung und Repräsentationspauschalen) der Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums gliedern sich wie folgt:

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
40 Bankratsmitglieder, davon 10 im Ausschuss	0,447	0,447	–
3 Direktoriumsmitglieder	1,652	1,630	+1,4

### Sachaufwand

Ziffer 12 der Erfolgsrechnung

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Direkter Aufwand für Bankgeschäfte	36,6	41,5	–11,8
Raumaufwand	10,7	13,5	–20,7
Wartung mobile Sachanlagen und Software	8,1	9,4	–13,8
Übriger Sachaufwand	27,5	29,5	–6,8
Total Sachaufwand	82,9	93,8	–11,6

#### Direkter Aufwand für Bankgeschäfte

Dieser Posten umfasst direkte Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Notenumlauf (einschliesslich Entschädigungen an Agenturen), Kommissionen und Spesen für die Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes sowie weitergegebene Wertschriftenkommissionen. Hauptsächlich letztere sind für den Rückgang dieser Position verantwortlich (vgl. Ziffer 08 der Erfolgsrechnung).

#### Raumaufwand

Darin sind Aufwendungen für Unterhalt und Betrieb der Bankgebäude sowie für gemietete Räume enthalten. Aufgrund vorteilhafterer Verträge ging der Mietaufwand um 2,8 Mio. Franken zurück.

#### Übriger Sachaufwand

Der übrige Sachaufwand umfasst nebst dem allgemeinen Verwaltungsaufwand auch Aufwendungen für Beratung und Unterstützung durch Dritte, die Informationsbeschaffung sowie die Sicherheit.

Weiter sind hier Betriebsbeiträge von 6,1 Mio. Franken (2000: 5,3 Mio. Franken) an das Studienzentrum Gerzensee verbucht.

**Ziffer 13 der Erfolgsrechnung****Ausserordentlicher Aufwand**

Darin enthalten sind Aufwände von 3,8 Mio. Franken für das Expo.02-Projekt der Nationalbank und eine Zuweisung an die Rückstellungen für Betriebsrisiken in der Höhe von 3,0 Mio. Franken (vgl. Ziffer 34 der Bilanz und Erfolgsrechnung).

**Ziffer 14 der Bilanz****Gold**

Im Jahr 2001 verkaufte die Nationalbank 220,8 Tonnen Gold zu einem durchschnittlichen Preis von 14 730,24 Franken pro Kilogramm. Der Erlös betrug 3 252,8 Mio. Franken. Im Vorjahr waren 170,8 Tonnen zum Durchschnittspreis von 15 167,02 Franken pro Kilogramm verkauft worden. In den Durchschnittspreisen sowie beim Erlös sind die Erfolge aus der Absicherung des Währungsrisikos auf den in US-Dollar anfallenden Verkaufserlösen nicht berücksichtigt.

Der physische Goldbestand wird dezentral im In- und Ausland gelagert.

	2001		2000	
	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken
Barrengold	1 700,9	25 476,1	1 918,6	27 503,0
Goldmünzen	175,2	2 624,1	175,2	2 511,4
<b>Total</b>	<b>1 876,1</b>	<b>28 100,1</b>	<b>2 093,8</b>	<b>30 014,4</b>

**Ziffer 15 der Bilanz****Forderungen aus Goldgeschäften**

Die Geschäfte werden mit erstklassigen in- und ausländischen Finanzinstituten abgeschlossen.

	2001		2000	
	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken
Forderungen aus Goldleihe	322,2	4 879,3	323,8	4 685,4
Forderungen aus ungedeckter Goldleihe	237,4	3 587,2	238,8	3 448,8
Forderungen aus gedeckter Goldleihe <sup>1</sup>	84,8	1 292,0	85,0	1 236,6
Forderungen auf Metallkonti	0,2	3,0	1,8	25,1
<b>Total</b>	<b>322,4</b>	<b>4 882,2</b>	<b>325,6</b>	<b>4 710,5</b>

<sup>1</sup> gesichert durch Hinterlage von erstklassigen Wertschriften im Marktwert von 1 300,2 Mio. Franken.

**Ziffer 16 der Bilanz****Devisenanlagen**

Die Staatspapiere lauten grösstenteils auf die Währung des Ausgabelandes. Die Schuldnerkategorie Währungsinstitutionen umfasst Anlagen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der amerikanischen Zentralbank und anderer Notenbanken sowie Anlagen in Titeln der Weltbank. Die Bankanlagen werden bei Instituten mit sehr guter Bonität getätigt.

## Devisenanlagen nach Schuldnern und Währungen<sup>1</sup>

	2001			2000		
	Mio.	Franken	Anteil	Mio.	Franken	Anteil
	Originalwährung		Prozent	Originalwährung		Prozent
<b>Staatspapiere</b>		<b>36 825,3</b>	<b>72,8</b>		<b>35 435,5</b>	<b>70,2</b>
USD	8 114,3	13 617,5	26,9	6 840,9	11 186,9	22,2
EUR <sup>2</sup>	11 565,4	17 131,8	33,9	11 275,3	17 189,2	34,1
JPY	54 276,5	693,3	1,4	119 491,3	1 701,8	3,4
GBP	1 120,9	2 724,1	5,4	1 059,7	2 592,5	5,1
DKK	8 624,6	1 717,1	3,4	8 677,5	1 771,9	3,5
CAD	896,0	941,4	1,9	911,2	993,2	2,0
<b>Währungsinstitutionen</b>		<b>1 085,8</b>	<b>2,1</b>		<b>2 890,7</b>	<b>5,7</b>
USD	331,0	555,5	1,1	1 286,8	2 104,3	4,2
EUR <sup>2</sup>	144,4	213,9	0,4	260,6	397,3	0,8
JPY	4 737,5	60,5	0,1	193,9	2,8	0,0
GBP	85,4	207,6	0,4	128,0	313,1	0,6
DKK	188,2	37,5	0,1	343,7	70,2	0,1
CAD	9,9	10,4	0,0	2,3	2,5	0,0
Diverse		0,5	0,0		0,5	0,0
<b>Banken</b>		<b>12 669,7</b>	<b>25,0</b>		<b>12 126,6</b>	<b>24,0</b>
USD	3 922,7 <sup>3</sup>	6 583,1	13,0	4 424,7	7 235,7	14,3
EUR <sup>2</sup>	3 943,1 <sup>4</sup>	5 841,0	11,5	3 060,1	4 665,1	9,2
JPY	2 160,0	27,6	0,1	605,3	8,6	0,0
GBP	10,7 <sup>5</sup>	26,0	0,1	14,0	34,2	0,1
DKK	698,9	139,2	0,3	894,0	182,6	0,4
CAD	50,3	52,8	0,1	0,2	0,2	0,0
Diverse		0,1	0,0		0,1	0,0
<b>Total</b>		<b>50 580,8<sup>6</sup></b>	<b>100,0</b>		<b>50 452,8<sup>6</sup></b>	<b>100,0</b>
USD	12 368,0	20 756,1	41,0	12 552,4	20 526,9	40,7
EUR <sup>2</sup>	15 652,9	23 186,6	45,8	14 596,1	22 251,8	44,1
JPY	61 174,0	781,4	1,5	120 290,4	1 713,2	3,4
GBP	1 217,0	2 957,7	5,8	1 201,7	2 939,8	5,8
DKK	9 511,7	1 893,8	3,7	9 915,2	2 024,7	4,0
CAD	956,2	1 004,6	2,0	913,7	996,0	2,0
Diverse		0,6	0,0		0,5	0,0

1 Die Gliederung nach Währungen bezieht sich auf die Basisanlagen ohne Berücksichtigung der Devisenabsicherungsgeschäfte.

2 Umfasst bereits in Euro konvertierte Bestände sowie Positionen, welche noch in der jeweiligen Landeswährung des Euro-Gebietes denominiert sind.

3 Davon sind 67,2% von Organisationen mit indirekter Staatsgarantie.

4 Davon sind 9,9% von Organisationen mit indirekter Staatsgarantie.

5 Davon sind 44,5% von Organisationen mit indirekter Staatsgarantie.

6 davon nicht handelbare Anlagen: 6 921,6 Mio. Franken (2000: 10 742,4 Mio. Franken).

## Übrige Fremdwährungsguthaben

		2001		2000	
		Mio.		Mio.	
		Originalwährung	Franken	Originalwährung	Franken
Reserveposition beim IWF	XDR	1 262,6	2 665,7	969,9	2 078,8
Quote der Schweiz beim IWF	XDR	3 458,5	7 301,8	3 458,5	7 412,5
./ . CHF-Sichtguthaben des IWF bei der Nationalbank <sup>1</sup>	XDR	-2 195,9	-4 636,1	-2 488,6	-5 333,7
Internationale Zahlungsmittel <sup>2</sup>	XDR	225,6	476,3	125,3	268,5
Währungshilfekredite			347,2		352,4
Bilateraler Kredit an Bulgarien EUR		14,3	21,3	14,3	21,8
Kreditfazilität PRGF <sup>3</sup>	XDR	154,3	325,9	154,2	330,6

1 Guthaben nach Abzug der Marchzinsen von 3,9 Mio. XDR (8,3 Mio. Franken) auf der Reserveposition.

2 Zusätzlich bestehen Ende 2001 offene Zusagen von 175,0 Mio. XDR (2000: 275,3 Mio. XDR).

3 Zusätzlich bestehen Ende 2001 offene Zusagen von 0,0 Mio. XDR (2000: 0,2 Mio. XDR).

### Reserveposition beim IWF

Die Reserveposition entspricht der Differenz zwischen der von der Nationalbank finanzierten schweizerischen Quote beim IWF und dem Frankenguthaben des IWF bei der Nationalbank. Sie hat den Charakter einer Währungsreserve und kann von der Nationalbank jederzeit in diesem Sinne verwendet werden.

### Internationale Zahlungsmittel

Die Sonderziehungsrechte (XDR) sind verzinsliche Sichtguthaben beim IWF. Die Nationalbank verpflichtete sich gegenüber dem IWF, bis zu einer Bestandeslimite von 400 Mio. XDR Sonderziehungsrechte gegen Devisen zu kaufen.

### Währungshilfekredite

Bei bilateralen Krediten handelt es sich um mittelfristige, international koordinierte Zahlungsbilanzhilfen, an denen sich die Schweiz mit einer Kredittranche beteiligt. Ende 2001 war nur noch ein auf Euro lautender Kredit an Bulgarien ausstehend.

Die Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF, Poverty Reduction and Growth Facility) ist ein vom IWF verwalteter Treuhandfonds, der langfristige, zinsvergünstigte Kredite an arme Entwicklungsländer finanziert.

Sowohl die bilateralen Kredite als auch die Beteiligung der Schweiz am Darlehenskonto der PRGF werden in Bezug auf die Zins- und Kapitalrückzahlung vom Bund garantiert.



## Repo-Geschäfte in Schweizer Franken

Ziffer 18 der Bilanz

Mit dem Repo-Geschäft, dem wichtigsten Instrument der Geldpolitik, wird dem Bankensystem Liquidität gegen die Pensionierung von Wertpapieren zur Verfügung gestellt oder durch Abschöpfung Liquidität entzogen.

Die Forderungen aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken sind entweder durch Papiere aus dem SNB-Korb (auf Schweizer Franken lautende, notenbankfähige Anleihen in- und ausländischer Emittenten sowie Geldmarktbuchforderungen von Bund und Kantonen), aus dem German GC Basket (in Euro denominatede deutsche Staatspapiere sowie einzelne Emissionen der Weltbank) oder aus dem German Jumbo Pfandbriefe Basket (in Euro denominatede deutsche Jumbo-Pfandbriefe) gesichert.

Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken waren Ende Jahr keine ausstehend. Am 12. und 13. September wurden Abschöpfungs-Repos abgeschlossen, um den erhöhten Stand der Giro Guthaben wieder abzubauen, der als Massnahme zur Beruhigung des Geldmarktes unmittelbar nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September geschaffen worden war. Die Position Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften umfasst ferner die in Form einer Geldleistung erhaltenen Wertausgleiche (Cash Margins) auf Hinterlagen von Forderungen aus Repo-Geschäften.

## Lombardvorschüsse

Ziffer 19 der Bilanz

Der Lombardkredit dient den Banken dazu, unvorhergesehene Liquiditätsengpässe kurzfristig zu überbrücken. Ende 2001 bestanden insgesamt 150 Kreditlimiten, 11 weniger als Ende 2000.

Die Limiten, die Deckungswerte und die Beanspruchungen entwickelten sich wie folgt:

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Limiten per Ende Jahr	9 230,9	9 153,8	+77,1
Deckungswerte per Ende Jahr <sup>1</sup>	9 675,2	9 910,6	-235,4
Beanspruchung im Jahresdurchschnitt <sup>2</sup>	20,8	42,9	-22,1
maximale Beanspruchung <sup>3</sup>	975,0	1 202,0	-227,0

1 Kurswerte abzüglich 10–35%

2 Durchschnitt der arbeitstäglichen Werte

3 Tagesspitzenwert

## Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten

Ziffer 20 der Bilanz

559 Geschäftsstellen (2000: 647) von 62 Banken (2000: 66) besorgen für die Nationalbank den lokalen Bargeldausgleich und decken Bargeldbedürfnisse von Bundesstellen (Post, SBB) ab. Die Forderungen werden zum Lombardsatz abzüglich 200 Basispunkte verzinst.

**Wertschriften in Schweizer Franken**

Es handelt sich um kotierte Obligationen.

	2001		2000		Veränderung gegenüber Vorjahr Mio. Franken
	Mio. Franken	Anteil Prozent	Mio. Franken	Anteil Prozent	
<b>Inländische Schuldner</b>	<b>4 050,1</b>	<b>67,5</b>	<b>4 420,0</b>	<b>81,7</b>	<b>-369,9</b>
Eidgenossenschaft	1 259,4	21,0	1 169,8	21,6	+89,6
Kantone	570,3	9,5	925,8	17,1	-355,5
Gemeinden	351,6	5,9	400,6	7,4	-49,0
Pfandbriefinstitute	1 109,4	18,5	1 059,4	19,6	+50,0
Banken	759,4	12,7	864,5	16,0	-105,1
<b>Ausländische Schuldner</b>	<b>1 397,3</b>	<b>23,3</b>	<b>659,2</b>	<b>12,2</b>	<b>738,1</b>
Staaten	624,8	10,4	245,1	4,5	+379,7
Banken	772,5	12,9	414,1	7,7	+358,4
<b>Internationale Organisationen</b>	<b>552,6</b>	<b>9,2</b>	<b>330,6</b>	<b>6,1</b>	<b>+222,0</b>
<b>Total Marktwert</b>	<b>6 000,0</b>	<b>100,0</b>	<b>5 409,8</b>	<b>100,0</b>	<b>+590,2</b>
Total Nominalwert	5 724,6		5 134,6		

**Beteiligungen (nicht konsolidiert) in Mio. Franken**

	Wert 31.12.2000	Investi- tionen	Devesti- tionen	Marktwert- verän- derungen	Wert 31.12.2001
Orell Füssli	27,0	-	-	-	27,0
BIZ	61,0	-	-0,0	-	60,9
Diverse	1,5	-	-	-0,1	1,4
Total	89,5	-	-0,0	-0,1	89,3

Die Nationalbank hält 33,34% des Aktienkapitals der Orell Füssli Holding AG, Zürich, deren Tochtergesellschaft Orell Füssli Sicherheitsdruck AG die schweizerischen Banknoten produziert. Das Unternehmen nahm eine weitere Nennwertreduktion von 20 Franken pro Namenaktie vor. Der Betrag von 1,3 Mio. Franken, welcher der Nationalbank aus dieser Transaktion zustand, wurde dem Beteiligungsertrag gutgeschrieben.

Die Beteiligung von 3,1% an der BIZ wird aus Gründen der währungspolitischen Zusammenarbeit gehalten. Im Jahre 2001 beschloss die BIZ, den Kreis ihrer Aktionäre auf die Zentralbanken zu beschränken und die Aktien privater Anleger (ohne Stimmrecht) zurückzukaufen. Die Nationalbank besass 21 dieser Aktien. Aus der Veräusserung ergab sich ein Gewinn von 0,3 Mio. Franken.

Unter Diverse figurieren Aktien der Telekurs Holding AG, Zürich, der Sihl, Zürich (Papierfabrik), der SWIFT Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications S.G., La Hulpe (Belgien), sowie der Kreuz Gerzensee AG, der Nachfolgegesellschaft zweier im Zusammenhang mit der Schaffung des Studienzentrums Gerzensee gegründeter Gesellschaften.

### Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und über die geschätzte Lebensdauer linear abgeschrieben. Anschaffungen unter 1000 Franken werden direkt dem Sachaufwand belastet.

Mit 15,2 Mio. Franken (2000: 15,5 Mio. Franken) entfiel der grösste Teil der Abschreibungen auf die Kategorie der übrigen Sachanlagen. Weitere 6,0 Mio. Franken (2000: 3,9 Mio. Franken) an Abschreibungen entfielen auf die Liegenschaften einschliesslich der nationalbankspezifischen Einbauten.

Der Vorrat an neuen, noch nie in Umlauf gesetzten Banknoten wird zu den Gestehungskosten bewertet. Diese werden im Rhythmus der Einspeisung der Noten in den Bargeldumlauf der Erfolgsrechnung belastet.

### Anlagenpiegel in Mio. Franken

Abschreibungsdauer	Banknoten-vorrat gemäss Verbrauch	Liegen-schaften <sup>1</sup> 100 Jahre	Spezifische Einbauten 10 Jahre	Anlagen im Bau keine Abschr.	übrige Sach-anlagen <sup>2</sup> 3–12 Jahre	Total
<b>Anschaffungswerte</b>						
Bruttowerte Anfang 2001	161,2	309,7	19,2	20,8	93,8	604,7
Zugänge	+24,6	+1,6	+8,9	+4,0	+13,5	+52,6
Abgänge	-33,7	-	-	-	-19,8	-53,5
Reklassifikationen		+13,0	+6,2	-20,3	+1,1	
Bruttowerte Ende 2001	152,1	324,3	34,3	4,5	88,6	603,8
<b>Kumulierte Abschreibungen<sup>3</sup></b>						
Wertberichtigungen Anfang 2001		9,1	1,2		57,1	67,4
Zugänge		+3,2	+2,8		+15,2	+21,2
Abgänge		-	-		-19,7	-19,7
Reklassifikationen		-	-		-	
Wertberichtigungen Ende 2001		12,3	4,0		52,6	68,9
<b>Nettobuchwerte</b>						
Nettobuchwerte Anfang 2001	161,2	300,6	18,0	20,8	36,7	537,3
Nettobuchwerte Ende 2001	152,1	312,0	30,3	4,5	36,0	534,8

### Ziffer 23 der Bilanz und Erfolgsrechnung

1 Der Brandversicherungswert der Liegenschaften belief sich Ende 2001 auf 337,8 Mio. Franken (Ende 2000: 336,1 Mio. Franken).

2 Der Brandversicherungswert der übrigen Sachanlagen belief sich Ende 2001 auf 68,1 Mio. Franken (Ende 2000: 61,0 Mio. Franken).

3 Bei den Liegenschaften und den spezifischen Einbauten werden die Abschreibungen seit dem Jahr 1996 (Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze), bei den übrigen Sachanlagen ab Beginn der Nutzung kumuliert.

## Liegenschaften

Der Anstieg der Bruttowerte bei den Liegenschaften und die Bewegungen in der Rubrik Reklassifikationen sind überwiegend auf Umbauten am Sitz Zürich zurückzuführen.

## Übrige Sachanlagen

Diese Kategorie umfasst im Wesentlichen Informatikinvestitionen, Maschinen, Geräte, Mobiliar und Fahrzeuge.

### Ziffer 24 der Bilanz

1 Bei den Münzen handelt es sich um die von der Swissmint erworbenen Scheide- und Gedenkmünzen, die von der Nationalbank in Umlauf gesetzt werden.

2 Die positiven Bruttowiederbeschaffungswerte entsprechen den nicht realisierten Gewinnen auf derivativen Finanzinstrumenten sowie offenen Kassageschäften. Der überwiegende Teil stammt aus Devisentermingeschäften zur Absicherung von Währungsrisiken (vgl. Seite 106).

### Sonstige Aktiven

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Münzen (einschliesslich Gedenkmünzen) <sup>1</sup>	351,6	373,1	-21,5
Fremde Sorten	0,1	0,1	-
Postkonten	0,0	0,0	-
Übrige Forderungen	14,0	28,9	-14,9
Aktive Rechnungsabgrenzungen	2,4	4,2	-1,8
Checks und Wechsel (Inkassogeschäft)	2,7	1,5	+1,2
Positive Bruttowiederbeschaffungswerte <sup>2</sup>	86,1	292,9	-206,8
Total	456,8	700,7	-243,9

### Ziffer 25 der Bilanz

## Notenumlauf

Darunter fallen alle vom Publikum und von Banken gehaltenen Banknoten. Von den im Mai 2000 zurückgerufenen Noten der sechsten Emission – sie sind bis zum 30. April 2020 bei der Nationalbank einlösbar – waren per Ende Jahr Abschnitte im Werte von gesamthaft 2,8 Mrd. Franken ausstehend.

### Ziffer 26 der Bilanz

## Girokonten inländischer Banken

Die 298 Girokonten (2000: 290) der 277 Banken (2000: 267) sind unverzinslich. Die Girogelder bilden die Basis für die geldpolitische Steuerung durch die Nationalbank und dienen der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Schweiz. Zudem sind sie Bestandteil der gesetzlichen Liquidität der Banken.

### Ziffer 27 der Bilanz

## Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund

Die Sichtguthaben des Bundes dienen zur Abwicklung des in- und ausländischen Zahlungsverkehrs des Bundes und bundesnaher Unternehmen. Sie werden zum Lombardzinssatz abzüglich 200 Basispunkte verzinst. Die Verzinsungslimite beträgt 600 Mio. Franken.

Die Termineinlagen des Bundes und der Post werden marktgerecht verzinst. Ende Jahr beliefen sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund auf 2 251,9 Mio. Franken (2000: 8 168,1 Mio. Franken). Seit November 2000 wurden von der Post keine Neuanlagen mehr platziert; die noch bestehenden liefen Ende 2001 aus (2000: 1 719,9 Mio. Franken).

### Girokonten ausländischer Banken und Institutionen

Die 218 (2000: 210) Konten lauten auf Franken und sind unverzinslich. Die Inhaber sind vornehmlich ausländische Zentral- und Geschäftsbanken.

Ziffer 28 der Bilanz

### Übrige Sichtverbindlichkeiten

Darunter figurieren Konten von Mitarbeitenden und Pensionierten, Verbindlichkeiten gegenüber Personalvorsorgeeinrichtungen von 19,6 Mio. Franken (2000: 16,2 Mio. Franken) sowie Verbindlichkeiten gegenüber einzelnen Nichtbanken.

Ziffern 29 der Bilanz

### Verbindlichkeiten in Fremdwährungen

Diese umfassen Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Devisenanlagen (1469,1 Mio. Franken; 2000: 439,5 Mio.) sowie die Sichtverbindlichkeiten in Fremdwährungen gegenüber dem Bund.

Ziffer 30 der Bilanz

### Sonstige Passiven

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Übrige Verbindlichkeiten	12,1	23,7	-11,6
Passive Rechnungsabgrenzungen	3,1	3,9	-0,8
Negative Bruttowiederbeschaffungswerte <sup>1</sup>	308,1	100,0	+208,1
Total	323,4	127,6	+195,8

Ziffer 31 der Bilanz

1 Die negativen Bruttowiederbeschaffungswerte entsprechen den nicht realisierten Verlusten auf derivativen Finanzinstrumenten sowie offenen Kassageschäften. Der überwiegende Teil stammt aus Devisentermingeschäften zur Absicherung von Währungsrisiken (vgl. Seite 106).

### Rückstellung für die Abtretung der freien Aktiven

	2001	2000
	Mio. Franken	Mio. Franken
Stand am 01.01.	18 860,4	-
Zuweisung	+357,2	+18 860,4
davon Übertrag des Gegenwerts von 1300 t Gold von der Spezialrückstellung Markt- und Liquiditätsreserven Gold <sup>1</sup>	-	+19 877,7
davon Bewertungserfolg Gold freie Aktiven	+674,2	-1 100,1
davon Erfolg Absicherungsgeschäfte Gold freie Aktiven	-317,0	+82,8
Stand am 31.12.	19 217,6	18 860,4

Ziffer 32 der Bilanz und Erfolgsrechnung

1 zum Marktwert per 1. Mai 2000

Mit dieser Rückstellung wird zum Ausdruck gebracht, dass 1300 Tonnen Gold nicht mehr für monetäre Zwecke benötigt werden und die Nationalbank in absehbarer Zeit den Gegenwert zur Verwendung für andere öffentliche Zwecke abtreten wird.

Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach dem Marktwert des noch nicht verkauften Anteils an den 1300 Tonnen Gold, den vereinnahmten Erlösen aus den Goldverkäufen sowie dem Erfolg aus Geschäften zur Absicherung des Währungsrisikos auf Goldverkaufserlösen in US-Dollar:

	Tonnen	2001 Mio. Franken
Marktwert des noch nicht verkauften Goldbestandes der freien Aktiven	908,4	13 609,0
Kumulierte Erlöse aus Goldverkäufen	391,6	5 842,8
Kumulierter Erfolg aus Absicherungsgeschäften		-234,2
<b>Stand Rückstellung für die Abtretung der freien Aktiven</b>		<b>19 217,6</b>

Ziffer 33 der Bilanz  
und Erfolgsrechnung

### Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold

	2001 Mio. Franken	2000 Mio. Franken
Stand am 01.01.	6 589,9	-
Zuweisung	+829,7	+6 589,9
davon ausserordentlicher Aufwertungsgewinn monetäres und nicht monetäres Gold <sup>1</sup>	-	+27 700,5
davon Übertrag des Gegenwerts von 1300 t Gold auf Rückstellung für die Abtretung von freien Aktiven	-	-19 877,7
davon Bewertungserfolg auf dem Goldbestand der Währungsreserven	+829,7	-1 232,9
<b>Stand am 31.12.</b>	<b>7 419,5</b>	<b>6 589,9</b>

<sup>1</sup> zum Marktwert  
per 1. Mai 2000

Mit dieser Rückstellung werden die Markt- und Liquiditätsrisiken auf dem monetären, d.h. für geldpolitische Zwecke benötigten Gold (rund 1290 Tonnen) berücksichtigt. Marktwertschwankungen auf dem monetären Gold werden dieser Rückstellungsposition zugeordnet.

## Rückstellungen für Betriebsrisiken sowie Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken

Ziffer 34 der Bilanz und Erfolgsrechnung

	2001	2000
	Mio. Franken	Mio. Franken
<b>Rückstellungen für Betriebsrisiken</b>		
Stand am 01.01.	467,1	470,8
Veränderung	-1,1	-3,8
Zuweisung	+3,0	-
Verwendung	-4,1	-3,8
Stand am 31.12.	465,9	467,1
<b>Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken</b>		
Stand am 01.01.	38 893,4	37 678,5
Zuweisung	+1 359,5	+1 214,9
Stand am 31.12.	40 252,9	38 893,4
<b>Total (Stand am 31.12.)</b>	<b>40 718,8</b>	<b>39 360,5</b>

Im Nachgang zur Umsetzung der Neukonzeption des Bargeldverkehrs ergab sich ein zusätzlicher Bedarf an Rückstellungen für Betriebsrisiken. Die Alimentation erfolgte über den ausserordentlichen Aufwand. Den Rückstellungen wurden Auszahlungen für frühzeitige Pensionierungen als Folge der Neukonzeption des Bargeldverkehrs sowie für Revisionskosten des schweizerischen Fonds für bedürftige Opfer von Holocaust/Shoa belastet.

Unter den Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken ragen die Wechselkursrisiken auf den Devisenanlagen heraus. Ebenfalls ins Gewicht fallen die Zinsrisiken auf den Devisenanlagen und den Wertschriften in Schweizer Franken. Bei den Kreditrisiken handelt es sich vorwiegend um Abwicklungsrisiken im Devisengeschäft. Die Rückstellung konnte um 1 359,5 Mio. Franken aufgestockt werden. Die gemäss Gewinnermittlungskonzept (vgl. Seite 103f) erforderliche Mindesthöhe an Rückstellungen wird überschritten.

### Aktienkapital

Das Aktienkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio. Franken, eingeteilt in 100 000 Namenaktien von je 500 Franken, wovon 50% (250 Franken) einbezahlt sind.

Im Berichtsjahr genehmigte der Bankausschuss die Übertragung von 4 642 Aktien auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember 2001 waren die Eintragungsgesuche für 18 895 Aktien hängig oder ausstehend.

Die Aktien waren wie folgt verteilt:

<b>Privataktionäre</b>	<b>Anzahl Aktien</b>
2 657 Aktionäre mit zusammen	25 819
davon 1029 Aktionäre mit je	1
davon 1272 Aktionäre mit je	2–10
davon 332 Aktionäre mit je	11–100
davon 14 Aktionäre mit je	101–200
davon 10 Aktionäre mit je	über 200
<b>Öffentlich-rechtliche Aktionäre</b>	
87 Aktionäre mit zusammen	55 286
davon 26 Kantone mit zusammen	38 981
davon 24 Kantonalbanken mit zusammen	14 355
davon 37 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften/Anstalten mit zusammen	1 950
<b>Total 2 744 Aktionäre mit zusammen</b>	<b>81 105</b>
Hängige oder ausstehende Eintragungsgesuche für	18 895
<b>Total Aktien</b>	<b>100 000</b>

Von den am Stichtag eingetragenen Aktien – dies waren rund 81% des Gesamtbestandes – gehörten 68% Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, 32% waren auf Privataktionäre eingetragen. In der Kategorie der Privataktionäre wurden 77% der Aktien von natürlichen Personen und 23% von juristischen Personen gehalten. In ausländischem Besitz befanden sich 1 387 Aktien (ohne Stimmrecht) bzw. 1,4% des Aktienkapitals.

Der Kurs der Nationalbankaktie, der sich wegen der gesetzlichen Maximaldividende von 6% normalerweise ähnlich entwickelt wie eine mit 6% verzinst langfristige Bundesobligation, stieg im Jahresverlauf tendenziell an. Der Kurs stieg von rund 750 Franken am Jahresanfang auf rund 1 100 Franken Ende Jahr; der Höchstkurs lag bei 1 150 Franken. Die allgemein sinkenden Zinssätze sowie vereinzelte, im Zuge der Vernehmlassung zum neuen Nationalbankgesetz entstandene Spekulationen hatten zu dieser Entwicklung geführt.

Die Zahl der Transaktionen ging gegenüber dem Vorjahr um 53% zurück, hingegen stieg die Anzahl hängiger oder ausstehender Eintragungsgesuche am Stichtag um 75%. Im Jahresvergleich nahm die Zahl der eingetragenen Privataktionäre deutlich um 283 ab.



Bedeutende Aktionäre, deren Beteiligung 5% aller Stimmrechte bzw. 5 000 Namenaktien übersteigt, sind:

	Anzahl Aktien		Beteiligungsquote	
	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
Kanton Bern	6 630	–	6,63%	–
Kanton Zürich	5 200	–	5,20%	–

### Reservefonds

Aus dem Jahresgewinn 2000 wurde der Reservefonds um 1,0 Mio. Franken (gesetzlich vorgesehener Höchstbetrag) auf 66,0 Mio. Franken aufgestockt.

Ziffer 36 der Bilanz

### Jahresgewinn – Ermittlung und Ausschüttung

Die Gewinnermittlung trägt den Besonderheiten der Nationalbank Rechnung. Die Nationalbank muss in der Lage sein, ihre verfassungsmässige Aufgabe ohne Ertragszwang zu erfüllen. Sie schüttet daher nicht den ganzen Ertragsüberschuss aus, sondern bildet Rückstellungen sowohl für die üblichen betriebswirtschaftlichen als auch für volkswirtschaftliche Risiken. Sie benützt die Rückstellungen in erster Linie dazu, um Devisenreserven aufzubauen. Diese erlauben ihr, im Falle einer Frankenschwäche am Markt zu intervenieren. Zudem stärken sie die Resistenz der schweizerischen Volkswirtschaft gegen internationale Krisen und sichern damit das Vertrauen in den Franken. Der Bedarf an Devisenreserven wächst mit der Grösse und der Auslandverflechtung der schweizerischen Wirtschaft.

Ziffer 37 der Bilanz und Erfolgsrechnung

Daher wurde in einer am 24. April 1998 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Nationalbank und dem Eidgenössischen Finanzdepartement über die Gewinnausschüttung die Regel bestätigt, dass die Rückstellungen im Gleichschritt mit dem nominalen Bruttosozialprodukt ausgeweitet werden sollen. Die angestrebte prozentuale Zunahme bemisst sich nach dem durchschnittlichen Zuwachs des nominalen Bruttosozialproduktes in den letzten fünf Jahren. Damit werden spätere Korrekturen und grosse Schwankungen von Jahr zu Jahr vermieden.

Der verbleibende Überschuss gemäss Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG wird nach der Festlegung der übrigen gesetzlich vorgesehenen Gewinnzuweisungen (Art. 27 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 lit. a NBG) ermittelt. Ein solcher Überschuss liegt vor, wenn die effektiven Rückstellungen die angestrebten übersteigen. Die Ausschüttungen an den Bund und die Kantone wurden in der Vereinbarung mit dem Finanzdepartement – zwecks mittelfristiger Glättung – für die fünf Geschäftsjahre 1998–2002 aufgrund einer Ertragsprognose zum Voraus auf 1,5 Mrd. Franken pro Jahr festgelegt. Sie wurden aus den Ertragsüberschüssen der betreffenden Geschäftsjahre sowie dem Ende 1997 verbliebenen Überschuss der effektiven Rückstellungen getätigt.

## Angestrebter Bestand der Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken sowie für Betriebsrisiken und Berechnung des verbleibenden Überschusses sowie der Ausschüttung

	Wachstum des nominalen Bruttozialproduktes	Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken sowie für Betriebsrisiken am Jahresende Mio. Franken		Verbleibender Überschuss vor Ausschüttung Mio. Franken	Ausschüttung Mio. Franken
	Prozent (Durchschnittsperiode) <sup>1</sup>	Angestrebter Bestand	Effektiver Bestand vor Ausschüttung <sup>2</sup>		
	(1)	(2)	(3)	(4) = (3) - (2)	(5)
1998	1,8 (1992–1996)	25 645,4	36 700,4	11 055,0	1 500,0
1999	1,9 (1993–1997)	26 132,7	39 649,3	13 516,6	1 500,0
2000	2,0 (1994–1998)	26 655,4	40 860,5	14 205,1	1 500,0
2001	2,6 (1995–1999)	27 337,8	42 218,8	14 881,0	1 500,0
2002	3,3 (1996–2000)	28 239,9			

1 Die Daten für das nominale Bruttozialprodukt werden laufend revidiert. Die in der Tabelle ausgewiesenen Wachstumsraten weichen deshalb geringfügig von den Prozentzahlen ab, die sich aufgrund der neuesten verfügbaren Daten ergeben.

2 Die Bilanzpositionen Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken sowie für Betriebsrisiken entsprechen diesem Betrag abzüglich der Ausschüttung von 1,5 Mrd. Franken an Bund und Kantone.

## 3.5 Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
<b>Offene Zusagen</b>			
Two-way-arrangement (IWF) <sup>1</sup>	369,5	590,0	-220,5
Allg. Kreditvereinbarungen (AKV) und neue Kreditvereinbarungen (NKV) <sup>2</sup>	3 287,2	3 337,1	-49,9 <sup>3</sup>
Arbeitsverringerungs- und Wachstumsfazilität PRGF <sup>4</sup>	0,0	0,4	-0,4
Interim-PRGF <sup>5</sup>	527,8	-	+527,8

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
<b>Übrige Ausserbilanzpositionen</b>			
Nachschusspflicht Namenaktien BIZ <sup>6</sup>	130,5	125,0	+5,5
Akkreditive <sup>7</sup>	5,6	8,9	-3,3
Übrige Zahlungsverpflichtungen <sup>8</sup>	29,1	11,9	+17,2
Treuhandanlagen des Bundes	509,1	648,5	-139,4

	2001	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Marktwert in Mio. Franken	Marktwert in Mio. Franken	Mio. Franken
<b>Zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändete oder abgetretene Aktiven</b>			
<b>Devisenanlagen</b>			
USD	1 100,9	461,4	+639,5
EUR	481,2	92,1	+389,1
JPY	1,3	15,6	-14,3
GBP	28,1	28,7	-0,6
Wertschriften in Schweizer Franken	9,0	9,1	-0,1
<b>Total<sup>9</sup></b>	<b>1 620,5</b>	<b>606,9</b>	<b>+1 013,6</b>

1 Zusage der Nationalbank, bis zu der vereinbarten Höchstlimite von 400 Mio. XDR Sonderziehungsrechte gegen Devisen zu kaufen oder die erworbenen Sonderziehungsrechte wieder gegen Devisen abzugeben (vgl. Ziffer 17 der Bilanz)

2 Kreditlimite in Höhe von zusammen 1557 Mio. XDR (davon maximal 1020 Mio. XDR

im Rahmen der AKV) zugunsten des IWF für besondere Fälle, ohne Bundesgarantie

3 Ausschliesslich wechselkursbedingte Veränderung

4 Zeitlich befristete Kreditzusage von 151,7 Mio. XDR an den Treuhandfonds des IWF (vgl. Ziffer 17 der Bilanz und Seite 66)

5 Zeitlich befristete Kreditzusage von 250,0 Mio. XDR an den Treuhandfonds des IWF (vgl. Seite 66)

6 Die BIZ-Aktien sind nur zu 25% liberiert; die Nachschusspflicht rechnet sich in Goldfranken, d. h. ist stark vom Goldkurs abhängig. Die Zunahme ist ausschliesslich auf den Anstieg des Goldpreises zurückzuführen.

7 Hauptsächlich aus Entwicklungshilfeleistungen des Bundes (gedeckt durch ausgedehnte Guthaben)

8 Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Wartungsverträgen

9 im Rahmen von Repo- und Futures-Geschäften hinterlegte Sicherheiten

	Kontraktwert	Bruttowiederbeschaffungswert	
	Mio. Franken	Mio. Franken	
		positiv	negativ
<b>Offene derivative Finanzinstrumente</b>			
<b>Zinsinstrumente</b>			
Terminkontrakte <sup>1</sup>	6 541,2	0,7	4,2
Zinssatzwaps	1 315,1	18,0	8,8
Futures	1 670,3	0,0	0,1
<b>Devisen</b>			
Terminkontrakte <sup>1</sup>	10 994,5	63,8	294,2
<b>Edelmetalle</b>			
Terminkontrakte <sup>2</sup>	371,3	0,0	0,1
Optionen (OTC) <sup>3</sup>	1 717,1	3,6	0,7
<b>Total Ende 2001</b>	<b>22 609,5</b>	<b>86,1</b>	<b>308,1</b>
Total Ende 2000	17 979,9	292,9	100,0

1 Einschliesslich Kassa-  
geschäften mit Valuta im neuen  
Jahr

2 Aus Kassaverkäufen und  
Goldleihgeschäften mit Valuta  
im neuen Jahr

3 Aus im Rahmen von Gold-  
verkaufsprogrammen mit Cap  
(vertraglich vereinbarte Spot-  
verkäufe mit Preisobergrenze)  
geschriebenen Optionen

## 4 Anträge des Bankrates an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat genehmigte in seiner Sitzung vom 8. März 2002 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 94. Geschäftsbericht über das Jahr 2001 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre.

Der Bundesrat erteilte seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 15. März 2002. Die Revisionskommission erstellte ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 5. Februar 2002.

Der Bankrat beantragt der Generalversammlung<sup>1</sup>:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Jahresrechnung wird genehmigt.
2. Den mit der Verwaltung beauftragten Gesellschaftsorganen wird Entlastung erteilt.
3. Der Jahresgewinn von Fr. 1 507 998 949.60 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds

(Art. 27 Abs. 1 NBG) Fr. 1 000 000.--

Ausrichtung einer Dividende von 6%

(Art. 27 Abs. 2 NBG) Fr. 1 500 000.--

Ablieferung an die Eidgenössische

Finanzverwaltung:

zugunsten der Kantone, 80 Rp. je Kopf der  
Bevölkerung (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG)

Fr. 5 498 949.60

zugunsten von Bund und Kantonen

(Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)

Fr. 1 500 000 000.--

---

Fr. 1 507 998 949.60

<sup>1</sup> Der Antrag betreffend die Wahl in den Bankrat ist auf Seite 75 und betreffend die Wiederwahl in die Revisionskommission auf Seite 76 zu finden.

## 5 Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Revisionskommission haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der Schweizerischen Nationalbank für das am 31. Dezember 2001 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben sowie gestützt auf die Berichterstattung von PricewaterhouseCoopers AG. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER, wobei wir auf die im Anhang zur Jahresrechnung erläuterten Besonderheiten in der Rechnungslegung der Schweizerischen Nationalbank, der mit dem Notenmonopol ausgestatteten Zentralbank der Schweiz, verweisen.

Ferner entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Jahresgewinnes den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Bern, 5. Februar 2002

Die Revisionskommission:

**Hans Michel**

Präsident

**Maryann Rohner**

Vizepräsidentin  
dipl. Wirtschaftsprüferin

**Kaspar Hofmann**

Leitender Revisor  
dipl. Wirtschaftsprüfer







# 1 Chronik

Am 16. März eröffnet das Eidgenössische Finanzdepartement das Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Nationalbankgesetzes (vgl. Seite 47).

**März**

Am 22. März senkt die Nationalbank das Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,25 Prozentpunkte auf 2,75%–3,75% (vgl. Seite 42).

Am 17. September senkt die Nationalbank das Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf 2,25%–3,25% (vgl. Seite 42).

**September**

Am 24. September senkt die Nationalbank das Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf 1,75%–2,75% (vgl. Seite 44).

Am 7. Dezember senkt die Nationalbank das Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf 1,25%–2,25%. (vgl. Seite 44).

**Dezember**

## 2 Medienmitteilungen der Nationalbank zur Geldpolitik

22. März

### **Leicht gelockerter geldpolitischer Kurs - Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,25 Prozentpunkte auf 2,75%–3,75% gesenkt**

Die Schweizerische Nationalbank hat beschlossen, das Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,25 Prozentpunkte auf 2,75%–3,75% zu senken. Gegenüber dem Ende des letzten Jahres hat sich der Preisdruck etwas vermindert. Auch bestehen zurzeit keine Anzeichen, dass die Preisstabilität mittelfristig gefährdet sein könnte, was eine leichte Zinssenkung ermöglicht. Die Wirtschaftsentwicklung hat sich in der Schweiz etwas verlangsamt, doch bleiben die Aussichten weiterhin gut. Die Risiken im internationalen Umfeld haben aber zugenommen. Die Nationalbank beabsichtigt, den Dreimonate-Libor bis auf weiteres im mittleren Bereich ihres Zielbandes zu halten. Die letzte Anpassung der Geldpolitik erfolgte am 15. Juni 2000, als das Zielband um einen halben Prozentpunkt auf das gegenwärtige Niveau erhöht wurde.

Die Konjunktorentwicklung überschritt in der Schweiz ihren Höhepunkt im ersten Quartal 2000. Zwischen dem ersten und dem vierten Quartal 2000 verminderte sich das Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes gegenüber dem Vorjahr von 3,9% auf 2,5%. Es zeigte sich aber auch, dass sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte stabilisierte. Gegenüber der Vorperiode betrug es im dritten und vierten Quartal knapp 2% und entsprach damit dem Trendwachstum der schweizerischen Volkswirtschaft. Während die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin kräftig anstiegen und das Exportwachstum beachtlich blieb, verloren der private Konsum und die Bauinvestitionen etwas an Dynamik.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Jahresteuierung sank im Januar auf 1,3% und im Februar auf 0,8%, nachdem sie im Durchschnitt des vierten Quartals 2000 1,6% betragen hatte. Diese Abnahme ist auf den Rückgang der Erdölpreise und auf die erstmals erfassten Ausverkaufspreise für Bekleidung zurückzuführen. Dagegen nahm die Binnenteuerung, insbesondere der Preisauftrieb bei den privaten Dienstleistungen, in den letzten Monaten leicht zu.

Die konjunkturellen Risiken haben seit Ende 2000 zugenommen. Obwohl die Exportwirtschaft bis jetzt von einer robusten Verfassung der europäischen Wirtschaft profitieren konnte, werden die unerwartet rasche und starke Abkühlung der amerikanischen Konjunktur und die Verlangsamung in Asien das Wachstum der schweizerischen Exporte bremsen. Die Binnennachfrage dürfte jedoch eine Konjunkturstütze bleiben. Die optimistische Konsumentenstimmung, die erfolgten Lohnerhöhungen und die gute Lage am Arbeitsmarkt sollten sich auf den privaten Konsum günstig auswirken und zur Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Auch von der Investitionstätigkeit dürften weiterhin positive Impulse ausgehen. Dennoch rechnet die Nationalbank damit, dass die schweizerische Wirtschaft im Jahre 2001 etwas schwächer wachsen wird, als noch im Dezember 2000 erwartet worden war.

Die Nationalbank hatte damals darauf hingewiesen, dass die Teuerung im Verlauf des Jahres 2001 möglicherweise die Marke von 2%, welche sie mit Preisstabilität gleichsetzt, überschreiten werde. Hauptgründe für diese Annahme waren die Erhöhung des Erdölpreises und der starke Konjunkturaufschwung. Aus

der Neubeurteilung der geldpolitischen Lage am Ende des ersten Quartals 2001 ergibt sich eine modifizierte Einschätzung der Inflationsaussichten. Ausschlaggebend dafür sind insbesondere zwei Elemente:

Erstens haben sich die Erdölpreise viel rascher als erwartet zurückgebildet. Noch im Dezember musste die Nationalbank davon ausgehen, dass der Erdölpreis nur allmählich sinken und erst im Jahre 2002 wieder das Niveau von 25 Dollar pro Fass erreichen würde. Dieser Rückgang ist nun aber bereits in sehr kurzer Zeit erfolgt. Zweitens hat sich, wie oben erwähnt, die amerikanische Konjunktur stärker abgeschwächt, als noch im Dezember angenommen worden war. Aufgrund dieser Elemente ist nach Einschätzung der Nationalbank die Gefahr geringer geworden, dass die Inflation im laufenden Jahr auf über 2% ansteigen wird. Für die längerfristige Preisentwicklung ergeben sich keine Änderungen. Die erwartete konjunkturelle Entwicklung und der Verlauf der Geldmenge  $M_3$  deuten auf keine erhöhte Inflationsgefahr in den nächsten drei Jahren hin. Nach einer vorübergehenden leichten Erhöhung sollte sich die Inflation bis Ende 2003 allmählich wieder auf rund 1,5% vermindern.

Die Nationalbank betrachtet eine leichte Lockerung ihres geldpolitischen Kurses angesichts der geringeren Risiken für die Preisstabilität und der erhöhten konjunkturellen Unsicherheit als angemessen.

### **Unveränderter geldpolitischer Kurs – Zielband für den Dreimonate-Libor weiterhin bei 2,75%–3,75%**

Die Nationalbank hat beschlossen, ihre gegenwärtige Geldpolitik fortzusetzen. Sie lässt das Zielband für den Dreimonate-Libor unverändert bei 2,75% bis 3,75%. Der Dreimonate-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Die letzte Anpassung der Geldpolitik erfolgte am 22. März 2001, als das Zielband um 0,25 Prozentpunkte gesenkt wurde. Seither haben sich die wirtschaftlichen Perspektiven in der Schweiz kaum verändert. Die Nationalbank sieht daher zurzeit keinen Anlass, ihre Geldpolitik weiter zu lockern. Die konjunkturellen Aussichten der schweizerischen Wirtschaft bleiben gut, und die Teuerung sollte in den nächsten drei Jahren im Bereich liegen, den die Nationalbank mit Preisstabilität gleichsetzt.

Das reale Wirtschaftswachstum hat sich zu Beginn dieses Jahres stabilisiert. In den kommenden Monaten dürfte sich die schweizerische Wirtschaft weiterhin in der Nähe ihres Potenzialwachstums entwickeln. Die Nationalbank erwartet für das BIP ein Wachstum von 2,0% für das Jahr 2001 und von 2,1% für das Jahr 2002.

Die neueste Inflationsprognose geht davon aus, dass die Teuerung in den nächsten drei Jahren unterhalb der 2%-Marke verläuft. Im Durchschnitt erwartet die Nationalbank einen leichten Anstieg der Inflation von 1,4% im Jahre 2001 auf 1,6% im Jahre 2002. Für das Jahr 2003 dürfte die durchschnittliche Jahresteuernung 1,3% betragen. Die erwartete vorübergehende Erhöhung der Teuerung ist auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen dürfte die Anspannung am Immobilienmarkt in den grossen städtischen Agglomerationen zu höheren Mieten führen, obwohl die Hypothekensätze leicht gesunken sind. Zum anderen wird sich der Preisrückgang im Bereich der Telekommunikation stark verlangsamen.

### **Lockerung des geldpolitischen Kurses – Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf 2,25%–3,25% gesenkt**

Die Schweizerische Nationalbank hat beschlossen, das Zielband für den Dreimonate-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf 2,25%–3,25% zu senken. Der Dreimonate-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Um Unsicherheiten an den Finanzmärkten entgegenzutreten, hat die Nationalbank ihre für den 20. September 2001 vorgesehene Lagebeurteilung bereits heute durchgeführt. Die letzte Anpassung des Zielbandes erfolgte am 22. März 2001, als die Nationalbank eine Senkung um 0,25 Prozentpunkte vornahm.

Seit der letzten Lagebeurteilung im Juni hat sich der Preisdruck in der Schweiz vermindert. Es bestehen keine Anzeichen dafür, dass die Preisstabilität mittelfristig gefährdet ist. Diese Aussicht hat es der Nationalbank ermöglicht, erneut eine Lockerung ihrer Geldpolitik zu beschliessen. Die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz hat sich weiter verlangsamt, auch wenn sie sich im internationalen Vergleich bisher gut hält. Die Risiken im internationalen Umfeld haben indessen stark zugenommen. Dadurch ist auch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung in der Schweiz grösser geworden.

Die schweizerische Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal 2001 gegenüber dem Vorjahr um 2,0%. Die Wachstumsdynamik nahm weiter ab. Das annualisierte Wachstum gegenüber dem Vorquartal betrug noch 1,7%, verglichen mit 2,0% im ersten Quartal. Die Verlangsamung betrifft vor allem die Investitionen und die Exporte, während der Konsum weiterhin beachtlich zunahm. Das Wirtschaftswachstum könnte angesichts der stagnierenden Exporte im dritten und vierten Quartal weiter an Dynamik verlieren. Die Binnenwirtschaft dürfte weiterhin vom Konsum gestützt werden und weniger an Schwung verlieren als die Exportwirtschaft. Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich kaum nachhaltig verändern, und die Arbeitslosenquote sollte nur wenig ansteigen. Insgesamt ist im Verlaufe des nächsten Jahres wieder mit einer wirtschaftlichen Erholung zu rechnen.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Jahresteuierung erhöhte sich von 1,0% im ersten auf 1,5% im zweiten Quartal 2001. Nach 1,4% im Juli fiel die Jahresteuierung im August auf 1,1% zurück. Dieser Rückgang ist allerdings teilweise auf Sonderfaktoren, insbesondere den starken Einfluss der Ausverkaufspreise für Bekleidung, zurückzuführen. Der allgemeine Preistrend dürfte daher etwas über der mit dem Landesindex gemessenen Teuerung liegen. Ein gewisser Preisauftrieb herrscht zurzeit bei den privaten Dienstleistungen und bei den Mieten. Bei den inländischen Waren besteht kaum ein Preisdruck. Das erhöhte Gewicht der schwankenden Ölpreise und die Berücksichtigung von Ausverkaufspreisen im neuen Landesindex der Konsumentenpreise tragen zu einer vermehrten Volatilität der Teuerungsraten von Monat zu Monat bei.

Die Nationalbank schätzt die mittelfristigen Inflationsaussichten weiterhin als günstig ein. Die Verlangsamung der Weltwirtschaft und der schweizerischen Konjunktur wirkt sich dämpfend auf die Preisentwicklung aus. Unter Berücksichtigung der Wirkung der nun vorgenommenen Zinssenkung geht die Nationalbank von einer gegenüber der Lagebeurteilung vom Juni 2001 unveränderten Inflationsprognose für die nächsten drei Jahre aus. Die Inflation dürfte über den ganzen Prognosehorizont deutlich unter 2% und somit im Bereich der Preisstabilität liegen. Die Nationalbank nimmt an, dass die Konjunktur in den

USA und in Europa in der ersten Hälfte des Jahres 2002 wieder Tritt fassen wird. Sie geht zudem davon aus, dass der Dollar sich gegenüber dem Euro etwa auf dem heutigen Niveau hält und der Ölpreis bei rund \$25 je Fass liegen wird.

Die Nationalbank hält das neue Zinsniveau für angemessen, um mittelfristig Preisstabilität zu gewährleisten und der Wirtschaft ein ausgeglichenes Wachstum zu ermöglichen. Die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung sind zurzeit indessen erheblich. Eine Rezession in den USA oder eine nachhaltige Abwertung des Dollars könnten eine deflatorische Wirkung auf Europa und die Schweiz ausüben. Die Nationalbank müsste in einem solchen Fall ihren geldpolitischen Kurs überprüfen. Die in letzter Zeit raschere Zunahme der Geldmenge  $M_3$  zeigt jedoch, dass bei einer allfälligen weiteren Lockerung der Geldpolitik Vorsicht am Platze ist, wenn mittelfristig die Preisstabilität nicht gefährdet werden soll.

## **Schweizerische Nationalbank senkt Zinszielband – Besorgnis über Euro/Franken-Wechselkurs**

24. September

Die Schweizerische Nationalbank senkt ihr Zielband für den Dreimonats-Libor mit sofortiger Wirkung um 0,5 Prozentpunkte auf 1,75%–2,75%. Diese Massnahme erfolgt als Reaktion auf die starke und rasche Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro, die in den letzten Tagen erfolgte. Der Anstieg des Frankenkurses gegenüber dem Euro in einer Zeit, in der das Wirtschaftswachstum nachlässt, erfüllt die Nationalbank mit grosser Sorge. Sollte der Frankenkurs auf dem gegenwärtigen Niveau verharren, dann würde dies zu einer unerwünschten Verschärfung des geldpolitischen Kurses führen.

Die Aufwertung des Frankens widerspiegelt die erhöhten politischen Unsicherheiten. Es ist im jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen, wie lange diese anhalten werden. Die Nationalbank verfolgt die weitere Entwicklung am Devisenmarkt aufmerksam. Sie wird ihren geldpolitischen Handlungsspielraum gegebenenfalls ausnützen.

## **Weitere Lockerung des geldpolitischen Kurses – Zielband für den Dreimonats-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf 1,25%–2,25% gesenkt**

7. Dezember

Die Nationalbank hat beschlossen, das Zielband für den Dreimonats-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf 1,25% bis 2,25% zu senken. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Die Nationalbank hat ihre Geldpolitik bereits vor kurzem zweimal angepasst. Am 17. und am 24. September 2001 senkte sie das Zielband für den Dreimonats-Libor um je 0,5 Prozentpunkte. Die Nationalbank reagierte damals auf den verminderten Preisdruck und auf eine unerwünschte Entwicklung des Frankenkurses. Die wirtschaftlichen Perspektiven haben sich seither auf der ganzen Welt weiter verschlechtert. In der Schweiz gibt es keine Anzeichen einer Gefährdung der Preisstabilität in der mittleren Frist. Diese Entwicklung erlaubt es, erneut eine Zinssenkung vorzunehmen. Insgesamt hat die Nationalbank seit Beginn des Jahres 2001 das Zielband für den Dreimonats-Libor nun um 1,75 Prozentpunkte gesenkt und die Geldpolitik damit deutlich gelockert. Die Teuerung dürfte in den nächsten drei Jahren bei einem konstanten Dreimonats-Libor von 1,75% zwischen 0,9% und 1,5% liegen. Die Nationalbank erwartet ein Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes um 1,5% für das Jahr 2001. Für das Jahr 2002 geht sie von einem Wachstum in der Grössenordnung von 1% aus.





# 1 Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

(Stand per 1. Januar 2002)

Eduard Belser, Lausen, Präsident
Dr. Philippe Pidoux, Lausanne, Rechtsanwalt, Vizepräsident
Dr. Kurt Amsler, Neuhausen am Rheinfall, Präsident des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB)
Käthi Bangerter, Aarberg, Nationalrätin, Verwaltungsratspräsidentin und Delegierte der Bangerter-Microtechnik AG
Jörg Baumann, Langenthal, Präsident des Verwaltungsrates der Création Baumann Weberei und Färberei AG
* Fritz Blaser, Reinach, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes
Pierre Darier, Cologny, Teilhaber der Darier, Hentsch & Cie, Banquiers Privés
* Peter Everts, Zollikofen
* Hugo Fasel, St. Ursen, Nationalrat, Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes der Schweiz
Laurent Favarger, Develier, Direktor der Four électrique Delémont SA
* Dr. Hansjörg Frei, Mönchaltorf, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes SVV, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung der Credit Suisse Financial Services
* Brigitta M. Gadiant, LL.M., lic. iur., Chur, Nationalrätin, Mitinhaberin eines Beratungsbüros für Rechts-, Organisations- und Strategiefragen
Dr. Serge Gaillard, Bolligen, geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Peter Galliker, Altishofen, Unternehmer, Präsident der Luzerner Kantonalbank
Marion Gétaz, Cully, Mitglied des Vorstandes des Verkehrsverbandes des Kantons Waadt und des Rates des Centre romand de promotion du management
* Dr. Jean Guinand, Neuenburg, Rechtsanwalt
Rudolf Hauser, Zürich, Präsident des Verwaltungsrates der Bucher Industries AG
* Trix Heberlein, Zumikon, Nationalrätin, Rechtsanwältin
* Rudolf Imhof, Laufen, Nationalrat
* Dr. Hansheiri Inderkum, Altdorf, Ständerat, Rechtsanwalt
Dr. Yvette Jaggi, Lausanne, Präsidentin der Stiftung Pro Helvetia
* Dr. Armin Jans, Zug, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule Winterthur
Andreas W. Keller, Erlenbach, Präsident des Verwaltungsrates der Diethelm Keller Holding AG
Marianne Kleiner-Schläpfer, Herisau, Regierungsrätin, Finanzdirektorin des Kantons Appenzell Ausserrhoden
Dr. Andres F. Leuenberger, Riehen, Vizepräsident des Verwaltungsrates der F. Hoffmann-La Roche AG
* Dr. Ruth Lüthi, Freiburg, Staatsrätin, Vorsteherin der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion des Kantons Freiburg
* Jean-Philippe Maitre, Vérenaz, Nationalrat, Rechtsanwalt
* Franz Marty, lic. iur., Goldau, Regierungsrat, Vorsteher des Finanzdepartementes des Kantons Schwyz
Luigi Pedrazzini, Locarno Solduno, Staatsrat, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons Tessin
Vasco Pedrina, Zürich, Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau + Industrie, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Dr. Fulvio Pelli, Lugano, Nationalrat, Rechtsanwalt und Notar

## Bankrat

(Amtsperiode 1999–2003)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (\*) bezeichnet.

---

Heinz Pletscher, Löhningen, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes

---

Dr. Hansueli Raggenbass, Kesswil, Nationalrat, Rechtsanwalt

---

Rolf Ritschard, Luterbach, Regierungsrat, Vorsteher des Departementes des Innern des

---

Kantons Solothurn

---

Christian Seiler, Sitten, Rechtsanwalt, Delegierter des Verwaltungsrates der Seiler

---

Hotels Zermatt AG

---

\* Prof. Dr. Alexandre Swoboda, Genf, Professor am Institut Universitaire de Hautes Etudes

---

Internationales

---

Alberto Togni, Küsnacht, Vizepräsident des Verwaltungsrates der UBS AG

---

Hansjörg Walter-Heim, Wängi, Nationalrat, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes

---

Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Muri BE, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und

---

Verwaltungsrecht an der Universität Bern

---

\* Elisabeth Zölch-Balmer, Bern, Regierungsrätin, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Bern

---

**Bankausschuss**

(Amtsperiode 1999–2003)

---

Eduard Belser

---

Philippe Pidoux

---

Serge Gaillard

---

Trix Heberlein

---

Hansheiri Inderkum

---

Yvette Jaggi

---

Andres F. Leuenberger

---

Jean-Philippe Maitre

---

Franz Marty

---

Ulrich Zimmerli

<b>Basel</b>	<b>Lokalkomitees</b> (Amtsperiode 1999–2003)
Klaus Endress, Reinach, Delegierter des Verwaltungsrates der Endress + Hauser (International) Holding AG, Vorsitzender	
Raymond Cron, dipl. Ing. ETH/SIA, Basel, Spartenleiter Infra, Mitglied der Gruppenleitung der Batigroup AG, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Bruno Sidler, Basel, President of the Executive Board, CEO der Panalpina Management AG	
<b>Bern</b>	
Jean-François Rime, Bulle, Verwaltungsratspräsident der Despond SA, Vorsitzender	
Reto Hartmann, Hünibach, Vorsitzender der Konzernleitung der Valora Gruppe AG, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Edgar Geiser, Brügg/BE, Stellvertretender Generaldirektor Finanzen, Controlling, IT, Mitglied der Konzernleitung der Swatch Group AG	
<b>Genf</b>	
Charles Seydoux, Choulex, Direktor der Seydoux-DMB SA, Präsident der Genfer Sektion des Schweizerischen Baumeisterverbandes, Vorsitzender	
Raymond Léchaire, Bussigny, Direktor, Leiter der Verkaufsregion der Coop suisse romande, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Claude-Daniel Proellocks, Neuchâtel, Generaldirektor und Delegierter des Verwaltungsrates der Vacheron Constantin SA	
<b>Lausanne</b>	
Rolf Mehr, St-Prex, Präsident der Generaldirektion der Group Vaudoise Versicherungen, Vorsitzender	
Gérard Beytrison, Conthey, Generaldirektor der Orgamol SA, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Bernard Rüeger, Féchy, Generaldirektor der Rüeger SA	
<b>Lugano</b>	
Corrado Kneschaurek, Muzzano, Präsident des Hotelier-Vereins Tessin, Vorsitzender	
Franz Bernasconi, Genestrerio, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Precicast SA, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Olimpio Pini, Sorengo, dipl. Ing. ETH/SIA, Direktor der Pini & Associati SA	
<b>Luzern</b>	
Dr. Hans-H. Gasser, dipl. Ing., Lungern, Vorsitzender	
Hans-Rudolf Schurter, lic. iur., Luzern, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Schurter Holding AG, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Ruth Pedrazzetti-Weibel, Luzern, Hotelière, Hotel Continental-Park	

---

**St. Gallen**

---

Willy Egeli, Wittenbach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Egeli AG,  
Präsident des Schweizerischen Verbandes Creditreform, Vorsitzender

---

Charles Peter, Uzwil, CEO, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Benninger AG,  
Stellvertreter des Vorsitzenden

---

Urs Kienberger, Sils-Maria, Direktor des Hotels Waldhaus

---

**Zürich**

---

Wera Hotz-Kowner, dipl. Ing. ETH, Erlenbach, Delegierte des Verwaltungsrates der  
Jakob Kowner AG, Vorsitzende

---

Silvia Huber-Meier, Lengnau/AG, Delegierte des Verwaltungsrates der DOMACO,  
Dr. med. Aufdermaur AG, Stellvertreterin der Vorsitzenden

---

Kurt E. Feller, Wollerau, Präsident des Verwaltungsrates der Rieter Holding AG

---

---

**Revisionskommission**

(Amtsperiode 2001/2002)

**Mitglieder**

---

Hans Michel, Egnach, Präsident

---

Maryann Rohner, Zürich, dipl. Wirtschaftsprüferin, Treureva AG, Vizepräsidentin

---

Kaspar Hofmann, Adliswil, dipl. Wirtschaftsprüfer, Hofmann Wirtschaftsprüfung AG

---

**Ersatzmitglieder**

---

Josef Blöchlinger, Begnins, dipl. Wirtschaftsprüfer, Moore Stephens Refidar SA

---

Jean-Claude Grangier, Epalinges

---

Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor, Vorsitzender der Geschäftsleitung der  
Banque Jenni et Cie SA

---

	Dr. Jean-Pierre Roth, Präsident, Zürich	<b>Direktorium</b>
	Prof. Dr. Bruno Gehrig, Vizepräsident, Zürich	
	Prof. Dr. Niklaus Blattner, Mitglied, Bern	
<b>Generalsekretariat</b>		
Generalsekretär	Peter Schöpf, Direktor, Zürich	
Stellvertreter des Generalsekretärs	Dr. Hans-Ueli Hunziker, Vizedirektor, Bern	

<b>I. Departement (Zürich)</b>		<b>Departemente</b>
Departementsvorsteher	Dr. Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums	
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Peter Klauser, Direktor	
	Prof. Dr. Ulrich Kohli, Direktor	
Interne Revision	Ulrich W. Gilgen, Direktor	
	Beat Müller, Vizedirektor	
	Othmar Flück, Vizedirektor	
Kommunikation	Werner Abegg, stellvertretender Direktor	
Regionale Wirtschaftskontakte	Heinz Alber, Direktor	
Personal	Martin Hiller, Direktor	
	Dr. Benjamin Künzli, Vizedirektor	
	Gabriela Mittelholzer, Vizedirektorin	
Bereich Internationale Angelegenheiten	Prof. Dr. Ulrich Kohli, Direktor	
Internationale Währungsbeziehungen	Dr. Werner Hermann, Direktor	
	Dr. Umberto Schwarz, Vizedirektor	
Bereich Volkswirtschaft	Dr. Michel Peytrignet, Direktor	
Forschung	Dr. Thomas J. Jordan, stellvertretender Direktor	
Konjunktur	Dr. Eveline Ruoss, stellvertretende Direktorin	
Statistik	Christoph Menzel, Direktor	
Analysen	Robert Fluri, Vizedirektor	
Monetäre Statistik	Dr. Guido Boller, Vizedirektor	
Zahlungsbilanz	Thomas Schlup, Vizedirektor	
Datenbank	Rolf Gross, Vizedirektor	
Applikationssoftware	Jean-Marie Antoniazza, Vizedirektor	
Bereich Recht und Dienste	Dr. Peter Klauser, Direktor	
Rechtsdienst	Dr. Hans Kuhn, stellvertretender Direktor	
	Dr. Eliane Menghetti, Vizedirektorin	
	(bis 31. März 2002)	
Vorsorgeeinrichtungen	Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor	
Liegenschaften und Dienste	Peter Fankhauser, Vizedirektor	

## II. Departement (Bern)

Departementsvorsteher	Prof. Dr. Niklaus Blattner, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Thomas Wiedmer, Direktor
Stab	Dr. Theodor Scherer, Direktor Daniel Ambühl, Vizedirektor
Systemstabilität	Dr. Urs W. Birchler, Direktor Dr. Bertrand Rime, Vizedirektor
Sicherheit	Hans Balzli, Vizedirektor
Bereich Bankgeschäft und Dienste	Dr. Thomas Wiedmer, Direktor
Rechnungswesen	Peter Bechtiger, stellvertretender Direktor Daniel Hübscher, Vizedirektor
Wertschriften und Goldoperationen	Vincent Crettol, Vizedirektor
Zahlungsverkehr/Abwicklung/ Depotgeschäft	Dr. Hans-Christoph Kesselring, Direktor
Wertschriftenadministration	Niklaus Wyss, Vizedirektor
Kasse	Werner Beyeler, Vizedirektor
Bereich Bargeld	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank, Direktor
Verarbeitung	Urs Locher, Vizedirektor

## III. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Prof. Dr. Bruno Gehrig, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Erich Spöndli, Direktor Erwin Sigrüst, Direktor
Bereich Monetäre Operationen	Dr. Erich Spöndli, Direktor
Risikomanagement	Dewet Moser, stellvertretender Direktor
Geldmarkt und Devisenhandel	Karl Hug, Direktor Marcel Zimmermann, Vizedirektor
Devisenanlagen	Dr. Thomas Stucki, stellvertretender Direktor Wolfgang Meyer, Vizedirektor
Bereich Abwicklung und Informatik	Erwin Sigrüst, Direktor
Zahlungssysteme	Dr. Daniel Heller, stellvertretender Direktor
Abwicklung	Daniel Wettstein, Direktor
Zahlungsverkehr Inland	Walter Gautschi, Vizedirektor
Zahlungsverkehr Ausland	Markus Steiner, Vizedirektor
Kasse	Peter Eltschinger, Vizedirektor
Informatik	Dr. Rudolf Hug, Direktor
Stab	Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor
Applikationen Bankgeschäfte	Roland Wettstein, Vizedirektor
Applikationen Statistik	Dr. Jürg Ziegler, stellvertretender Direktor
Applikationen Büroautomation und Bankbetrieb	Peter Bornhauser, Vizedirektor
Systemtechnik	Jules Troxler, Vizedirektor
Informatikbetrieb Zürich	Peter Künzli, Vizedirektor
Informatikbetrieb Bern	Bruno Beyeler, Vizedirektor

Basel	Dr. Anton Föllmi, Direktor	<b>Zweiganstalten</b>
Genf <sup>1</sup>	Yves Lieber, Direktor	
Lausanne	François Ganière, Direktor	
Lugano <sup>1</sup>	Mauro Picchi, Direktor	
Luzern	Max Galliker, Direktor	
St. Gallen	Dr. Jean-Pierre Jetzer, Direktor	

1 mit Kassenbetrieb

Die Schweizerische Nationalbank unterhält an folgenden Orten von Kantonalbanken geführte Agenturen:

**Agenturen**

- Altdorf
- Appenzell
- Basel
- Bellinzona
- Biel
- Chur
- Freiburg
- Glarus
- Liestal
- Luzern
- Sarnen
- Schaffhausen
- Schwyz
- Sitten
- Stans
- Thun
- Weinfelden
- Zug

## 2 Organigramm

<b>Generalversammlung</b>			<b>Revisionskommission</b>	
<b>Bankrat</b>			<b>Lokalkomitees</b>	
<b>Bankausschuss</b>				
<b>Direktorium</b>			<b>Generalsekretariat Zürich/Bern</b>	
<b>I. Departement Zürich</b>				<b>II. Departement Bern</b>
<b>Interne Revision</b>	<b>Kommunikation</b>	<b>Regionale Wirtschaftskontakte</b>		<b>Stab/Regionale Wirtschaftskontakte</b>
<b>Bereich Internationale Angelegenheiten</b>	<b>Bereich Volkswirtschaft</b>	<b>Bereich Recht und Dienste</b>	<b>Personal</b>	<b>Bereich Bankgeschäft und Dienste</b>
Internationale Währungsbeziehungen	Forschung	Rechtsdienst		Rechnungswesen
	Konjunktur	Vorsorgeeinrichtungen		Wertschriften- und Goldoperationen
	Statistik	Liegenschaften und Dienste		Zahlungsverkehr/Abwick- lung/Depotgeschäft
	Bibliothek			Benutzerunterstützung Bankgeschäfte
<b>Zweiganstalt Basel</b>	<b>Zweiganstalt Luzern</b>	<b>Zweiganstalt St. Gallen</b>		<b>Zweiganstalt Genf<sup>1</sup></b>

1 mit Kassenbetrieb



---

**Systemstabilität**

---

**Sicherheit**

---

**Bereich Bargeld**

---

---

Administration

---

---

Lagerung

---

---

Verarbeitung

---

---

Technik

---

**Zweiganstalt  
Lausanne**

---

**Zweiganstalt Lugano<sup>1</sup>**

---

---

**III. Departement Zürich**

---

**Bereich  
Monetäre Operationen**

---

---

Geldmarkt und  
Devisenhandel

---

---

Devisenanlagen

---

---

Risikomanagement

---

**Bereich Abwicklung  
und Informatik**

---

---

Abwicklung

---

---

Informatik

---

---

Zahlungssysteme

---

### 3 Publikationen

---

<b>Geschäftsbericht</b>	<p>Der Geschäftsbericht erscheint jeweils im April in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern, Telefon 031 327 02 11, Fax 031 327 02 21</p> <p>Bezug: gratis</p>
<b>Die Banken in der Schweiz</b>	<p>«Die Banken in der Schweiz» ist ein kommentiertes statistisches Quellenwerk zur Entwicklung des Bankensektors in der Schweiz. Die Angaben stützen sich im Wesentlichen auf die Jahresendstatistik der Nationalbank. Die Publikation erscheint Mitte Jahr in deutscher und französischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20</p> <p>Preis: Fr. 20.–<sup>1</sup></p>
<b>Zahlungsbilanz der Schweiz</b>	<p>Die «Zahlungsbilanz der Schweiz» kommentiert die Entwicklung des schweizerischen Handels- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland und erscheint jeweils im September, auch als Beilage zum Monatsheft, in deutscher, französischer und englischer Sprache.</p> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Fraumünsterstrasse 8, Postfach, 8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 81 14</p> <p>Bezug: gratis</p>
<b>Quartalsheft</b>	<p>Das Quartalsheft umfasst die geldpolitische Lagebeurteilung, den Bericht über die Wirtschafts- und Währungslage, wissenschaftliche Arbeiten und ausgewählte Vorträge von Mitarbeitenden der Nationalbank über geld- und währungspolitische Fragen. Das Quartalsheft erscheint vier Mal jährlich in deutscher und französischer Sprache. Im Internet wird das Quartalsheft zusätzlich in englischer Sprache veröffentlicht.</p> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20</p> <p>Preis: pro Jahr Fr. 25.–<sup>1</sup> (Ausland Fr. 30.–), für Abonnenten des statistischen Monatshefts: pro Jahr Fr. 15.–<sup>1</sup> (Ausland Fr. 20.–)</p>

---

<sup>1</sup> einschliesslich 2,4% MWSt

---

Das statistische Monatsheft enthält einen kurzen Kommentar zur Politik der Nationalbank und zum Geschehen am Geld-, Kapital- und Devisenmarkt sowie grafische und tabellarische Darstellungen der wichtigsten schweizerischen und internationalen Wirtschaftsdaten (deutsch und französisch).

#### Statistisches Monatsheft

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa,  
Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20  
Preis: pro Jahr Fr. 40.–<sup>1</sup> (Ausland Fr. 80.–; Luftpostzuschlag auf Anfrage)

---

Das bankenstatistische Quartalsheft enthält detaillierte Angaben aus der Bankenstatistik (deutsch und französisch).

#### Bankenstatistisches Quartalsheft

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa,  
Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20  
Bezug: gratis (zusammen mit dem statistischen Monatsheft)

---

Der Ausweis ist die Kurzfassung der Bilanz der Nationalbank. Er erscheint drei Mal monatlich, am 10., 20. und letzten jedes Monats, jeweils mit knapper Erläuterung (deutsch und französisch).

#### Ausweis

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern,  
Telefon 031 327 02 11, Fax 031 327 02 21  
Bezug: gratis

---

Die Broschüre «Ein Kurzporträt» beschreibt auf rund dreissig Seiten das geldpolitische Konzept, wichtige andere Aufgaben sowie Organisation und Rechtsgrundlagen der Tätigkeit der Nationalbank. Die Broschüre erscheint in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.

#### Ein Kurzporträt

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Fraumünsterstrasse 8, Postfach,  
8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 81 14  
Bezug: gratis

---

Die Broschüre **Was heisst hier Geld?** stellt die Tätigkeit der Nationalbank in einfacher Form dar. Sie ist geeignet für den Schulunterricht auf Mittel- und Oberstufe.

#### Informationsmittel für Schulen und allgemein Interessierte

Die Broschüre **Die Nationalbank und das liebe Geld** informiert über die Nationalbank und ihre Aufgaben. Sie richtet sich an den Unterricht auf Oberstufe, die Berufsausbildung sowie an allgemein Interessierte.

Das Lexikon **Von «Aktiengesellschaft» bis «Zweigstellen»** erklärt wichtige Begriffe aus der Welt der Nationalbank und des Geldes.

Die Internet-Seite **www.snb.ch/Die Welt der Nationalbank** vermittelt die Inhalte der Broschüren in einer dem Internet angepassten Form.

Der Kurzfilm **Die Nationalbank und das Geld** illustriert die Eigenschaften des Geldes.

Der Kurzfilm **Die Nationalbank und ihre Geldpolitik** veranschaulicht die Durchführung der Geldpolitik im Alltag und erläutert Grundlagen der Geldpolitik.

Alle Informationsmittel sind in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache erhältlich.

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Fraumünsterstrasse 8, Postfach,  
8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 81 14

Bezug: gratis

Die gedruckten Publikationen sind verfügbar auf Internet: <http://www.snb.ch>

<sup>1</sup> einschliesslich 2,4% MWSt

## 4 Adressen der Sitze und Zweiganstalten

<b>Sitze</b>	<b>Zürich</b>		
	Börsenstrasse 15	Telefon +41 1 631 31 11	
	Postfach 2800	Telefax +41 1 631 39 11	
	8022 Zürich	Telex 812 400 snb ch	
	<b>Bern</b>		
	Bundesplatz 1	Telefon +41 31 327 02 11	
3003 Bern	Telefax +41 31 327 02 21		
		Telex 911 310 snb ch	
<b>Zweiganstalten mit Kassenbetrieb</b>	<b>Genf</b>		
	Rue François Diday 8	Telefon +41 22 311 86 11	
	Postfach 5355	Telefax +41 22 818 57 62	
	1211 Genf 11	Telex 421 420 sngc ch	
	<b>Lugano</b>		
	Via Canova 12	Telefon +41 91 911 10 10	
Postfach 2858	Telefax +41 91 911 10 11		
6901 Lugano			
<b>Zweiganstalten ohne Kassenbetrieb</b>	<b>Basel</b>		
	Aeschenvorstadt 55	Telefon +41 61 270 80 80	
	Postfach 626	Telefax +41 61 270 80 87	
	4010 Basel		
	<b>Lausanne</b>		
	Rue de la Paix 6	Telefon +41 21 213 05 11	
	Postfach 2332	Telefax +41 21 213 05 18	
	1002 Lausanne		
	<b>Luzern</b>		
	Münzgasse 6	Telefon +41 41 227 20 40	
	Postfach 7864	Telefax +41 41 227 20 49	
	6000 Luzern 7		
<b>St. Gallen</b>			
Neugasse 43	Telefon +41 71 227 25 11		
Postfach 529	Telefax +41 71 227 25 19		
9004 St. Gallen			
<b>Internet</b>	<a href="http://www.snb.ch">http://www.snb.ch</a>		
<b>E-Mail</b>	<a href="mailto:snb@snb.ch">snb@snb.ch</a>		

**Gestaltung**

Weiersmüller Bosshard Grüniger WBG, Zürich

**Satz**

Visiolink AG, Zürich

**Druck**

Buri Druck AG, Wabern-Bern

ISSN 1421-5497





